Serie zur 35-Stunden-Woche (Teil 3) — S. 4

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 49 vom 10. Dezember 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM

Der Graf windet sich

Lambsdorff ist fällig

Auch Stücklen im Geschäft ...

Nachdem er mit seinen Behauptungen, er habe nie Spenden bekommen, nicht durchkam, weil die Beweislage erdrückend war, hat Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff nun umgeschaltet. Spenden habe er schon bekommen, jedoch vor seiner Zeit als Wirtschaftsminister. Womit er natürlich nicht nur sich selbst reinwaschen will, sondern auch seinem Vorgänger und „Parteifreund" Friderichs die Schuld zuschiebt. Auch Bundestagspräsident Stücklen, dessen entschlossene — und sehr voreilige — Verteidigung des Ministers Schwarz-Schilling neben der Flick-Affäre etwas unterging, ist nun wegen „Verknüpfungen" von Amt und Geschäft ins Gerede gekommen.

Ein Wirtschaftsminister, von dem immer deutlicher wird, daß er der Organisator eines Beschlusses war, den sich die Flicks gekauft hatten, ein Postminister, der sein politisches Kabelprogramm aus eigenem



Lambsdorff bei seinem ersten Auszug aus seinem Ministerbüro — er kann's doch schon

Interesse propagiert, ein Bundestagspräsident, der ihn sehr schnell weißwäscht, um die eigenen Geschäfte nicht ans Tageslicht kommen zu lassen, eine Allparteienkoalition für Flicks Milliarden — so sieht dieser deutsche Bundestag aus.

Anstatt, daß hier gehandelt wird, wird jetzt einmal mehr versucht, diejenigen, die diesen Sumpf beleuchtet haben, vor den Kadi zu zerren. Anstatt den Status der parlamentarischen Immunität für die betroffenen Leute (sofern sie ihn noch genießen) aufzuheben und Anklage zu erheben, amtieren diese munter weiter.

Die Arbed-Belegschaft, vom selben Lambsdorff erpresserisch zu einem „Sonderopfer" gedrängt, sollte vielleicht überlegen, ob sie das geforderte Geld statt in die Kassen des Konzerns lieber in die des Ministers einzahlt, dann rückt er den Bonner Zuschuß heraus, oder?

Das ist das eine: es wird nahezu überall von dieser Affäre geschrieben, fast alle Kommentatoren von Zeitungen und Fernsehen empören sich, beklagen, daß dies weiter dazu beiträgt, daß sich „die Jugend" noch mehr von diesem Staat und seinen Einrichtungen distanziere — hoffentlich tut sie das.

Aber Maßnahmen zu fordern, beispielsweise die Amtsentfernung und Anklageerhebung, so weit möchte wohl keiner von ihnen die Forderung nach „demokratischer Sauberkeit" erfüllt wissen. Vielleicht auch, weil in diesen Kreisen genauer bekannt ist, wie weit sich solche (und ähnliche) Kreise ziehen würden...

Das andere: Fast niemand macht die ebenso naheliegende wie normale Feststellung, daß Herr Flick und seine prominente Mannschaft eigentlich doch nichts anderes sind, als Leute, die gegen das Gesetz verstoßen haben, die eine Großbestechung organisiert haben, die bestraft werden müssen, die die Staatskasse (zum Beispiel) betrogen haben.

Anstatt, wie bei einer Diebesbande, nach der undichten Stelle zu forschen, müssen ganz einfach die normalen Konsequenzen gezogen werden, in erster Linie gegen Flick und Lambsdorff!



Eindrucksvolle Demonstration gegen BAFöG-Kahlschlag

BONN. — Zu einem unübersehbaren Protest gegen die weitgehende Streichung der Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten fanden sich am 4. Dezmber an die 100000 Menschen in Bonn ein. Studenten und Schüler aus allen Teilen des Landes, unterstützt durch zahlreiche Gewerkschafter und Arbeiter aus den Betrieben, sagten der Rotstiftpoltik der Kohl-Regierung den Kampf an.

Die von der neuen Bonner Regierung betriebene Politik des ungehemmten sozialen Kahlschlags stößt von Anfang an auf



breiten Widerstand. Nach den mächtigen Arbeiterdemonstrationen gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung, Ausländerfeindlichkeit und Rüstungswahnsinn gingen nun also auch die Schüler und Studenten auf die Straße. Ganz bewußt stellte der Redner des VDS-Vorstands diese Demonstration „in eine Reihe mit den DGB-Demonstrationen der letzten Monate gegen den sozialen Ausverkauf". „Wir wollen gemeinsam gegen Bildungs- und Sozialabbau und gegen die Raketenstationierung kämpfen."

In der Abschlußerklärung der Demonstration heißt es unter anderem:

„Wir, die Teilnehmer der Kundgebung und Demonstration ‚Hände weg vom BAFöG', erklären: Auch in Zukunft werden wir nicht davon ablassen, uns gegen den BAFöG-Kahlschlag zu wehren, denn wir halten daran fest: Bildung ist ein Grundrecht. Wir wissen — wie alle Grundrechte muß das Recht auf Bildung von uns selbst, von Studenten und Schülern, von Arbeitern und ihren Gewerkschaften, von allen, die ‚unten' sind, stets aufs neue erkämpft und verteidigt werden. (...) Wir werden in den kommenden Monaten die Losung ‚Hände weg vom BAFöG' weiter verbreiten. Wir Schüler und Studenten sind nicht alleine — weder in der Betroffenheit noch in der Gegenwehr. Der BAFöG-Kahlschlag trifft insgesamt 3 Millionen Menschen. Er ist wiederum nur Bestandteil großangelegter Umverteilungspläne von unten nach oben. Deswegen finden alle Aktionen sozialer Gegenwehr, vor allem alle Aktivitäten der Gewerkschaften, unsere volle Unterstützung — deswegen nutzen wir die anstehenden Wahlen zur Unterstützung der GEW-Aktion ‚Keine Stimme den BAFöG-Streichern'. (...) Wenn wir es so weiter halten, werden wir unsere heutige Forderung durchsetzen können: Hände weg vom BAFöG!"

Dortmund: Polizeisondertrupp zur Einbruchsbekämpfung auf Diebstour

Selbstbedienung nach Einbrüchen

DORTMUND. — Vermutlich seit 1975 hat eine Dortmunder Sondereinheit der Polizei nach Einbrüchen, die sie aufklären sollte, selber zugelangt. In der vergangenen Woche wurden zunächst drei, dann weitere sechs Polizisten festgenommen. Alle gehörten einer Spezialeinheit, dem „Sondertrupp zur Bekämpfung der Straßenkriminalität" an.

Die Dortmunder Polizeieinheit hatte es leicht. Sie bestand aus „erfahrenen" Beamten, die in zivil, ausschließlich nachts, gut bewaffnet unterwegs waren. Sie hatten die Aufgabe, Diebe, Einbrecher, Räuber, möglichst auf frischer Tat zu ertappen. Stellten sie den Täter nicht am Tatort, griffen sie selber zu, „im Zuge der Ermittlungen", wie die Dortmunder Staatsanwaltschaft mitteilte.

Das ganze Ausmaß der „Tätigkeit" dieser beamteten Diebesbande ist noch unklar, die Ermittlungen stehen erst am Anfang. Die ersten Geständnisse liegen aber schon vor und zeigen Arbeitsweise und Erfolg dieser Polizistengang. „In erster Linie nahmen die Beamten Schnaps, Zigaretten und Lebensmittel mit", teilte der Polizeipräsident mit. Bei Hausdurchsuchungen allerdings wurde auch Diebesgut größeren Kalibers gefunden. Farbfernseher, Videorecorder, dazugehörige Kassetten, Sportkleidung und andere hatten die Polizisten mitgehen lassen.

Die neun verhafteten Diebe haben im übrigen richtigerweise mit Anklagen wegen „schweren Diebstahls" zu rechnen, da sie alle ihre Einbrüche, beziehungsweise die Fortsetzung von begangenen Einbrüchen, schwer bewaffnet mit ihren Dienstwaffen durchführten.

Neben den oft sehr aggressiven Polizeieinsätzen gegen Demonstranten und politisch unliebsamen Menschen, nimmt die „normale" Kriminalität innerhalb der Polizei erschreckend zu. Ähnliche Fälle wie aus Dortmund werden fast täglich aus anderen Städten bekannt. Polizisten, die ihre Position, ihre Machtstellung, ihre Ausbildung und Bewaffnung zur Begehung von Straftaten ausnutzen, sind leider keine Seltenheit mehr in der Bundesrepublik.

Diese Erscheinungen im Polizeiapparat müssen von der kritischen Öffentlichkeit sehr ernst genommen werden. Vorbildlich ist hier eine Dortmunder Initiative zu nennen, die sich schon vor Bekanntwerden dieser neuen Straftaten gebildet hat. Unter dem Namen „Bürger beobachten die Polizei" wollen Bürger der Stadt verschiedenste Polizeieinsätze dokumentieren, Übergriffe und Rechtsbrüche öffentlich machen. Das Ziel der Initiative, den „Schutz der Schwachen vor der Staatsgewalt" zu verstärken, ist, wie die letzten Enthüllungen über den Polizeialltag zeigen, eine notwendige Sache und ein wichtiges Betätigungsfeld für alle Demokraten und Antifaschisten.

Sonderparteitag der KPD durchgeführt

Am 4. und 5. Dezember fand ein Sonderparteitag der KPD statt, der sich vor allem mit der Einschätzung des Regierungswechsels in Bonn, mit den sich daraus für die Politik und Taktik ergebenden Konsequenzen und mit der Haltung unserer Partei bei eventuellen Neuwahlen zum Bundestag im März nächsten Jahres beschäftigte.

CSU-Hetze gegen Verfassungsrichter

Wer Volksbefragung will — kann der Richter sein?

Der Karlsruher Verfassungsrichter Helmut Siemon hatte sich zur Frage der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen geäußert. Er meinte, man sollte vor einer Stationierung wenigstens mal das Volk befragen. Dabei wollte er noch nicht einmal so weit gehen und das Ergebnis einer solchen Befragung als bindend ansehen. Er verstand das als lediglich „beratend". Aber schon das war der CSU zuviel: Im „Deutschland-Union-Dienst" nannte ihn der CSU-Bundestagsabgeordnete Paul Gerlach einen Richter im „zweifelhaften Licht".

Nun: spätestens seit den Ereignissen um die Startbahn West in Hessen wissen sehr viele Menschen, wie sehr die politischen Entscheidungsträger in diesem Staat solche demokratischen Dinge fürchten wie eine Volksbefragung. Und sei es auch nur konsultativ.

Gerlach ging in diesem Artikel im Pressedienst seiner Partei sogar so weit, einen Antrag auf Befangenheit Siemons anzudrohen — wegen dessen Vorschlag, den der Richter vor der Evangelischen Akademie in Bad Boll gemacht hatte.

Betrachtet man sich dieses Vorgehen eines Mannes, der für sich in Anspruch nimmt „Volksvertreter" zu sein genau, wird man sehr schnell merken, wie eng, formal und reaktionär das ist, was die herrschende Klasse der Bundesrepublik und alle ihre Bonner Gerlachs „dem Volk" an demokratischen Rechten zugestehen wollen. Nämlich gar nichts, worin Volkswille sich direkt ausdrücken könnte, ohne an die Bonner Politiker gebunden zu sein.

Natürlich ist es den Leuten, wie dem ehrenwerten Herrn Gerlach, noch nie in den Sinn gekommen, etwa ein Wort über Nazi-Richter zu verlieren oder über Asylrichter, die politisch Verfolgte zu ihren Folterern zurückschicken. Die sind ja allesamt in seinen Augen auch nicht befangen, sondern die liegen richtig. Und gerade aus Gerlachs politischer Ecke ist das Karlsruher Bundesverfassungsgericht, das sowieso vorwiegend aus früheren Parteifreunden oder Anhängern zusammengesetzt ist, stets als nicht kritisierbar hingestellt worden.

Offensichtlich aber eben nur genau so lange, wie einer der Richter, und sei es auch nur um eine Handbreit, von dem vorgegebenen reaktionären Kurs abweicht.

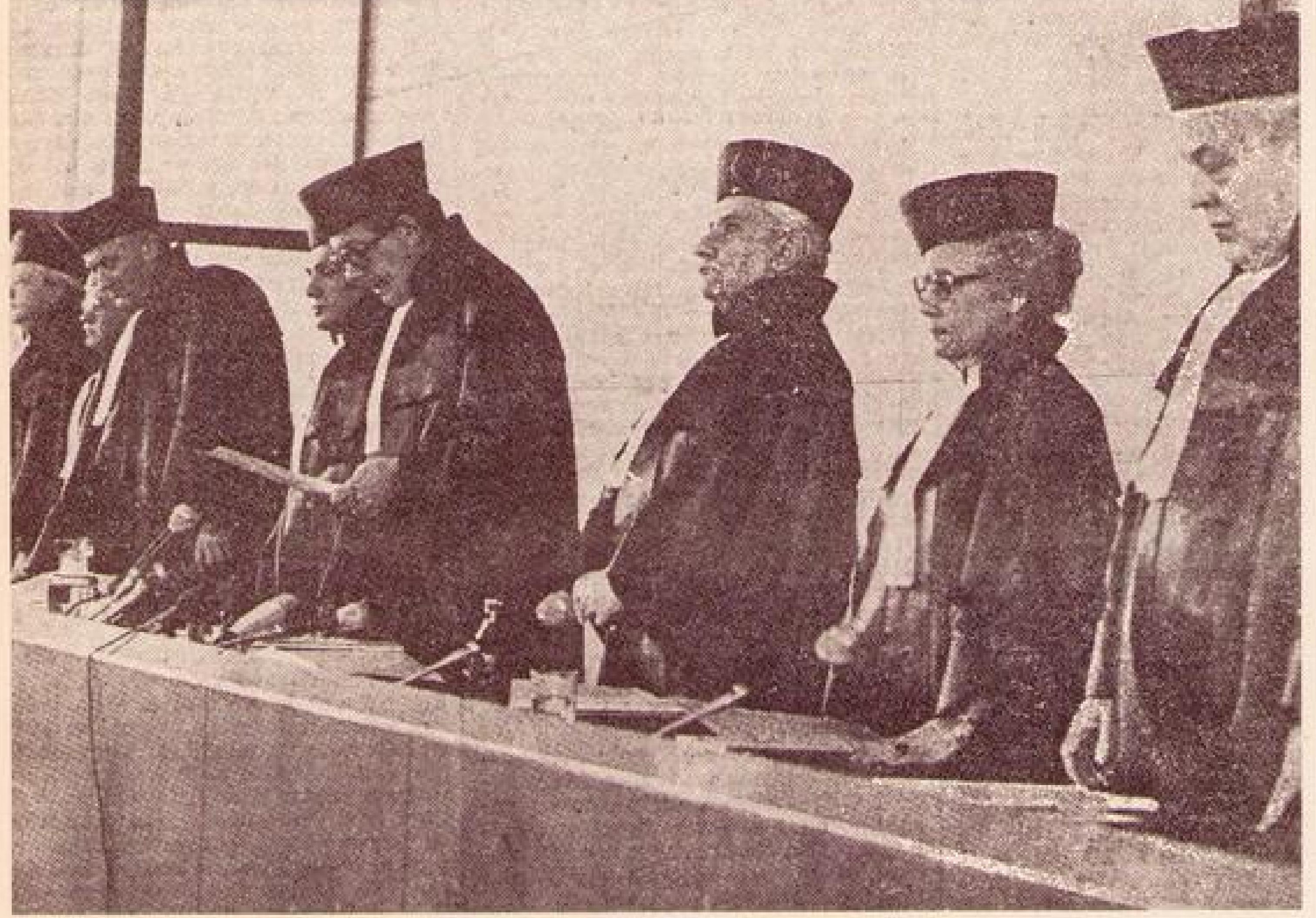
Ein Verfassungsrichter, der für Volksabstimmungen im eigentlichen Sinne wäre, auf den würden sich die Leute, die als Vorbild des Richters einen Filbinger haben, wohl mit gezückten Messern stürzen. Ein Mann wie Siemon, der ja nichts weiter getan hat, als einen nicht besonders bewegenden Vorschlag zu machen, sogar der ist ihnen ja schon zuviel.

Der Republikanische Anwaltsverein ist Richter Siemon nun mit einer Erklärung zur Seite gestanden, in der dieses Vorgehen abgelehnt wird. Der Vorsitzende des Vereins, Holtfort, nannte Gerlachs Vorgehen eine reine Stimmungsmache. Und dazu soll es auch bestimmt sein, Stimmung zu machen, im Sinne der vielberufenen „Wende", auf daß sich keiner mehr traue, irgendwelche Überlegungen in Richtung mehr Demokratie anzustellen.

Allerdings irrt der Vorsitzende des Anwaltvereines, wenn er Gerlachs Hetze als „schlimme Entgleisung eines Einzelgängers" beurteilt. Weder ist dies im Sinne der Politik des Herrn Gerlach eine Entgleisung, noch, und dafür gibt es nun wirklich zahllose Hinweise, ist er mit einer solchen Position ein Einzelgänger in den heutigen Regierungsparteien. Man sollte in diesem Zusammenhang nur noch einmal an das staatliche Vorgehen aus Anlaß der Nürnberger Zwischenfälle um das Jugendzentrum „KOMM" erinnern, um sichtbar zu machen, wie die CSU Polizei und eben auch Justiz haben will.

Und in dieses Bild paßt eben ein Filbinger aber nicht ein Siemon, passen Asylantenabschieber aber niemand, der solch aufrührerische Dinge wie „Volksbefragung" in den Mund nimmt.

Nein, ein Einzelgänger ist Gerlach bestimmt nicht. Viel eher schon der, der schon mal die Pflöcke einschlagen soll, das Terrain abstecken. Das ist der Weg zur offenen Klassenjustiz, wo der Teufel nicht mehr im Detail steckt, wie oft heute, sondern wo von vornherein alles klar ist. Denn man sollte nicht vergessen, daß das in Bonn so oft beschriebene Grundgesetz eine der wenigen westeuropäischen Verfassungen ist, die solche Dinge wie Volksbefragungen usw. nicht zuläßt. Wegen der politischen Stabilität heißt es dann immer. Womit wohl die stabilen Positionen solcher Leute gemeint sind, die bestochen wurden und weiter in Amt und Würden sind, um ein aktuelles Beispiel zu nennen.



Das Bundesverfassungsgericht: Von der CDU/CSU stets als reaktionäre Bastion ausgenutzt. Aber wehe, ein Richter tanzt auch nur um eine Handbreit aus der Reihe!

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Vor der Beratung über ARBED

Regierung fordert erneut ein „Sonderopfer Saarstahl"

Ein Präzedenzfall soll geschaffen werden

Auch nach den Gesprächen mit Rudolf Judith beharrten die saarländische Landesregierung und die Bundesregierung, allen voran der Autor der Idee, Graf Lambsdorff, auf einem Sonderopfer der ARBED-Belegschaft. Judith wußte dazu nur, wie vor ihm schon Eugen Loderer, Gesprächsbereitschaft anzukündigen und stellte ein besseres Klima bei den Verhandlungen fest.

Was offensichtlich Ergebnis der Absprachen zu sein scheint, ist, daß das Sonderopfer nicht beim Weihnachtsgeld gemacht werden soll. Ursprünglich hatte Lambsdorff einen „Beitrag der Belegschaft" gefordert, der im Verzicht auf die Hälfte des Weihnachtsgeldes bestehen sollte. Dagegen waren leitende Funktionäre der IG Metall aufgetreten. Einige von ihnen allerdings nur mit der Begründung, das Weihnachtsgeld sei tariflich festgelegt und von daher jede Maßnahme ein Eingriff in die Tarifhoheit von Gewerkschaft und Unternehmerverband. Damit hatten sie bereits ein Einfallstor für die weiteren Forderungen von Kapital und Regierung offengelassen: Sonderopfer eben anderswo. Landesministerpräsident Zeyer (CDU) kündigte nun, nach seinem Gespräch mit Judith an, man werde Sonderzahlungen im Laufe des nächsten Jahres zur Diskussion für mögliche Opfer stellen.

Natürlich ist es richtig und nötig, Versuche der Regierung, Tarifabschlüsse zu umgehen, zu vereiteln, dagegen vorzugehen. Aber es geht doch nicht um Tarife in erster Linie, sondern um die Wirkung von Lohnverzicht. Die ARBED-Kollegen sollen mit „freiwilligem Verzicht" dazu gebracht werden, die Kassen des Konzerns zu füllen, in welcher konkreten Form auch immer. Wer hier „Gesprächsbereitschaft" signalisiert, ein „verbessertes Klima" usw. registriert, der tut nicht nur alles, um bei den Kollegen das Bewußtsein zu stärken, man müßte nun halt eben doch Opfer fürs Kapital bringen, sondern er fällt auch der Gewerkschaftskampagne in den Rücken, die von Baden-Württemberg ausging und mit der bewiesen wurde, daß Lohnverzicht keine Arbeitsplätze schafft, daß solche Opfer noch stets vergeblich waren.



Arbed-Kollegen im Jahre 1979 bei einer Demonstration. Schon damals mußten sie kämpfen — jetzt sollen sie zu einem Musteropfer erpreßt werden.

Das große Getöse, mit dem Medien und die Bundesregierung diese Sache behandeln, weist daraufhin, daß man sich offensichtlich verspricht, hier einen „Modellfall" schaffen zu können.

Deshalb auch die moralische Erpressung, die gegenüber den ARBED-Kollegen ganz massiv angewandt wird: Sie in ihrer Maßlosigkeit, so geht der gesamte Tenor, wären schuld am Niedergang einer ganzen Region, denn wenn ARBED kaputtgehen würde, dann auch die Kohle und die ganze Saarwirtschaft.

Um so wichtiger wäre es und ist es, alles zu tun, um hier eine Front gegen diese Offensive aufzubauen. Eine Front für deren Bildung offensichtlich bisher Loderer und Judith nicht nur nichts getan haben, sondern gegen die sie sich faktisch sogar gestellt haben.

Die Demokratischen Sozialisten gründen ihre Partei

Ein positiver Schritt

Am vorvergangenen Wochenende hat die Initiative Demokratischer Sozialisten ihre Organisation zur politischen Partei umorganisiert. Im Lichte der vorhergegangenen Auseinandersetzungen ist dies als ein positiver Schritt zu betrachten.

Ein positiver Schritt deshalb, weil es eine Verteidigung des sozialistischen Selbstverständnisses der DS war. Eine Verteidigung gegen den politischen Druck, der auf die DS durch die parlamentarischen Erfolge der Grünen und Grün-Alternativen ausgeübt worden war.

Ein früherer Entschluß in diese Richtung hätte sicherlich einiges zum Zustandekommen eines wirklichen linken Wahlbündnisses beitragen können, aber dem nachzutrauern nutzt wenig. Nachdem das Verhalten der Grünen zur Wahl die DS zurückgestoßen hat, ist auch die Zeit für sie gekommen, sich für die weitere Politik einige Gedanken zu machen.

Ein positiver Schritt ist dies unserer Meinung nach deshalb, weil dadurch möglicherweise der Weg frei wird für eine etwas intensivere Debatte um wahrhaft sozialistische Alternativen zur heutigen Gesellschaft.

Die bisherige Zusammenarbeit von Genossen unserer Partei mit Genossen der DS hat an einigen Orten sehr positive Resultate ergeben. Daß sich nun in den DS die Sozialisten fürs erste durchgesetzt haben, kann dies noch verstärken, unabhängig von verschiedensten Anmerkungen und eigentlich nötigen Diskussionen über Programmpunkte der DS. Denn es war einfach nötig, sich gegen jene Auffassungen durchzusetzen, die in den Grünen nicht nur einen möglichen politischen Partner sahen, sondern vor lauter Wahlbegeisterung alle sozialistischen Ziele der grünen Bewegung, oder auch ihrer grün-alternativen, linkeren Variante, unterordnen wollten.

Gewerkschafter machen Druck

Für eine zentrale Großdemonstration in Bonn

FRANKFURT. — Immer häufiger fordern verschiedenste Kreise der Gewerkschaften eine zentrale Großdemonstration des DGB in Bonn gegen die unsoziale „Spar"-Politik der Regierung.

Nachdem schon der Gewerkschaftstag der IG Bau Steine Erden eine entsprechende Resolution verabschiedet hat, (der „Rote Morgen" berichtete darüber) sind es jetzt vor allem Delegiertentage der IG Druck, die sich für eine solche Aktion einsetzen. Der Frankfurter Ortsverein der IG Druck und Papier forderte den Hauptvorstand auf, die anderen DGB-Gewerkschaften zu einer, so wörtlich, „gigantischen Protestaktion" zu veranlassen.

Die Versammlung in Frankfurt kritisierte im übrigen auch die Rede des Grundsatzreferenten Klaus Mehrens von der IG Metall als zu lahm. „Nicht grundsätzlich genug" meinten viele Kollegen. Die „Wende", so die Gewerkschafter, sei „weniger eine Wende als eine Verschlimmerung".

Auch eine Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier in Hamburg forderte vom Hauptvorstand Verhandlungen mit allen DGB-Einzelgewerkschaften für das Ziel, eine gemeinsame Kundgebung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau zu erreichen.

Kongreß der Arbeitsloseninitiativen

Arbeitslos — aber nicht wehrlos!

Arbeitslosenmarsch auf Bonn

FRANKFURT. — Vertreter von 260 Arbeitsloseninitiativen versammelten sich vom 2. bis zum 5. Dezember in Frankfurt zu ihrem ersten bundesweiten Kongreß. Die 1500 versammelten Arbeitslosen diskutierten in 14 Arbeitsgruppen verschiedenste Probleme der Arbeit ihrer Initiativen und der Lage der Arbeitslosen insgesamt.

Ein wichtiger Punkt der Beratungen war das Verhältnis zu den Gewerkschaften. Richtigerweise wurde es abgelehnt, für die Arbeitslosen eine eigene Gewerkschaft zu gründen. Kritik am DGB und seinen Einzelgewerkschaften gab es trotzdem. Mit Ausnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), nimmt nämlich keine Gewerkschaft Arbeitslose auf, werden Arbeitsloseninitiativen heute nur in Einzelfällen von gewerkschaftlichen Organisationen unterstützt.

So wurde der Kongreß von der Gewerkschaftsführung denn auch eher mit Mißtrauen betrachtet. Ernst Breit, DGB-Vorsitzender, sicherte in einem Brief an den Kongreß zwar zu, daß Landesbezirke und Kreise des DGB Arbeitsloseninitiativen unterstützen würden, „wenn die Einzelgewerkschaften dies wünschten", lehnte aber eine Mitfinanzierung dieses Kongresses ab.

Die Diskussion um die notwendige Organisierung und Vertretung der Arbeitslosen, auf dem Kongreß auch von vielen Gewerkschaftern mitgetragen, wird also noch weitergehen müssen.

Ein konkretes Ergebnis der Arbeiten des ersten Arbeitslosen-Kongresses ist der Aufruf zu einem Marsch der Arbeitslosen auf Bonn, der noch vor den Wahlen durchgeführt werden soll.

Millionen stehen hinter ihnen

Wenn schon nicht Millionen Wähler hinter der FDP stehen, so doch wenigstens Millionen Mark hinter Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff. Sein Name steht an erster Stelle derjenigen, die im Zusammenhang mit dem Riesenbetrug der Flicks vernommen wurden. Strauß, Kohl und Dregger, Friderichs und Scheel, Ehmke und Nau stehen mit auf der Liste dieser Allparteienkoalition. Nachdem jahrelang versucht wurde, die Sache auf sich ruhen zu lassen, haben jetzt Enthüllungen des „Spiegel" diese Absicht zunächst unmöglich gemacht.

Das 830-Millionen-Ding

Keiner hat bisher eine Auskunft darüber gegeben, ob die Flicks für die zwei Milliarden Mark, die sie aus dem Verkauf ihrer Daimler-Aktien einsackten, überhaupt eine müde Mark an Steuern bezahlt haben. Laut Gesetz wären 56 Prozent oder 1,12 Milliarden Mark fällig gewesen. Bekannt ist, daß sie für 1,5 Milliarden keinen Pfennig zahlten. Selbst wenn man einmal annehmen möchte, daß für die restlichen 500 Millionen ein bißchen was bezahlt wurde, **geht es um mindestens 830 Millionen Mark**, die auf Bonner Anweisung den Flicks geschenkt wurden. Eher mehr.

Wer hat kassiert?

Die „schwarze Kasse" der Flicks streute ihren Millionensegen über alle aus, die in Bonn etwas zu sagen haben. 4,5 Millionen an die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD, fast 1 Million an Franz Josef Strauß, zusammen eine halbe Million an die beiden Wirtschaftsminister der FDP Friderichs und Graf Lambsdorff, sowie eine ganze Serie von kleineren Beträgen im direkten Zusammenhang mit der Bonner Beschlußfassung darüber, ob die Neuanlage der Flickschen 2 Milliarden so gut für „unsere" Volkswirtschaft sei, daß „man" großzügig auf Besteuerung verzichten könne. Der Betrag von fünf- bis zehn Millionen Mark, den Flick und seine Leute da einsetzten, hat sich für sie wahrlich gelohnt, denn der vom „Hause Flick" gewünschte Bescheid kam, versteht sich, zustande.

Süßer Name: Vorteilsnahme!

Bestechung ist das nach dem bundesdeutschen Strafgesetzbuch nicht. Denn: die Herren Minister, der adelige Gewerkschaftsfresser in erster Linie, der den Handel vollends unter Dach und Fach brachte, hat ja nur ein bestehendes Gesetz angewandt. Bestechung heißt das nur, wenn man etwas Ungesetzliches tut. Auf gut Amtsdeutsch heißt diese Form der Dienstleistung gegen Bezahlung eben „Vorteilsnahme" und wird mit bis zu zwei Jahren Knast bestraft.

Für wiederholtes Schwarzfahren in der Straßenbahn gibt es bis zu einem Jahr. („Schaden" dabei: ein paar Hundert Mark). Wieviel gibt es dann, wenn man einem „guten Freund" einem finanzkräftigen dazu, zum Schaden der staatlichen Steuereinnahmen eine runde Milliarde zuschustert?

Am 10. Dezember soll offensichtlich eine erste Entscheidung fallen, ob und gegen wen Anklage erhoben wird. Erster Kandidat dafür ist der Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff. Alles sei korrekt gewesen, tönte er noch in der letzten Woche. Und: Er werde Dienstag, den 30.11., eine Erklärung abgeben. Die ist ausgeblieben.

Die Rangeleien haben schon länger begonnen:

Weißwäscher am Werk!

Herr Flick hat seine Topmanager schon in der vorletzten Woche gefeuert. Das hätte gar nichts mit dem Spendenskandal zu tun, beteuerte er — zunächst. Schon wenige Tage später bringt er eine neue Variante, so alt sie ist: Er habe nichts gewußt, er habe immer so viel unterschreiben müssen. Einen Unterschriftenautomaten, wie letztes Jahr der Hamburger CDU-Chef Kiep, erfand er sich zwar nicht, eine Ausrede aber doch.

Bei den Vernehmungen der „Vorteilsnehmer" wußten diese entweder von nichts, von nichts mehr, nichts mehr genau, oder fanden das eh alles ganz normal, und das hätte nichts mit dem Geschenk für Flick zu tun.

Ihr Pech: Die Unterlagen des Hauses Flick beweisen das Gegenteil. Flick hat sich eine konkrete einzelne Bonner Entscheidung regelrecht gekauft.

Sperrfeuer aus Bonn

Unglaublich sei das alles, so toben Strauß und Biedenkopf, aber auch Vogel fällt in diesen Chor der Entrüstung ein. Sie meinen natürlich nicht etwa die Tatsache, daß politische Beschlüsse so direkt mit Millionen hinter ihren Urhebern zustandekommen, das empört anscheinend — in Bonner Rängen — kaum einen. Nein, empört sind sie, daß Ermittlungsakten an die Öffentlichkeit, sprich zum „Spiegel" kamen, aus denen die Schuld der betreffenden Ministerialen eindeutig hervorgeht. Das sei eine „Vorverurteilung" jammern die plötzlich um Gerechtigkeit für ihre Freunde (nur für die?) Besorgten.

Als ob sie nicht selbst jahrelang alles getan hätten, um diese Untersuchung, die eigentlich seit 1975 läuft, zu behindern, zu verhindern, versanden zu lassen!

Zivilcourage — gegen das System

Zivilcourage muß man jenen Männern bescheinigen, die dem versteckten und offenen Druck über Jahre hinweg nicht nachgaben. Steuerfahnder, die strafversetzt wurden, Staatsanwälte, die entgegen öffentlichen Forderungen von — beteiligten — Spitzenpolitikern und unter Risiko ihrer beruflichen Laufbahn den „Fall Flick" und andere dunkle Spendenkrimis der Bonner Parteien mit dem Großkapital weiterverfolgten.

Wie leicht hätten sie sich sichern können, indem sie mitgespielt hätten, unter dem Motto „Das gibt's halt" die Augen zugedrückt. Sie haben es nicht getan.

Damit haben sie die größte Bestechungsaffäre in der Geschichte der Bundesrepublik ans Tageslicht gebracht. Den größten Fall, den eindeutigsten Fall, in dem eine politische Entscheidung eingekauft wurde. Wahrscheinlich auch den Fall, bei dem es um den größten Einzelbetrag ging.

Aber: was ist das für ein politisches System, in dem das Großkapital, die Reichen, mit Millionen Mark sich über den Willen von Millionen Wählern hinwegsetzen können? In dem Beamte, die das aufdecken wollen, nicht gelobt, sondern bedroht werden? In dem es vom Mut einzelner abhängt, ob so etwas aufgedeckt wird?

Und: Wenn Flick für seinen großen Coup so viel Geld „investiert", wieviel waren dann die Kapitalisten bereit zu tun, ihren gemeinsamen großen Coup zu landen: die neue Regierung?

Es ist ein System, in dem genau das passiert, was die Kommunisten schon immer gesagt haben, wo dies so verblüffend genau passiert, daß selbst mancher Kommunist ins Staunen gerät: ein System, in dem der Wähler tun kann, was er will. In dem die Reichen sich hinter den Kulissen die von ihnen gewünschte Politik zusammenkaufen, zusammendrohen, zusammenschustern lassen.

Lambsdorff muß zurücktreten!

Zumindest derjenige, der vor allem die Verantwortlichkeit für das Geschenk an Flick trägt, der Herr Versicherungschef und Adlige, muß seinen Hut nehmen! Lambsdorff, der Mann, der Wasser predigt und Wein säuft, der Sozialabbau fordert und an die Milliardäre Millionengeschenke macht, um so lieber, wenn für ihn auch etwas abfällt, dieser heuchelnde Geschäftsträger der Reichen vertritt wie kaum ein anderer diese Politik zugunsten der Flicks und all der anderen „edlen Spender".

Nicht, daß man all die anderen, die immer ach so eifrigen Sozialdemokraten aus Kanalarbeiterriege und Regierungsbank verschonen sollte. Oder die CDU/CSU. Denn für Franz Josef Strauß waren solche Summen eigentlich eine Zugabe: schließlich war der frühere Flick-Finanzchef einst direkt auf den Kassiererposten der CSU gewechselt. Aber die Milliardäre eingestrichen hat er trotzdem, ohne sie unter den „Parteifreunde" aufzuzählen.

Und Flick muß angeklagt werden! Schluß mit dem „Augenzudrücken" für die Reichen! Schluß mit zweierlei Maß! Er hat bestochen, das ist, laut Gesetz, ein Verbrechen!

Das gekaufte Parlament

Er könne sich schon vorstellen, sagte Alfred Dregger bei seiner Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft, daß die reichen Gaben des Herrn Flick nicht nur ihn und seine Partei, sondern auch andere Politiker und andere Parteien „bedacht" hätten.

Wahrhaftig: Da kann man, wohl zum ersten Mal, mit Alfred Dregger einer Meinung sein. Und die beschlagnahmten Listen weisen ja dann auch die Namen von 30 Bonner Spitzenleuten und wichtigen Leuten aus dem zweiten Glied auf, die „bedacht" wurden. Aus allen Parteien.

Alle möglichen Namen tauchen da auf. Nicht gerade der Genosse Hansen, aber der wäre ja wohl auch schlecht für ein Steuergeschenkchen an Flick zu gewinnen gewesen. Aber sonst schon: Strauß — versteht sich, aber ist ja fast schon überflüssig zu nennen. Dregger und Biedenkopf, Leisler Kiep und der „heldenhafte" Ben Wisch(newski), Nau und Halstenberg und Friderichs.

Graf Lambsdorff — entweder benahm er sich geschickt, oder daneben. Glaubt einer, daß er wegen 165000 Mark so was macht? Wie schlecht verdient eigentlich heute ein Topmanager eines Versicherungskonzerns? Nein, da war mehr Geld im Spiel, und außerdem ist das ein Überzeugungstäter.

Dieser Bundestag mag sein, was er will. Eines ist er auf jeden Fall: Eine lohnende Investition für die Großkapitalisten. Für ein paar Millionen eine runde Milliarde abkassieren — da muß Herr Flick sonst „seine" Arbeiter ganz schön lang für arbeiten lassen. Vielleicht was das sogar billiger: Die Abgeordneten kriegen zwar viel mehr, aber dafür sind sie auch viel weniger als die Arbeiter.

Die Herren Volksvertreter — so heißen sie immerhin in der Verfassung — haben Ernst gemacht. Es war ein volkswirtschaftlich nützlicher Vorgang, das Ganze, und sie haben das Volk vertreten. Beim Kassieren. Und so lief es wie geschmiert.

Die Moral von der Geschichte: Wer sich ein Gesetz kaufen kann, kann sich auch eine Regierung kaufen. Besonders bei Genschers Sommerschlußverkauf.

hrw

Der große Steuerbetrug

Flicks großer Coup war natürlich meisterhaft, in solchen Geschäften hat die Familie lange Tradition. Aber er ist beileibe nicht der einzige. Weder der einzige der Parteien schmiert oder einzelne Politiker: Affären dieser Art hat es gerade in letzter Zeit immer mehr gegeben, noch der einzige, der keine Steuern zahlen will, sondern möglichst am Steuersystem noch was verdienen (natürlich unter lautem Wehklagen über die hohe Besteuerung von „Leistung"). Nicht nur die ganz großen Kapitalisten finden da Wege. Sie finden ihre eigenen Wege, wie der Fall Flick zeigt. Aber für die anderen Großverdiener, diese armen, verfolgten Menschen? Da gibt es genügend schützende Steuerparagraphen.

Abschreibungsgeschäfte aller Art, heute in erster Linie das sogenannte Bauherrenmodell, sorgen für Verlustzuweisungen. Ein Beispiel: Wer 400000 Mark jährlich verdient, müßte eigentlich 56 Prozent Steuern bezahlen, das wären rund 225000 Mark. Blieben ihm 15000 Mark im Monat — arm wäre er also noch lange nicht. Aber diese Herrschaften (und die noch reicheren erst recht) wollen natürlich den Gürtel nicht enger schnallen. Also legen sie 100000 Märker an bei einem Projekt, das eine Verlustzuweisung von 300 Prozent enthält — beim Finanzamt haben sie damit 300000 Mark von ihrem ursprünglichen Einkommen verloren, haben noch 100000 bei geringerem Prozentsatz zu versteuern, macht ganze 30000 Mark. Das angelegte Geld bleibt ihnen natürlich. Sprich: wenn sie 100000 anlegen, machen sie 195000 gut. Das ist — legal!

Zwischen 1973 und 1978 wurden so 4 Milliarden Mark ins Ölgeschäft gesteckt, das zu Beginn, mit Probebohrungen, stets formal verlustreich ist. In den beiden letzten Jahren waren es jeweils drei Milliarden ins Baugeschäft, dieses Jahr sollen es gar vier Milliarden werden. Das lohnt besonders, da gibt es Zuschüsse und Wohngeld abzukassieren — und in drei Jahren gehen der Staatskasse 10 Milliarden futsch. Das ist die Umverteilungspolitik. Nimm den Armen (kürzen! Gürtel enger!) und gib den Reichen (Leistung belohnen. Investitionen ermöglichen!). Die Steuerprojekte der neuen Regierung Kohl sollen das ab übernächstem Jahr noch ein bißchen beschleunigen...

Was den Flicks so gehört

Von welchem Kaliber das Flicksche Wirtschaftsimperium ist, kann man in kurzen Zeilen bestenfalls andeuten: Trotz des Großverkaufs gehören beispielsweise immer noch 10 Prozent des Daimler-Benz-Grundkapitals von 1,36 Milliarden dazu, also rund 136 Millionen wert —Einkommen allein aus deren Dividendenausschüttung in den beiden letzten Jahren rund 35 Millionen Mark.

Neben der Feldmühle AG (für die aus den geschenkten Steuergeldern eine neue Papiermaschine für runde 100 Millionen Mark gekauft wurde) und wahrhaft zahllosen Beteiligungen sind Rüstungsschmieden der Kern des Flickschen „Besitzstandes": Die Dynamit Nobel AG, die Krauss-Maffei AG (Europas größte Panzerschmiede) und deren wichtigster Stahlzulieferer, die Wetzlarer Buderus AG und Buderus Edelstahl AG. Hier sind insgesamt fast 300 Millionen Flick-Mark angelegt, wobei nach den Reinvestitionen runde 30 Millionen Privateinkommen jährlich aus diesen wenigen Firmen kommen.

Damit gehören die Flicks zusammen mit den Thyssens und Siemens zur kleinen Schicht von Kapitalisten, die allein aus ihren Großbeteiligungen jährlich so an die 100 Millionen Privateinkommen haben (ohne, um es zu unterstreichen, Rücklagen oder Neuinvestitionen: die Jacht, das neueste Schlößchen oder Ferien-„häuschen" oder ein schöner Einkaufsbummel für 'ne stinkige Million müssen schon mal drin sein...)

Und damit gehören sie auch zu denjenigen, die die politischen Entscheidungen in dieser Republik ganz maßgeblich beeinflussen. Franz Josef Strauß durfte dafür im Sommer '79 auf Flicks 19-Mann-Jacht Urlaub machen.

Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Unter dieser Losung hat die KPD eine wirtschaftspolitische Erklärung verabschiedet, die einen Weg zeigt, wie die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise anders gelöst werden können als durch Massenarbeitslosigkeit, Lohnabbau und sozialen Kahlschlag: zum Beispiel durch Änderung der Besteuerung!

Drastische Anhebung der Besteuerung der Profite von Konzernen und Banken!

Faktisches Wegsteuern aller Beträge über 120000 Mark Jahreseinkommen! Anhebung der Einkommens- und Körperschaftssteuer ab 80000 Mark Einzeljahreseinkommen!

Kompromißlose Eintreibung aller Steuerschulden der Banken, Konzerne und Großverdiener! Schluß mit den Steuergeschenken an die Unternehmer! Schluß mit dem Abschreibungsmißbrauch! Durchgreifen gegen die Wirtschaftskriminalität!

Wenn man sich vor Augen hält, daß alleine mit dem Stichwort „Abschreibungsmißbrauch" die nebenstehenden 10 Milliarden Mark in den letzten drei Jahren gemeint sind, kann man schnell begreifen, wie gut die Probleme der Krise — auf Kosten der Millionäre und Milliardäre — zu lösen wären.

Eine Rationalisierungswelle wie noch nie

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich (Teil III)

Sich kaputtschuften fürs Kapital? so fragten wir in der letzten Folge unserer Artikelserie zum Thema 35-Stunden-Woche. Auf der einen Seite verweigern die Kapitalisten heute Millionen Lohnabhängigen das Recht auf Arbeit. Auf der anderen Seite verschärfen sie in ihren Knochen- und Nervenmühlen die Arbeitshetze. Die Folgen zeigen sich unter anderem in zunehmender Frühinvalidität und dem Sinken der Lebenserwartung. Ein sozialer Skandal, angesichts dessen sich die Notwendigkeit einer einschneidenden Verkürzung der Arbeitszeit geradezu aufdrängt. Allerdings nicht für die Kapitalisten. Gerade in der Wirtschaftskrise lautet ihre Ultima Ratio erst recht: Mit weniger Arbeitskräften die gleiche oder eine größere Menge an Produkten erzeugen. Was sich an und für sich als volkswirtschaftlicher Irrwitz darstellt, ist vom Standpunkt des Kapitals her wünschenswert und sinnvoll: daß Millionen ohne Arbeit auf der Straße stehen. Um sich trotz Wirtschaftskrise hohe Profite zu sichern, legen die Kapitalisten Betriebe still, verschrotten sie selbst modernste Produktionsanlagen, ziehen sie erbarmungslos Massenentlassungen durch und treiben die Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung voran.

Was bedeutet Rationalisierung? Rationalisierung bedeutet Steigerung der Produktivität der Arbeit bei gleichzeitiger Intensivierung der Arbeitsleistung. Das wichtigste Mittel dabei ist die Einführung neuer Technologien in den Produktionsprozeß. Die Kapitalisten verbinden diese technischen Veränderungen stets mit einer Verschärfung der Arbeitshetze. Die Arbeiter werden gezwungen, schneller und konzentrierter zu arbeiten und sich mehr als bisher zu verausgaben.

Ähnliches spielt sich auch in den Bereichen ab, die nicht oder nicht direkt zur Produktion gehören: In den Büros, in der Verwaltung, im Handel, im Transportwesen oder auf dem Dienstleistungssektor.



Bildschirmgeräte in Zeitungsredaktionen für Satz und Lay out verdrängen ganze Berufsgruppen

Das Ziel der Rationalisierung ist es, mit möglichst wenig Arbeitskräften ein möglichst hohes Produktionsergebnis zu erreichen. Das ist letztlich die einzig effektive Methode, um höhere Profite zu erzielen. Anders ausgedrückt: Mit Hilfe der Rationalisierung vergrößert das Kapital den Mehrwert, den es aus der Arbeit saugt. So wird die Ausbeutung der Arbeiter gesteigert.

Rationalisierung findet immer und ununterbrochen statt. Aber Tempo und Intensität der Rationalisierung schwanken im Kapitalismus erheblich. Insbesondere als Reaktion auf die erschwerten Verwertungsbedingungen des Kapitals im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Krisen entstehen richtiggehende Rationalisierungswellen. Die Rezession in den Jahren 1974/75 und die anschließende wirtschaftliche Stagnation haben in der ganzen kapitalistischen Welt eine Rationalisierungswelle ausgelöst, die außergewöhnlich radikale Formen annimmt, weil sie mit einer technischen Revolution verbunden ist. Stichwort: Mikroelektronik.

Die Roboter kommen

Der rentable Einsatz von Kleincomputern ermöglicht es den Unternehmern, die Automation sprunghaft voranzutreiben und Arbeitskräfte in unerhörtem Ausmaß „freizusetzen". Die Anfänge dieser radikalen Rationalisierungswelle zeigten sich bereits vor einigen Jahren. So zum Beispiel in der Uhrenindustrie durch Umstellung auf die Herstellung elektronischer Uhren; in der Druckindustrie durch die Einführung der neuen Setztechniken; und beispielsweise auch in der Metallindustrie, etwa durch numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen.

Bereits durch diese Neuerungen wurden hierzulande im Laufe der 70er Jahre Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtet. In der Bundesrepublik und in Westberlin war andererseits erst die weitgehenden Durchsetzung der tariflichen Wochenarbeitszeitsverkürzung auf 40 Stunden, die im Laufe der 60er Jahre erfolgte, eine einschneidende Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr zu verzeichnen. Die einsetzende Rationalisierungswelle im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Krisenerscheinungen mußte deshalb zu einer dauerhaften Massenarbeitslosigkeit führen.

Aber obwohl die Einführung der Mikroelektronik seit vier bis fünf Jahren in wachsendem Tempo um sich greift und zunehmend die verschiedensten Bereiche der Wirtschaft erfaßt, stehen wir immer noch am Anfang dieser Rationalisierungs- und Automatisierungswelle. Der neuerliche Kriseneinbruch, den wir in den letzten beiden Jahren erlebten, wird ihr zusätzlich Schubkraft verleihen. Das bedeutet, daß unabhängig vom weiteren Verlauf der konjunkturellen Entwicklung ein ungeheurer Arbeitsplatz-Vernichtungs-Feldzug auf uns zurollt.

Die Entwicklung der Mikroprozessoren hat es sowohl technisch machbar als auch betriebswirtschaftlich rentabel gemacht, die Computertechnik in die verschiedensten Bereiche von Industrie und Handel, des Transport-, Kommunikations- und Verkehrswesens einzuführen. In den nächsten Jahren werden Textautomaten, Fernkopierer, Meß- und Prüfungsautomaten, elektronische Fernschreiber, Buchungs- und Kassenterminals und — nicht zuletzt — Industrieroboter sich mehr und mehr ausbreiten. Die Elektronik wird es den Unternehmern und den öffentlichen Dienstherren ermöglichen, Hunderttausende und Millionen von Arbeitskräften einzusparen.

Zehn Millionen Arbeitsplätze bedroht

Bereits im Jahre 1979 legte der DGB eine Prognose vor, derzufolge bis Mitte der 80er Jahre die Arbeitsplätze von fünf Millionen Angestellten durch die Einführung von Prozeßrechnern und Bürocomputern bedroht sind. Schon daraus läßt sich ein Begriff davon gewinnen, welch verheerendes Ausmaß die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen anzunehmen droht. Aber die Mikroelektronik revolutioniert nicht nur die Arbeitsvorgänge im Angestelltenbereich, sondern auch den unmittelbaren Produktionsbereich.

Bestimmte Arten von Robotern werden schon seit längerem in der Produktion eingesetzt. Zum Beispiel für das Punktschweißen in den Automobilfabriken. Inzwischen wurde jedoch mit Hilfe der Mikroelektronik eine neue Robotergeneration entwickelt. Die neuen Roboter sind den bisher eingesetzten gewaltig überlegen. Sie können nicht nur greifen und hantieren, mit Hilfe komplizierter Sensorsysteme können sie auch fühlen, sehen und erkennen. Dadurch werden fundamentale technologische Schranken niedergerissen.

Beschränkte sich die Anwendung der Maschinerie bislang im wesentlichen auf standardisierte Massenproduktion, so wird nun sogar die Herstellung von Einzelstücken durch Roboter betriebswirtschaftlich rentabel.

Aus einer Studie des Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA) geht hervor, daß die neuen Industrieroboter bis zum Jahr 1990 im Prinzip 80 bis 90 Prozent aller Industriearbeiter ersetzen können. Die Kapitalisten werden sich nicht daran hindern lassen, diese Möglichkeiten in dem Maße, indem es sich ihnen als rentabel darstellt, wahrzunehmen.

Und daß die Frage der Rentabilität zunehmend gelöst wird, macht die Studie des IPA mit folgendem Beispiel deutlich: Ein typischer Arbeitsplatz in der Metallindustrie, an dem drei Mann im Schichtbetrieb beschäftigt sind, verursacht zur Zeit jährliche Gesamtkosten von rund 211000 DM; ein hier eingesetzter Industrieroboter ist mit jährlich 107000 DM Gesamtkosten (einschließlich technischer Änderungen) um den Faktor 2,23 wirtschaftlicher. Die Anschaffungskosten eingerechnet, ist ein solcher Roboter im Durchschnitt nach anderthalb Jahren amortisiert — bei einer technischen Lebensdauer von heute fünf bis sieben Jahren.

Man könnte einwenden, daß Roboter nicht nur zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen, sondern daß ihre Herstellung die Entstehung eines neuen Produktionszweiges bedeutet, womit dann auch neue Arbeitsplätze notwendig werden. Das ist zwar richtig. Aber in welchem Verhältnis stehen die vernichteten Arbeitsplätze dabei zu den Neugeschaffenen? Auf einer technologischen Tagung hat die IG Metall vor Jahren Untersuchungen vorgelegt, nach denen jedem im Zusammenhang mit der Einführung der Mikroelektronik neu entstandenen Arbeitsplatz vier bis fünf vernichtete Arbeitsplätze gegenüberstehen.

Soziale Katastrophe

Nach einer Untersuchung, die vom Bundesforschungsministerium in Auftrag gegeben worden war, werden in der Bundesrepublik und Westberlin bis zum Ende der 80ger Jahre durch Rationalisierung 2,4 Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Diese Zahl erscheint, gemessen an den oben angeführten Tatsachen und Untersuchungen, eher als beschönigend. Wenn man aber bedenkt, daß wir noch in diesem Winter einen hauptsächlich konjunkturbedingten Anstieg der registrierten Arbeitslosen auf 2,5 Millionen zu erwarten haben, wenn man weiterhin berücksichtigt, daß bis zum Jahr 1985 das Potential der Lohnabhängigen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, infolge der geburtenstarken Jahrgänge um etwa eine Million zunimmt, dann zeigt auch diese Prognose deutlich genug, welch eine soziale Katastrophe auf uns zurollt.

Selbst wenn es zu einem steilen konjunkturellen Aufschwung mit starkem Wirtschaftswachstum innerhalb der nächsten Zeit kommen sollte — wofür es keinerlei Anhaltspunkte gibt — selbst dann würde das Arbeitslosenheer durch die Rationalisierungswelle weiter anwachsen und sich in wenigen Jahren wahrscheinlich bei drei bis vier Millionen bewegen. Und überdies muß man bedenken: Würde dieser Konjunkturaufschwung tatsächlich eintreten, dann wäre er mit Sicherheit nicht von langer Dauer. Entsprechend der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus würde er wieder von einer neuen Rezession abgelöst.



Mißverständnis

Den Kampf aufnehmen

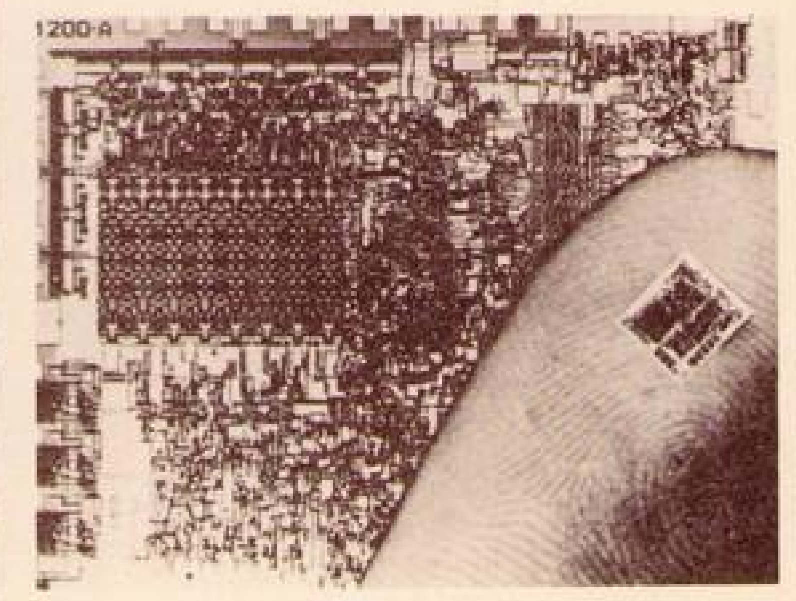
Wenn wir also nicht hilflos und tatenlos zusehen wollen, wie sich in dieser Republik ein Arbeitslosenheer von fünf Millionen oder noch mehr herausbildet, müssen wir jetzt handeln. Von der Regierung haben wir keine Maßnahmen zu erwarten, die unsere Arbeitsplätze sicherer machen. Im Gegenteil. Auch im öffentlichen Dienst wird rücksichtslos rationalisiert. Der staatliche Rotstift radiert Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze massenhaft aus und trägt zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit bei.

Es gibt nur eine Alternative: Die arbeitende Bevölkerung muß selbst die Initiative ergreifen. Mit Hilfe unserer Gewerkschaften müssen wir den Kampf gegen das katastrophale Anwachsen der Arbeitslosigkeit in die eigenen Hände nehmen. Und der wichtigste Hebel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist heute der Kampf für eine einschneidende Verkürzung der Arbeitszeit, ist der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

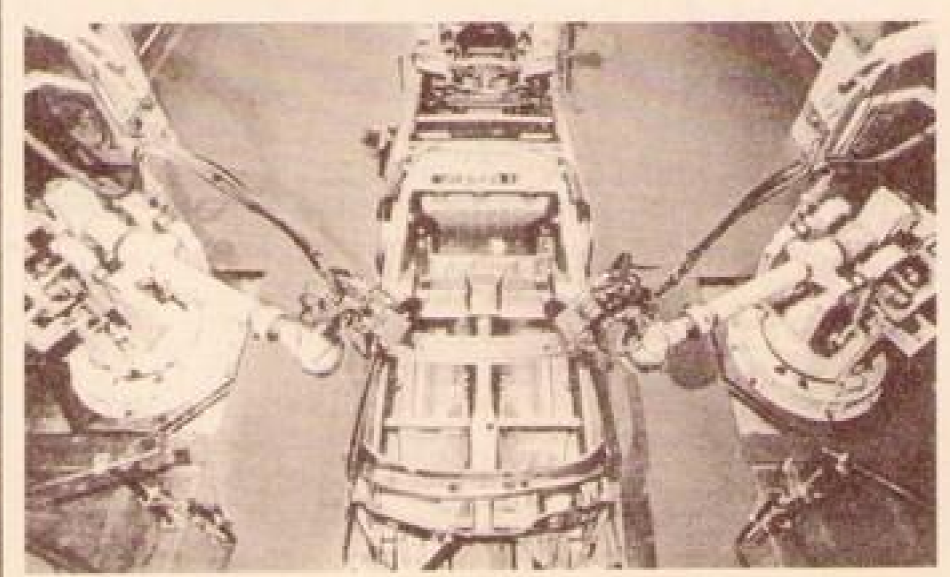
(Fortsetzung folgt)



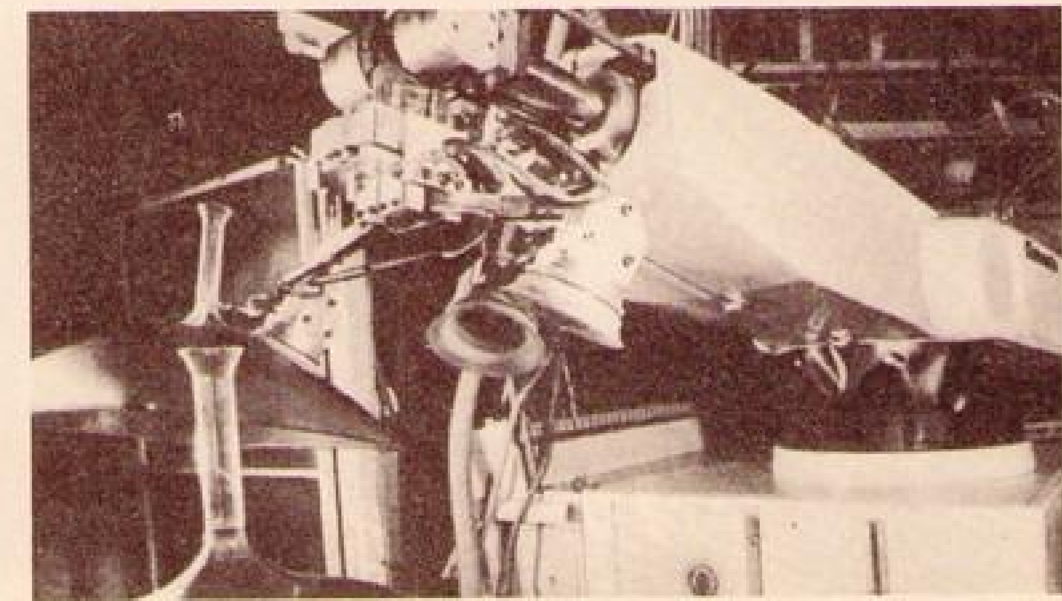
Die Mikroelektronik ermöglicht in den Büros einen radikalen Rationaliserungsfeldzug



Mikroprozessor im Größenvergleich: Auf einer Daumenkuppe



Karosserieschweißen durch Roboter bei Mercedes



Roboter in der Fernsehgeräte-Produktion

Widerstand gegen die Stillegung der Zeche Erin

Protestdemonstration gegen den Willen der IGBE-Bonzen

CASTROP-RAUXEL. — Am Samstag, den 3. Dezember, demonstrierten in Castrop-Rauxel rund 300 Menschen, Bergleute von Erin, Gewerkschafter aus anderen Betrieben und Bürger Castrop-Rauxels, gegen die geplante Stillegung der Zeche Erin. Diese erste Widerstandsaktion wurde von Bergleuten von Erin in selbständiger Initiative organisiert, nachdem sich sowohl die zuständigen Führungsgremien der IG Bergbau und Energie als auch die Betriebsratsspitze gegen jede Art von Aktion gewandt hatten.



300 Kolleginnen und Kollegen demonstrierten am letzten Samstag in Castrop-Rauxel gegen die Stillegung der Zeche Erin.

Wie wir im „Roten Morgen" bereits berichteten, sind auf Erin 3 800 Menschen beschäftigt. Die Zeche gehört zum Eschweiler Bergwerksverein (EBV), einer Tochtergesellschaft des luxemburgischen Stahlkonzerns Arbed. Sie fördert hochwertige Kokskohle. Die Stillegung wird mit den relativ hohen Förderkosten begründet. In Wirklichkeit ist diese Stillegung als Auftakt für ein weitergehendes Zechensterben geplant. Die Energiemonopole wollen die Absatzkrise im bundesdeutschen Steinkohlebergbau zum Anlaß nehmen, die Kohlenförderung drastisch einzuschränken und den Ausbau der Atomenergie voranzutreiben.

Die neue Bundesregierung stützt diese Pläne der Energiekapitalisten noch offener und hemmungsloser, als dies bereits schon seitens der sozialliberalen Koalition geschah. So wurden weitere Subventionen für den EBV von Graf Lambsdorff mit der Bedingung verknüpft, daß Erin stillgelegt wird. Aber auch die Landesregierung in Düsseldorf sowie — und das ist ein besonderer Skandal — die Führung der IG Bergbau und Energie haben für die Stillegung von Erin grünes Licht gegeben.

Wer allerdings regelmäßig die IGBE-Zeitung „einheit" liest, der weiß, daß Adolf Schmidt, Horst Niggemeyer und Konsorten fanatische Befürworter der Atominteressen der Energiekonzerne und des Bonner Staates sind. Das Profitinteresse des Monopolkapitals steht für diese reaktionären Bonzen allemal über dem Recht der Kumpel auf gesicherte Arbeitsplätze.

Dementsprechend hat die IGBE-Führung von Anfang an alles getan, um jeden Widerstand der Erin-Belegschaft und der Bevölkerung von Castrop-Rauxel (für die Castrop-Rauxeler hat die Stillegung katastrophale wirtschaftliche und soziale Folgen) abzuwiegeln. Obwohl Adolf Schmidt und seine Vertrauten spätestens seit Mai dieses Jahres über die beabsichtigte Stillegung informiert waren, haben sie die Kumpel völlig im Unklaren gelassen. Und als der Stillegungsplan im Oktober offiziell bekanntgegeben wurde, war es ihre einzige Sorge, die Kumpel stillzuhalten.

Diese Sorge prägte auch das Vorgehen der Bonzen auf der Belegschaftsversammlung, die am 27. November in der Stadthalle von Castrop-Rauxel stattfand. Man versuchte, den in ungewöhnlich großer Zahl erschienenen Bergleuten die Stillegung als eine endgültige Sache hinzustellen, an der es im Grunde nichts mehr zu rütteln gibt.



Mehrere Kollegen, die bei der Diskussion dann das Wort ergriffen, verurteilten dagegen die Stillegung voller Empörung als Ausdruck skrupellosen Profitstrebens und forderten gewerkschaftliche Widerstandsaktionen.

Der Kollege Peter Frisse, Ersatzbetriebsrat, versuchte auf der Versammlung dann gleich Nägel mit Köpfen zu machen. Er beantragte die Verabschiedung einer Entschließung folgenden Wortlauts:

„Die Betriebsversammlung der Zeche Erin und der Kokerei fordert den Betriebsrat und den Schachtgewerkschaftsausschuß beider Anlagen auf, am Freitag, den 3. 12. 82, wenn die Kohlerunde tagt (gemeint ist die „Kohlerunde" in Bonn — RM), *eine Kundgebung in Castrop-Rauxel durchzuführen."*

Auf Betreiben des Betriebsratsvorsitzenden Diener und des Bezirksvorsitzenden der IG Bergbau Ruhr-Ost, Brenner, wurde eine Abstimmung über diesen Antrag jedoch unterbunden. Diese beiden Funktionäre sprachen sich gleichzeitig ausdrücklich gegen Demonstrationen aus. Der Antrag wurde jedoch durch die Versammlung mit Beifall unterstützt und mehrere Kumpel, die anschließend noch das Wort ergriffen, sprachen sich ebenfalls dafür aus.

Kollege Frisse und andere Kumpel und Gewerkschafter, die sich zu einem Arbeitskreis „Muß Erin sterben?" zusammengeschlossen haben, erkannten angesichts dieser Haltung der IGBE-Bonzen die Notwendigkeit, selbständig die Initiative für eine Protestaktion zu ergreifen. Sie riefen für Samstag, den 4. 12., zu einer Kundgebung gegen die Stillegung von Erin auf.

Von der örtlichen DGB-Führung und allen Einzelgewerkschaften, außer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), wurde dieser Aufruf boykottiert. Die regionale SPD-Presse (WAZ, WR) berichtete negativ über den Aufruf und sprach demagogisch von „linken Splittergruppen", die sich dahinter verbergen würden.

Zudem wurde vom Ordnungsamt der vorgesehene Kundgebungsplatz unter dem Vorwand einer angeblichen Behinderung des Weihnachtseinkaufs nicht genehmigt. Die Kollegen wurden auf einen ungünstiger gelegenen Platz verwiesen.

Trotz allem konnte die Aktion erfolgreich durchgeführt werden. Das Verbot des Ordnungsamtes in Bezug auf den ursprünglich vorgesehenen Platz erwies sich als Bumerang. Denn ein Großteil der Kundgebungsteilnehmer sammelte sich zunächst an dem nicht genehmigten Ort. Und was blieb dann anderes übrig, als von dort aus in einer spontanen Demonstration mitten durch das Castroper Einkaufszentrum zu dem anderen Platz zu marschieren?!

Die Kundgebung war mit 300 Teilnehmern für die gegebenen Umstände gut besucht. Nicht wenige der Teilnehmer waren Kumpel von Erin, die sich weder durch den Boykott der Gewerkschaftsführung noch durch die Hetze in der Zeitung beirren ließen.

Die Aktion hatte insgesamt einen sehr kämpferischen Charakter, was nicht zuletzt auch den Kundgebungsrednern zu verdanken war, die kein Blatt vor den Mund nahmen. Die meisten Redner scheuten sich auch nicht, das abwiegelerische Verhalten der verantwortlichen gewerkschaftlichen Gremien und Funktionen scharf anzugreifen. Der GEW-Vertreter nannte es einen Skandal, daß die IGBE und der DGB sich gegen die Aktion gestellt hatten.

Folgende Redner traten auf: Peter Frisse als Initiator der Kundgebung; Ulrich Bahro, Betriebsrat bei Klöckner-Becorit (Klöckner-Becorit stellt Grubenausbau her und beliefert u. a. auch Erin); Hartmut Siemon, Betriebsrat bei Hoesch in Dortmund; Norbert Weidlich, Betriebsrat bei Hertie; ein Kollege von der Kupferhütte Duisburg (dieser Kollege hatte in Duisburg vor einiger Zeit gegen den Willen der Gewerkschaftsbonzen eine Demonstration gegen die Stillegung der Kupferhütte initiiert).

Die Aktion vom Samstag — das wurde auch auf der Kundgebung mehrfach betont — muß zum Ausgangspunkt für weitere, größere Widerstandsmaßnahmen werden. Die Stillegung der Zeche Erin darf nicht hingenommen werden. Wer sich mit dem Kampf der Kollegen von Erin solidarisieren will, kann sich an folgende Kontaktadresse der Arbeitsgruppe *„Muß Erin sterben?"* wenden:

Peter Frisse, Wittener Straße 44, 4620 Castrop-Rauxel, Tel.: (02305) 23491

In einer Extraausgabe der KPD-Betriebszeitung „Hammerschlag", die die Krupp-Zelle der KPD am Montag nach dem Bekanntwerden der neuen Pläne für Massenentlassungen verbreitete, wird zu diesen Plänen ausführlich Stellung genommen, ihre Auswirkungen beschrieben und zum Widerstand aufgerufen. Wir drucken den Artikel der Betriebszeitung im folgenden ab:

Vorstand Krupp-Stahl plant den Kahlschlag

9 000 Arbeitsplätze in Gefahr



Vor mehreren Tagen war es noch ein Grücht aus dem Wirtschaftsausschuß — inzwischen ist es als Vorstandsplan beschlossen: Gödde und seine Truppe wollen den Abbau von insgesamt 9000 Arbeitsplätzen in Rheinhausen, Bochum und Siegen! Alles, was an Arbeitsplätzen nicht niet- und nagelfest ist, soll kurz und klein geschlagen werden. (Welche Anlagen genau betroffen sind, haben wir auf den beiden nächsten Seiten in Kästen zusammengefaßt.).

Noch keine acht Wochen läuft der alte Vorstandsplan zum Abbau von 3 500 Arbeitsplätzen — schon kommt der nächste. Noch dicker, noch katastrophaler für die Belegschaften. In Bochum sind 2 500, in Rheinhausen 6 000 und in Siegen/KSW 800 bis 1 000 Arbeitsplätze betroffen. Jedem Kollegen sollte inzwischen wirklich klar sein: Alle diese Pläne haben nicht zu sichereren Arbeitsplätzen geführt, sondern immer nur zu neuen Plänen mit noch größerem Arbeitsplatzabbau.

Die Folgen für die Kollegen sind dabei mittlerweile kaum noch absehbar. Ob mit oder ohne Abfindung — wer soll denn in Duisburg als arbeitsloser Stahlwerker überhaupt je wieder Arbeit finden? Wer in Bochum oder gar in Siegen? Was sollen die Jugendlichen, die nach der Ausbildung nicht übernommen werden, als Hüttenfacharbeiter anfangen? Sollen die vielleicht zur Zeche Erin? Die bittere Wahrheit ist: Außer diesen Stahlwerken haben wir hier nichts mehr, wo wir Arbeit kriegen könnten!

Angesichts dieser Lage dürfen wir uns durch irgendwelche Versprechungen aus den Vorstandsetagen nicht mehr beruhigen lassen. So versprach Otmar Günther den Rheinhauser Kollegen bei ihrem Streik vor wenigen Tagen: Es wäre alles nur halb so schlimm, sie würden größtenteils nach Bochum übernommen werden. Und als die Kollegen der Bochumer Schmiede kurz darauf gegen die Stillegungspläne streikten, wußte Günther von diesen Zusicherungen angeblich nichts mehr und meinte zu den Bochumern wiedernum: Alles halb so schlimm, sie würden umgesetzt werden. — Vielleicht nach Rheinhausen? Lügen über Lügen. Tatsache ist alleine: Dieser Konzern will sein Konzept brutal gegen unsere Interessen durchsetzen. Für einige Rheinhausener zeigt sich diese Brutalität in aller Deutlichkeit: Vor kurzem hatte Krupp seine Häuser in der Margarethensiedlung für teures Geld an Kollegen verkauft. Sie sind jetzt hoch verschuldet und müssen zugleich damit rechnen, daß dieser selbe Konzern sie jetzt auf die Straße setzt. Das sind wahrhaftig wirtschaftskriminelle Methoden!

In den Zeitungen schwärmt Gödde immer noch von der Ruhrstahl AG und ihrer herrlichen Zukunft. Aber diese Fusion wird es so kaum geben. Und sie war von Anfang an höchstens als Beginn einer Großfusion betrachtet worden, die sich jetzt unter der Führung von Thyssen mit Krupp anbahnt. Da wird schon ganz konkret ausgehandelt! Wie sonst kann es kommen, daß Schienenproduktion und Freiformschmiedebereich von Krupp an Thyssen gehen sollen und Krupp dafür die Quoten von Thyssen für den Blechbereich bekommen will?

Seit Monaten schon sind die Vertreter der großen Stahlkonzerne unter Führung des Regierungsgrafen Lambsdorff dabei, ein neues Stahlkonzept auszubrüten, wonach sämtliche Stahlkapazitäten zu einem oder zu zwei Großkonzernen zusammengelegt werden sollen. Dann ist es aus mit Dortmund, aus mit dem Saarland, und auch Rheinhausen und Bochum ist jetzt schon als Standort ernsthaft in Frage gestellt. Denn was soll eine Stahlproduktion ohne anschließende Walzwerke? Es wird nicht lange dauern, bis der Vorstand mit dem Argument der Kostenfrage den Schmelzbereich in Rheinhausen ebenfalls stillegen wird.

Nicht viel anders in Bochum: Hier wird zwar viel vom Hochfahren der Straße I und II und von der Investition eines Hubbalkenofens erzählt. Doch so was kennen wir schon. 1981 sollte mit großem Tamtam eine Längsschmiedemaschine angeschafft werden. Heute sind das Hammer- und Preßwerk, wofür die Maschine vorgesehen war, auf dem Stillegungsplan. Auch für die Straße I und II kann der Vorstand jederzeit mit dem Argument der Kosten (Aufheizen der Blöcke, Transportkosten usw.) kommen.

Die angebahnte Großfusion würde jedenfalls für Krupp ein weitgehendes Verschwinden in der Versenkung bedeuten. Vorstandsmitglied Scheider erklärte selbst in der Zeitschrift „Capital": „Ehe wir weiterkrebsen, machen wir zu, liquidieren wir. Dann räumen wir ab."

Es mag sein, daß die geplante Großfusion für die Stahlunternehmer eine profitträchtige Sanierung bedeutet. Für das Ruhrgebiet aber heißt dies: Umwandlung in ein Armenhaus. Machen wir uns nichts vor: Wir sind auf dem besten Weg dazu!

Der Ausweg der Stahlkonzerne aus der Krise ist klar: Stillegung und Fusion für den Profit. Aber das kann nicht unser Ausweg sein! Für uns gibt es keine Alternative, wir brauchen unsere Arbeitsplätze, wir brauchen unseren Lohn! Und wir können es nicht zulassen, daß im Interesse einiger Stahlunternehmer und ihrer Banken das Ruhrgebiet in eine Bewahranstalt für Arbeitslose umgewandelt wird! Deshalb dürfen wir keinen Schritt der Stahlunternehmer in diese Richtung mehr zulassen.

An uns ist es, in den Betrieben, ob in Rheinhausen, in Siegen oder in Bochum diese Konzepte zu verhindern. Und zugleich in Düsseldorf und Bonn mit Nachdruck zu verlangen und durchzusetzen, daß die Stahlkonzerne zu einer Arbeitsplatzgarantie verpflichtet werden. Mittel dazu gibt es genug. Schließlich kriegen sie ja ihre Milliarden aus Bonn von unseren Steuergeldern. Und wenn die Herren Stahlunternehmer zu solchen Zusicherungen nicht bereit sind, dann muß man ihnen eben die Betriebe wegnehmen!

Eine drastische Maßnahme? Wenn man sich das Ruhrgebiet ohne Arbeitsplätze vorstellt, so ist das im Vergleich dazu eine Kleinigkeit!

Untersuchung von Asylantenlagern verboten

Das Ministerium hat etwas zu verbergen

Im letzten „Roten Morgen" haben wir über den Baseler Kongreß gegen Fremdenfeindlichkeit und Einschränkung des Rechts auf Asyl berichtet und darüber, daß eine Delegation des Europäischen Komitees für die Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter die Situation der Asylbewerber in bayerischen Sammellagern überprüfen wollte. Die Teilnehmer der Delegation verschickten vor einigen Tagen Informationsmaterial.

In Bayern wurden sie nicht in die Lager hineingelassen. Sie wollten die Situation in Traibendorf und Wernberg untersuchen. Der oberpfälzische Asylbeauftragte aber erklärte: „Wir sind doch kein Zoo", und man könne doch nicht „Hinz und Kunz in die Häuser lassen" — noch dazu ohne langfristige vorherige Anmeldung ... Das diene auch dem Schutz der Asylbewerber, der wichtiger sei „als die Information nichtlegitimierter Ausländer".

Eine unverschämte Begründung. Wenn die Asylbewerber Schutz brauchen, dann sicherlich vor den Methoden der bundesdeutschen Behörden, die sie rechtlos und isoliert auf kleinstem Raum zusammenpferchen, ihnen kaum Geldmittel zur Verfügung stellen und täglich gemeinschaftlich mehr schlecht als recht ernähren lassen.

Zur Frage der Anmeldung stellte der Delegationsleiter Nicholas Busch, Publizist aus Basel, fest: „Es ist nicht üblich, daß wir uns bei solchen Kontrollen anmelden. Wir möchten nämlich nicht, daß dann Blumen auf den Tischen stehen ..." Es waren sicherlich nicht „Hinz und Kunz", die da Einlaß begehrten. Zu der Delegation gehörten neben anderen der international renommierte Fotograf Jean Mohr aus Genf, der für das Rote Kreuz und die UNO-Flüchtlingskommission arbeitet, Dr. Gabriel Lansaky, Vorstandsmitglied der österreichischen Sektion von amnesty international, Hans Goldschmied, Vertreter des KZ-Verbandes Österreich, Christian Rostocker, Rechtsanwalt und Mitglied der Internationalen Vereinigung für Menschenrechte in Paris und andere namhafte Persönlichkeiten. Nicholas Busch sagte zu Journalisten, ihm sei sogar vom Obristenregime in Chile der Zutritt zu Gefangenenlagern nicht verwehrt worden. Das Verhalten der bayerischen Behörden sei einzigartig.

In einer Presseerklärung nahm die Delegation zu den Vorfällen wie folgt Stellung:

„Die Kommission stellt fest, daß die bayerischen Behörden durch diese Maßnahme ihre Arbeit zu verhindern suchten. Aufgabe der Kommission ist es angesichts der Anschuldigungen, die verschiedenerseits gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung erhoben werden, sich zu informieren über:

- Beschränkung der Freizügigkeit und der freien Wahl des Wohnsitzes;
- Verbot der Arbeitsaufnahme verbunden mit dem Zwang zu schlecht entlohnter Arbeit;
- die psychischen und physischen Auswirkungen solcher Maßnahmen auf die betroffenen Asylbewerber.

Die Kommission wird bei der Verfassung ihres Abschlußberichts aus dem Verhalten der bayerischen Behörden die nötigen Schlüsse ziehen."

Kurz darauf demonstrierten etliche Asylbewerber zusammen mit Münchener Bürgern im bayerischen Sozialministerium gegen die Abweisung der Kommission. In einer Resolution erklärten sie: „Offensichtlich hat das Ministerium etwas zu verbergen ..."

Wie die „Süddeutsche Zeitung" berichtete, ließ die Bezirksregierung Oberpfalz einige Tage nach den skandalösen Ereignissen einige Journalisten in zwei Lager (welche Vorbereitungen dafür getroffen wurden, ist uns nicht bekannt). Die SZ stellt fest: „Die bis dahin erhobenen Vorwürfe gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in dieser Form wurden dabei zum Teil bestätigt." Wenn das etwa heißen sollte, „zum Teil auch nicht", so fehlt jedenfalls jede Erwähnung eines solchen Teils. Der Redakteur schreibt unter anderem: „Die geographische Verteilung der Lager auf kleine Orte verstärkt die Isolation der Asylbewerber. Das Zusammenpferchen von Familien und Einzelpersonen auf kleinstem Raum bei mangelhaften sanitären Einrichtungen und der Verzicht auf Kommunikationsräume fördert Spannungen. Auf qualifizierte pädagogische Betreuung wird bewußt verzichtet. In einem Fall steht ein gelernter Maurer ohne Fremdsprachenkenntnisse und besondere Schulung 70 Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen als Lagerleiter und einziger Ansprechpartner zur Verfügung.

Unter Berufung auf die Bezirksregierung bestätigte die Stadt Regensburg in einer Protokollvorlage, daß alle diese Maßnahmen darauf ausgerichtet seien, eine bessere Kontrolle über die Ausländer zu erreichen, deren Freizügigkeit zu unterbinden und ihre Abschiebung zu erleichtern."

Handlanger türkischer Generale

FRANKFURT. — Am 30.11. prangerten Vertreter des Republikanischen Anwaltvereins, Serafettin Kaya sowie Journalisten aus der Bundesrepublik und der Türkei die jüngsten „eklatanten Verletzungen des Asylrechts in der Bundesrepublik und der Menschenrechte in der Türkei" an. Dabei hoben sie hervor: „In der Türkei wird gefoltert, gleichzeitig hat 1982 kein Türke in der Bundesrepublik Asyl bekommen." Die Rechtsanwälte Heidrun Gerwens-Henke, Gerda Trautmann und Hanswerner Odendahl, die im Oktober den Massenprozeß gegen 574 angebliche Mitglieder der Organisation Devrimci Yol in Ankara beobachteten, informierten über das Ausmaß der Verfolgung. Die Angeklagten sind in der Mehrzahl Jugendliche — der Jüngste ist zwölf Jahre alt; der Vorsitzende Richter ist ein Brigadegeneral, der nicht einmal irgendeine juristische Ausbildung als Legitimation für sein Amt vorweisen kann; viele der Angeklagten haben keinen Verteidiger; 186 Angeklagten droht die Todesstrafe. Journalisten bezeugten die brutalen Folterungen. Ein Angeklagter ist an den Folgen bereits gestorben. Als Foltermethode führten sie unter anderem an: „Aufhängen an den Armen, Elektroschocks, Stehen auf einem Bein mit zwei Fingern an der Wand über mehrere Tage, Schlagen der Fußsohlen." Das ist das Regime, das die Bonner Regierung finanziert.

Der Republikanische Anwaltsverein belegte mit Beispielen, daß das Zirndorfer Bundesamt Anklageschriften der Militärjunta „ungeprüft und ohne zusätzliche Recherchen" übernimmt. Nicht nur das: In einigen Fällen werden die Beschuldigungen türkischer Gerichte noch willkürlich ausgeweitet.

Ein Gericht in Ankara hatte Jugendliche wegen der Gründung eines Vereins angeklagt, „der den Zweck hat, die bestehende soziale und ökonomische Ordnung im Land zu stürzen". Der Ablehnungsbescheid aus Zirndorf machte aus ihnen Mitbegründer „einer radikalen kommunistischen Partei", die zwar nach einer „Rückkehr in die Türkei bestraft" würden, aber es sei „darin keine politische Verfolgung zu sehen". Eine bezeichnende Logik: Die Verfolgung und Folterung von Kommunisten ist legitim. Kommunisten sind keine „Politischen" sondern Kriminelle. Hier sprich der Geist des Nazi-Reiches.

Auf der Pressekonferenz wurde dargelegt, daß in der Türkei alle politisch unliebsamen Menschen zu Kriminellen gestempelt werden, schon wenn sie nur in Friedenskomitees oder ähnlichem mitmachen. Dieser Auffassung schließen sich westdeutsche Asylbehörden immer mehr an, weshalb der Schriftsteller Jürgen Roth erklärte: „Zirndorf ist der Handlanger der türkischen Generale." Er untermauerte diese Feststellung mit Zitaten aus zwei Schreiben der Zirndorfer Behörde. In der Begründung für die Ablehnung von Asylanträgen heißt es darin zum Beispiel: Der Asylbewerber werde „nicht wegen seiner politischen Überzeugung, sondern zu Staatsschutzzwecken verfolgt". In einem anderen Schreiben: Die Folter erfolge nicht, um den Angeklagten zu züchtigen oder zu demütigen, sondern um vor weiteren Staatsverleumdungen abzuschrecken.

Solche Richter würden auch im Inneren jede noch so reaktionäre Politik mit ihrem Urteilsspruch unterstützen. Ganz nach dem Vorbild des Volksgerichtshofes. Und ganz im Sinne der politischen Entwicklung, wie sie die neue Bundesregierung in die Wege leitet.

CDU-Büros besetzt



Die Unterstützung reaktionärer und faschistischer Regimes in aller Welt — auch das ist fester Bestandteil der Politik des westdeutschen Imperialismus und muß bekämpft werden.

Gegen die freigiebige Förderung des mörderischen Regimes in El Salvador durch die Bundesregierung und die gesamte offizielle Mittelamerika-Politik Bonns protestierten am 3. November Mitglieder verschiedener Solidaritätskomitees durch die mehrstündige Besetzung von CDU-Büros in Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Münster, Aachen und Frankfurt, sowie des Konsulats von Guatemala in Westberlin. In Münster ging die Polizei gegen die Demonstranten vor.

Die Besetzer forderten den Stopp der Entwicklungshilfe an El Salvador, Guatemala und Honduras, den Abzug honduranischer Offiziere aus der Bundesrepublik und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu diesen Ländern. In ihrer Presseerklärung heißt es unter anderem:

- „In El Salvador, Guatemala und Honduras werden die Widerstandsbewegungen mit Waffen von Heckler und Koch (teilweise über Drittländer wie Israel eingeführt) bekämpft.
- In Guatemala wird mittels deutscher Entwicklungshilfe und -experten im Rahmen von Infrastrukturmaßnahmen in reichen Rohstoffgebieten und der Hilfe von deutschen Konzernen wie der Hochtief AG und Lahmeyer AG (deren Hauptanteilseigner jeweils die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG ist, Betreiber von zahlreichen AKWs, der DWK und des schnellen Brüters von Kalkar) das dortige Regime gestützt.
- honduranische Offiziere werden in der Bundesrepublik ausgebildet.
- Mit deutschen Hilfsgeldern werden in Honduras Flüchtlinge ins Landesinnere umgesiedelt und gegen diese Menschen Repressionsmaßnahmen ausgeübt.
- In Costa Rica und Guatemala wird das Fahndungssystem mit Computern von Siemens aus Argentinien und mit Unterstützung von argentinischen Beratern, die von deutschen Kriminalexperten ausgebildet sind, perfektioniert.
- In Honduras wurden mit BRD-Krediten aus Steuergeldern und BKA-Hilfe die Fahndungsmethoden modernisiert."

„Das Asylrecht mußte hinter NATO-Interessen zurückstehen"

Immer neue Beispiele menschenverachtender Asylpolitik liefern bundesdeutsche Gerichte und die Zentralstelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf. Vor allem die Verbrechen der faschistischen türkischen Junta werden geleugnet. Jetzt soll auch noch der bekannteste Anwalt kurdischer Flüchtlinge, Serafettin Kaya, den Henkern ausgeliefert werden.

Zunächst ein aktuelles Beispiel: Seit einigen Monaten bemüht sich der kurdische Flüchtling Salih Seker um Asyl. Er war im Vorstand der verbotenen Jugendorganisation YDCD tätig und wird deshalb verfolgt. In Westdeutschland engagierte er sich auch in der *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe und das Zirndorfer Bundesamt sind sich einig: Kein Fall politischer Verfolgung. Die Karlsruher Richter wiederholen die inzwischen weitgehend bekannte Stellungnahme des Mannheimer Verwaltungsgerichtshofes, in der Türkei sei die Folter ein allgemeines Phänomen und deshalb kein Asylgrund; dabei berufen sie sich auch noch auf andere Gutachten. Die Zirndorfer Behörde behauptet auch noch, Kurden würden in der Türkei nicht verfolgt, nur weil sie Kurden sind. Da findet sich der Satz: „Die kurdischen Alewiten genießen, wie alle religiösen Minderheiten, den Schutz des Art. 19 der türkischen Verfassung." Die Stellungnahme erfolgte vor der Verabschiedung der neuen Verfassung. Aber hier handelt es sich ja nicht um Verfolgung aus religiösen Gründen, und im übrigen wird jeder Kurde strafrechtlich verfolgt, der das Brauchtum und die Sprache seiner Nation pflegt! Das wissen die bundesdeutschen Schreibtischtäter natürlich ganz genau.

Nun soll auch „der bestinformierte Experte für Kurdistan, den man in der Bundesrepublik bekommen kann" — so die Beurteilung des Westberliner Verwaltungsrichtes Hartmut Fischer — in die Türkei ausgewiesen werden: Seafettin Kaya. Kaya ist aus der Türkei geflohen. Er wurde inzwischen in Abwesenheit zu acht Jahre Gefängnis verurteilt. Er hatte bereits in Haft gesessen und war brutal gefoltert worden. Sein „Verbrechen": Er hatte in Massenprozessen 1490 antifaschistische Kurden verteidigt. Sieben Monate wurde er im berüchtigten Gefängnis Diyarbakir festgehalten. 32 Tage lebte er in einem zynisch „Zelle mit Bad" genannten Verließ: Ein winziger Raum, in dem kniehoch Kot und Urin standen. Dreimal täglich mußte der Gefangene in der Jauche schwimmen.

Kommentar aus Zirndorf: Diese Verfolgung sei „nicht als ‚politische' einzustufen", er könne sich deshalb „nicht mit Erfolg auf die erlittenen Repressalien durch türkische Verfolgungsorgane berufen."

Auch für bürgerliche Medien ist es kein Geheimnis, daß sich die Verfolgung der Kurden seit dem Machtantritt der Evren-Junta noch verschlimmert hat. Die Justiz aber leugnet das einfach ab. Und die Politiker auch. Schließlich bescheinigte Außenminister Genscher dem Oberbefehlshaber der Folterknechte und Mörder, Kenan Evren, seine neue Verfassung sei „ein erster Schritt zur Demokratie". Nach den Buchstaben dieser Verfassung gibt es gar keine Kurden. „Übergeordnete Interessen" des westdeutschen Staates sind hier im Spiel. Der SPD-Abgeordnete Klaus Thüsing erklärte dazu: „Um das deutsch-türkische Verhältnis nicht zu belasten, werden dem Militärregime Persilscheine ausgestellt, gleichgültig, ob es Menschenopfer kostet." Serafettin Kayas Kieler Anwalt Thomas Jung, präzisiert: „Das Asylrecht des Herrn Kaya muß hinter NATO-Interessen zurückstehen."

Kaya und Jung klagen nun beim Schleswiger Verwaltungsgericht. Sie berufen sich dabei auch auf zwei Urteile, die bisher einzig dastehen und auch unter Mitwirkung Kayas, der als Sachverständiger vor Gericht auftrat, zustandekamen: Im November sprach das Westberliner Verwaltungsgericht zwei Kurden Asyl zu, weil sie einer verfolgten Minderheit angehören (Aktenzeichen VG 19 A 611/81 und VG 19 A 629/81). Die beabsichtigte Ausweisung Kayas ist eben auch Zeichen dafür, daß die höchsten staatlichen Stellen solche Urteile zur absoluten Ausnahme degradieren wollen.

Friedenswoche gegen US-Atomraketen

Auf Beschluß seiner Kreisdelegiertenversammlung wird der DGB Saarbrücken im Frühjahr 1983 eine Friedenswoche durchführen, die unter dem Ziel der Verhinderung der Stationierung neuer US-Atomraketen in der Bundesrepublik steht.

Die Friedenswoche soll am 23. März beginnen. Das ist der Tag, an dem vor 50 Jahren der Reichstag das „Ermächtigungsgesetz" beschloß. Dieser Tag, so stellten die Delegierten klar, habe dem deutschen Faschismus Tür und Tor geöffnet, um im Innern den Krieg gegen das eigene Volk zu führen und den verbrecherischen zweiten Weltkrieg vorzubereiten. „In der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftskrise gibt es wie damals wieder Kräfte, die die Politik der Entspannung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch Konfrontation und Embargo ersetzen, die uns Hochrüstung und soziale Demontage bescheren wollen.

Von besonderer Bedeutung ist die Kritik der Gewerkschafter an der bisher vorherrschenden Politik des DGB, der den Friedenskampf weitgehend der Friedensbewegung überlassen habe. Sie hoben hervor: „Es ist unbedingt notwendig, daß der Kampf um den Frieden aus den Betrieben heraus mitgetragen und geführt wird."

In Baden-Württemberg beschlossen:

Demonstranten sollen Polizeieinsatz bezahlen

STUTTGART. — Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat beschlossen, die Kosten von Polizeieinsätzen gegen Demonstranten den hiervon Betroffenen aufzubürden. Diesem massiven Anschlag auf die Demonstrationsfreiheit will sich eventuell bald auch Bayern anschließen.

Der Stuttgarter Innenminister Roman Herzog (CDU) trat mit dieser Entscheidung vor einigen Tagen vor die Presse. Nach seinen Worten ist jede Demonstration, bei der nicht sofort jeder beliebigen Anweisung der Polizei Folge geleistet wird — etwa einen bestimmten Platz zu räumen, wenn ein Sitzstreik durchgeführt wird — rechtswidrig. Dem rechtschaffenen Steuerzahler, der den Mund hält und alle Entscheidungen der Regierungen und Kapitalisten — von der Arbeitsplatzvernichtung bis zur Raketenstationierung — unwidersprochen hinnimmt, nicht demonstriert und folglich auch nicht mit der Polizei in Konflikt kommt, sei es nicht zuzumuten, über seine Stuergelder einen solchen Polizeieinsatz zu finanzieren.

Jede Anwendung „unmittelbaren Zwangs" — vom Wegtragen Sitzstreikender bis zu all den Brutalitäten, die üblicherweise dem Kommando „Knüppel frei" folgen — soll in Zukunft denen auf die Rechnung gesetzt werden, gegen die sich diese polizeilichen Zwangsmaßnahmen richten. Und zwar auch dann, wenn eine in der Folge eingeleitete Strafverfolgung mit dem Freispruch der Demonstranten endet.

38,— DM pro eingesetztem Polizeibeamten und angefangener Stunde ist der offizielle Satz. Somit kann die Polizei mehr Geld eintreiben, wenn statt einem Beamten gleich zwei, drei oder vier einen Demonstranten festnehmen und auf ihn einprügeln. Darüber hinaus soll der Betroffene auch noch einen Anteil an den allgemeinen Kosten für die Anreise des jeweiligen Polizeiaufgebots und den Einsatz ihrer Gewaltmittel bezahlen.

Aktueller Anlaß für diese Entscheidung waren verschiedene für den 12. Dezember vorgesehene Aktionen an den geplanten Stationierungsorten für die neuen amerikanischen Atomraketen. Bereits die Teilnehmer einer Blockadeaktion in Großengstingen haben ja vor einiger Zeit Kostenrechnungen für den Einsatz der Polizisten erhalten, die sie abtransportierten (der RM berichtete). Herzog verwies auch darauf, daß in Niedersachsen ähnliche Bräuche üblich sind. Eine Einschränkung der Demonstrationsfreiheit bestritt er; schließlich brauchten sich die Demonstranten ja nur so verhalten, wie man es ihnen vorschreibt. Daß damit jede Art selbst ganz harmlosen zivilen Ungehorsams massiv bestraft wird und damit natürlich eine Einschüchterung breiter Teile der Bevölkerung zu erwarten ist, ist für ihn nicht der Rede wert. Kein Wunder, das ist schließlich die Absicht.

Selbst Abgeordnete von FDP und SPD haben schwere verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Kabinettsbeschluß geäußert, ebenso der Vorstand der Gewerkschaft der Polizei. Nichts desto trotz wird die Stuttgarter Regierung ihren Willen durchsetzen.

Und sie hat bereits Nachahmer gefunden: Im bayerischen Landtag brachten die CSU-Abgeordneten Diethei und Gasthinger eine schriftliche Anfrage ein, in der sie diese Maßnahme auch für Bayern zur Diskussion stellen. Und schon haben sich Beamte in den Ministerien ans Werk gemacht, um „Kostenregelungen" zu entwerfen. Aus dem bayerischen Innenministerium verlautete, irgendwelche rechtlichen Bedenken gegen einen Beschluß wie in Baden-Württemberg bestünden nicht.

Es darf den Herrschenden nicht gelingen, auf diese Weise den Widerstand gegen ihre Politik kleinzukriegen. Notwendig ist eine verstärkte Werbung für den Widerstand gegen die Regierungspolitik, notwendig bleiben und immer notwendiger werden Aktionen des aktiven Widerstands (nicht nur, aber auch gegen die geplante Raketenstationierung im nächsten Jahr), notwendig ist die aktive Solidarität mit allen Opfern der Willkür von Polizei und Justiz.

Kapitalisten fordern: „Unbrauchbare" Ausländer rausschmeißen!

BONN. — Am 3. Dezember gab der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) eine Stellungnahme zur Ausländerpolitik ab, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, Ausländer auch unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen aus dem Lande zu jagen.

Direkt an Bundeskanzler Kohl und die zuständigen Minister wandten sich die Kapitalisten mit der Erklärung, die sie auf dem DIHT verabschiedet hatten. Sie fordern darin zum einen die Bereitstellung „finanzieller Anreize", um Ausländer zur Rückkehr in ihre „Heimatländer" zu bewegen — die zumindest für ihre Kinder oft gar keine Heimatländer sind —, und betonen gleichzeitig, aus politischen Gründen dürfe keinesfalls darauf verzichtet werden, eine Ausreise auch mit Zwangsmaßnahmen durchzusetzen, wenn die „Anreize" die erwünschte Wirkung nicht erzielen.

Eine „Integration um jeden Preis" dürfe es nicht geben, nur die „Integrationswilligen und *-fähigen*" sollten eingegliedert werden. Das Wort „integrationsfähig" ist wichtig, denn die angebliche Fähigkeit soll an den Interessen der Wirtschaft gemessen werden, ob nämlich die Ausländer hier noch als Arbeitskräfte gebraucht werden, und darüber hinaus an der restlosen Aufgabe ihrer nationalen Identität und ihrem politischen Wohlverhalten.

Von den rund 4,6 Millionen Ausländern in der Bundesrepublik seien 2,4 Millionen nicht erwerbstätig, klagt der DIHT. Daß unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland besonders hoch von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, daß sie von den Unternehmern als erste auf die Straße geworfen werden — davon ist nicht die Rede. Sie sind eben einfach unnütz, überflüssig. Und deshalb sollen sie raus. Der DIHT, so heißt es in der Erklärung, gehe von dem Grundgedanken aus, daß die deutsche Volkswirtschaft auch künftig in gewissem Umfang auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, ihre Zahl aber reduzierbar sei.

„Reduzierbar" ist die Zahl aus der Sicht der Kapitalisten einmal, weil es so viele ausländische Arbeitslose neben den einheimischen Arbeitslosen gibt. Rduzierbar ist sie aber auch, weil unter dem Druck der Krise und der Massenarbeitslosigkeit mehr deutsche Arbeiter als bisher bereit sind, zu den schlechten Bedingungen schwerste und schmutzigste Arbeit zu leisten, wie sie heute noch zum großen Teil den Ausländern aufgebürdet wird. Entsprechende gesetzliche Maßnahmen — wie die Verschärfung der Zumutbarkeitsklausel — tun das ihre dazu.

„Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen". — Dieses Wort dürfte nicht Grundgesetz der Politik sein, hatte Helmut Kohl heuchlerisch erklärt, als er gerade durch parlamentarischen Betrug das Amt des Bundeskanzlers erschlichen hatte; dabei erklärte er allerdings schon, es gäbe zu viele Türken in Westdeutschland.

Genau dieses Motto ist nun aber unverhohlen aus den Worten der Kapitalisten zu hören. Es ist ihr Wille, den Kohl und seine Regierungsmannschaft in politische Maßnahmen umsetzen soll. Die er auf jeden Fall umsetzen *will*.

Ob es ihm gelingt, hängt davon ab, wie stark der Widerstand ist, auf den er dabei stößt. Ein Widerstand, der nicht erfolgreich sein kann, wenn er nicht von der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften getragen wird. Es ist dringend notwendig, daß die Gewerkschaften sich mehr im Kampf gegen die gängige Ausländerpolitik, die ja auch auf die Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse insgesamt abzielt, engagieren. Es gibt Ansätze dazu, etwa in der IGM und der IG DruPa, die bekanntgemacht und ausgeweitet werden müssen.



Rückseite der Gewerkschaftszeitung „druck und papier", vom 29.11.82

Neue „Rassengesetze"?

WESTBERLIN. — Der Berliner CDU-Senat hat dem Abgeordnetenhaus ein Gesetz zur Entscheidung vorgelegt, das Ausländer von bestimmten Sozialleistungen ausschließt. Wer nicht aus Deutschland oder wenigstens der EG kommt, soll das neu einzuführende Familiengeld nicht erhalten.

Ab dem 1. Januar nächsten Jahres soll für Kindern, die ab diesem Tag in Westberlin geboren werden, ein steuerfreies Familiengeld bezahlt werden. Empfangsberechtigt sollen aber nur „Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes" oder Menschen sein, die „die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft" besitzen. Damit wird der überwiegende Teil der ausländischen Einwohner Westberlins vom Empfang des Geldes ausgeschlossen. Daß sie Kinder bekommen, paßt dem CDU-Senat nicht.

Gegen diese offene Diskriminierung und Benachteiligung hat sich vielstimmiger Protest erhoben, bis in kirchliche Kreise hinein.

Michael Kühnen wieder frei

Flensburger Gericht läßt Nazi-Terroristen laufen

CELLE. — Am 1. Dezember wurde der bekannte Nazi-Terrorist Michael Kühnen, Begründer und Führer der Aktionsfront Nationaler Sozialisten in Norddeutschland, aus der Celler Haftanstalt entlassen. Er begab sich sofort nach Hamburg, wo seine Anhänger bereits seit langem darauf warten, mit ihm zusammen ihre faschistische Tätigkeit fortzusetzen und neue Verbrechen zu begehen.

Wegen Volksverhetzung und nationalsozialistischer Propaganda — nicht etwa wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung — war Kühnen zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Wegen einer Hetzschrift mit dem Titel „Die zweite Revolution" erhielt er nochmals neun Monate Gefängnis, das Verfahren ist inzwischen in der Revisionsinstanz. Wegen „dringender Fluchtgefahr" mußte Kühnen auch nach Verbüßung seiner ersten Strafe bisher noch in Haft bleiben. Das Amtsgericht Flensburg hob nun diesen Haftbefehl auf.

Einzige Auflage: Er darf nicht zu seinem Freund, dem Nazi-Journalisten Edgar Geiss, nach Stade ziehen. Das aber hat er gewiß nicht nötig, um seine faschistische Tätigkeit fortsetzen zu können.

Bei der Anstaltsleitung hat sich Kühnen für die Haftbedingungen bedankt. Dazu hatte er auch Grund, denn man erlaubte ihm eine umfangreiche Korrespondenz und Propaganda noch aus der Zelle heraus. In Hamburg wird er von Gefolgsleuten bereits erwartet.

Daß sich Kühnen etwa „geläutert" hätte, kann auch die blindeste Justizbehörde nicht glauben. Denn aus dem Gefängnis heraus erklärte er, unter anderem in einem Interview mit dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" vom 14.2.82, daß er an seiner Ideologie und Politik festhalten werde. „Meine eigene Aufgabe wird darin bestehen, wieder eine eigene politische Truppe aufzubauen und zu beweisen, daß ich eben mit meinem politischen Konzept Erfolg haben kann." Erklärtermaßen will er sich hauptsächlich mit der „Ausländerfrage" befassen, also mit Hetze und Terror gegen unsere ausländischen Mitbürger vorgehen. Ja, erklärtermaßen bleibt Kühnen Terrorist. Auf die Frage: „Lehnen Sie mittlerweile den Terrorismus ab?" antwortete er: „Das habe ich nie getan. Dafür sehe ich auch heute keinen Grund." Sein Vorbild: Adolf Hitler, „das große Genie dieses Jahrhunderts für Deutschland".

Die Justiz hat Kühnen grünes Licht für neue Verbrechen gegeben. Er muß auf den entschlossenen Widerstand aller Antifaschisten treffen.

Millimetergenau gesteuert

Die CSU macht sich für eine Alleinregierung der Unions-Parteien nach den Neuwahlen stark. Franz Josef Strauß wird die CSU-Liste anführen, wenn auch angeblich noch nicht feststeht, was er hinterher wirklich vorhat. Auf alle Fälle versucht einer, der als sein möglicher Nachfolger als bayerischer Ministerpräsident gilt, sich schon mal zu profilieren: der bisherige Finanzminister Max Streibl. Im neuesten „Bayernkurier" hetzt er vor allem gegen die Friedensbewegung und warnt vor den angeblichen Folgen eines SPD-Wahlsieges. Eine „grün-gesteuerte" SPD würde Deutschland „in den kommunistischen Einflußbereich" führen. Die Friedensbewegung und alle Alternativbewegungen seien „heute schon millimetergenau von Moskau und Ost-Berlin ferngesteuert" tobt Streibl. Er sagt ihnen den Kampf an. Er will Gleichschaltung und Atomraketen.

Ins gleiche Horn stieß am Sonntag prompt die „Bild"-Zeitung. Allerdings scheint der Redakteur etwas verwirrt, wie man an der Diskrepanz zwischen Bild und Text sieht. Übrigens: Die DKP will gar nicht aus der NATO raus. Wir schon. Und von Streibl lassen wir uns ebensowenig einschüchtern wie von seinem Ziehvater.



Gemeinsame Wahlplattform von BWK und KPD

Nachdem Verhandlungen über ein breiteres Wahlbündnis erfolglos blieben, haben sich BWK und KPD darauf verständigt, gemeinsam bei eventuellen Neuwahlen zum Bundestag zu kandidieren. Dies wird in der Form gegenseitiger Unterstützung von offenen Listen geschehen. Auf einer gemeinsamen Sitzung der Zentralkomitees beider Organisationen wurde folgende Wahlplattform verabschiedet:

1.)

Massenarbeitslosigkeit, Reallohnsenkung, Rationalisierung, gesteigerte Arbeitshetze und Sozialabbau — das sind die unmittelbaren Auswirkungen der Krise der kapitalistischen Wirtschaft für die Arbeiterklasse. Die Politik der bürgerlichen Regierungen in Bonn war und ist durch das Kapitalinteresse geprägt, auch bei der Verschärfung der Krise die Bedingungen des Profits möglichst günstig zu gestalten, was andererseits bedeutet, möglichst alle Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse, die Arbeitslosen und die ärmeren Bevölkerungsteile im allgemeinen abzuwälzen.

Die Rechtskoalition aus CDU/CSU und FDP verwirklicht in den ersten Monaten ihrer Regierung insofern eine Politik, die im wesentlichen schon von der FDP/SPD-Koalition eingeleitet wurde und deren einzelne Maßnahmen auch unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung weitgehend vorstellbar wären.

Unübersehbar ist aber auch, daß der Regierungswechsel in Bonn von ausschlaggebenden Kapitalkreisen seit langem gefordert und betrieben und dementsprechend mit offenkundiger Genugtuung begrüßt wurde.

Wenn das Finanzkapital und die Unternehmerorganisationen so eindeutig zum Ausdruck bringen, daß sie die SPD nicht länger für tauglich halten, als Regierungspartei eine den Kapitalinteressen möglichst direkt entsprechende Politik zu verwirklichen, ist das für die Arbeiterklasse selbstverständlich bedeutsam; denn das Mißtrauen dieser Kreise in die weitere Regierungstauglichkeit der SPD scheint vor allem durch die Tatsache begründet, daß die SPD als Partei gezwungen ist, in bestimmten Umfang Rücksicht zu nehmen auf die Stimmungen in der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften. Daraus muß geschlossen werden, daß die Kapitalisten von einer CDU/CSU-Regierung erwarten, rücksichtsloser die Politik der sozialen Demontage und der Umverteilung zugunsten der Reichen durchzuführen, einen Kurs verschärfter Konfrontation mit den Gewerkschaften zu verfolgen, gewerkschaftlichen Widerstand, wenn nötig, zu brechen.

Tatsächlich hat bereits die bisherige Regierungszeit der CDU/CSU/FDP-Koalition eine Reihe von Herausforderungen der Gewerkschaften durch die Regierung gebracht (so die Lohnpausenforderung des Norbert Blüm und die beabsichtigte gesetzliche Minderung des realen Beamteneinkommens durch die Begrenzung der Erhöhung der Beamtengehälter auf 2 Prozent vor Abschluß eines Tarifvertrages für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes) und in Umrissen eine Mobilisierungsstrategie der Reaktion gegen die Gewerkschaften erkennen lassen. Von einer „Druckwelle des Gemeinsinns", die erzeugt werden soll, ist die Rede, während das gewerkschaftliche Eintreten für Interessen der Arbeiter und Angestellten als „Egoismus" gebrandmarkt werden soll.

Alle Besitzenden und alle, die glauben etwas verlieren zu können, wenn der Kampf der Arbeiterklasse das Profitstreben und die internationale Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Monopole beeinträchtigt, sollen gegen die organisierte Arbeiterbewegung und für die Interessen des Finanzkapitals in Frontstellung gebracht werden. So sollen die Gewerkschaften isoliert und in die Defensive gedrängt und die politischen Voraussetzungen für die Brechung gewerkschaftlichen Massenwiderstandes geschaffen werden.

2.)

Notwendig ist die Arbeitereinheit im Kampf für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse. Sie wird sich nur in dem Maße wirklich Bahn brechen können, in dem sich in den Gewerkschaften die Erkenntnis weiter durchsetzt, daß ein wirksamer Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse nur geführt werden kann, wenn jede Rücksichtnahme auf sogenannte gesamtwirtschaftliche Erfordernisse, die in Wirklichkeit stets nur Erfordernisse kapitalistischen Profitstrebens sind, abgelehnt wird.

Deshalb unterstützen wir den Kampf

• gegen die weitere Senkung des Reallohnes und für die Verteidigung der Tarifautonomie gegen staatliche Zwangsmaßnahmen zugunsten der Unternehmer;

• gegen die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Intensivierung der Arbeit durch die kapitalistische Rationalisierung, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Für den Erhalt der Arbeitsplätze, für ein Verbot von Massenentlassungen und für die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte, insbesondere im Hinblick auf Investitionen, die Zahl und Struktur der Arbeitsplätze betreffen;

• gegen den Sozialabbau, für die Verteidigung der sozialen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere für den Erhalt und die Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme! Gegen die Politik der Umverteilung zugunsten der Reichen; die Reichen sollen die Krise bezahlen.

3.)

Notwendig ist eine Zusammenarbeit aller, die gegen die politische Reaktion und die Gefahr des Faschismus kämpfen wollen.

Deshalb unterstützen wir den Kampf

• gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen die weitere Aufrüstung der Polizei zur Bürgerkriegstruppe, für ein uneingeschränktes Versammlungs- und Demonstrationsrecht, für eine ersatzlose Beseitigung der Berufsverbote, für ein uneingeschränktes gesetzliches Streikrecht und für das Verbot der Aussperrung, für das Verbot aller faschistischen Organisationen und für die Aufhebung der undemokratischen 5-%-Sperrklausel;

• gegen die Diskriminierung und Unterdrückung der Frauen, für die ersatzlose Streichung des § 218, für die vollständige politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frauen;

• gegen die rassistische Hetze gegen unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen, gegen die fortschreitende Aushöhlung des Asylrechts, gegen das reaktionäre Ausländergesetz, für die volle wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Ausländer in der BRD mit den BRD-Staatsangehörigen.

4.)

Notwendig ist die Zusammenarbeit aller, die gegen Aufrüstung und imperialistische Kriegspolitik kämpfen wollen. Angesichts der wachsenden Gefahr eines dritten, dann wahrscheinlich atomar geführten Weltkrieges, sehen sich heute Millionen Menschen gedrängt, ihrer Angst vor dem Krieg und ihrem Wunsch nach Frieden politisch Ausdruck zu verleihen. Wir sind der Auffassung, daß dieses richtige Streben politisch nur im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, in erster Linie der eigenen Bourgeoisie und der eigenen Regierung, also für einseitige Abrüstungsschritte, wirksam werden kann.



Gewerkschafter demonstrieren gegen Sozialabbau. — Zur Entfaltung des breiten Klassenkampfes gegen den Frontalangriff der Kapitalisten und ihrer Regierung beizutragen, ist das Ziel von BWK und KPD. Unter diesem Zeichen steht auch die gemeinsame Kandidatur zu den Bundestagswahlen.

Deshalb unterstützen wir den Kampf

• für die sofortige Annullierung des NATO-Doppelbeschlusses durch die Bundesregierung, gegen den Rüstungshaushalt und für den radikalen Abbau der Rüstungsausgaben, für die ersatzlose Abschaffung der Gewissensprüfung und gegen eine Verlängerung des Zivildienstes, für das Verbot der Stationierung und Lagerung von ABC-Waffen auf westdeutschem Boden, für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO! Für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR!

5.

Notwendig ist die Zusammenarbeit aller, die gegen das Bonner Atomprogramm und die weitere Zerstörung der Umwelt kämpfen wollen.

Deshalb unterstützen wir den Kampf

• für die Stillegung aller Kernkraftwerke und für ein Verbot des Baus und der Inbetriebnahme neuer Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen. Für einen wirksamen Umweltschutz, für die volle Haftung der Unternehmen für die von ihnen verursachten Umweltschäden.

6.)

Für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse gegen die Krisenangriffe der Kapitalisten und des Staates, für die demokratischen Rechte und Freiheiten gegen die Reaktion, für die Forderungen nach Abrüstung und Völkerfreundschaft gegen die imperialistische Kriegspolitik, gegen das Bonner Atomprogramm und die Umweltzerstörung, treten heute viele Millionen ein. Mit all diesen Menschen und ihren berechtigten Anliegen fühlen wir uns verbunden.

Wir sind der Auffassung, daß Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung im allgemeinen, der Drang nach politischer Reaktion, die wachsende Kriegsgefahr und die fortschreitende Zerstörung unserer Umwelt letztlich eine gemeinsame Ursache haben: den Kapitalismus, der auf der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital beruht, in dem die Klasse der Kapitalisten nicht nur über die großen Produktionsmittel verfügt, sondern als ökonomisch herrschende Klasse auch politisch herrscht. Ein Gesellschaftssystem, in dem für die Regelung aller wesentlichen Fragen der Gesichtspunkt des Kapitalprofits ausschlaggebend ist, kann in der Konsequenz nur zur völligen Mißachtung der Lebensinteressen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der großen Mehrheit der Bevölkerung führen.

Als die Sozialdemokratie Ende der 60er Jahre zur Regierung gelangte, versprach sie der Arbeiterklasse und den Werktätigen, der Kapitalismus könne durch eine weitsichtige, sowohl den Kapital- als auch den Arbeiterinteressen Rechnung tragenden Politik zu krisenfreiem Wachstum geführt werden. So sei auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft stetiger Wohlstand für die arbeitenden Menschen die Gleichstellung von Kapital und Arbeit, der Ausbau der Demokratie, die Sicherung des Friedens möglich. Alle diese umfassenden Reformversprechen sind unter dem Druck der kapitalistischen Krise geplatzt wie Seifenblasen.

Daraus gilt es Schlußfolgerungen zu ziehen: weil der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital unüberbrückbar ist, kann es keine Politik geben, die einerseits die Interessen der Arbeiterklasse verfolgt und andererseits den Kapitalismus verteidigt.

Der Kampf der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte muß deshalb das Ziel haben, den Kapitalismus zu beseitigen. Die revolutionäre politische Entmachtung der Bourgeoisie und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse sind nach unserer gemeinsamen Auffassung Voraussetzungen dafür, daß eine soziale Umwälzung der Gesellschaft eingeleitet werden kann, die die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Aufhebung der Klassen und die Beseitigung aller politischen Unterdrückung zum Ziel hat.

In vielen Ländern, in denen die Kapitalisten enteignet wurden (wie z.B. in der Sowjetunion), haben sich Verhältnisse herausgebildet, in denen die Arbeiterklasse ausgeschlossen ist von der Verfügung über die wesentlichen Produktionsmittel, in denen die Ausbeutung nicht beseitigt ist im Sinne einer wirklich gesellschaftlichen Aneignung der Arbeitsprodukte und in denen die Arbeiterklasse eine politische Unterdrückung ihres Kampfes erfährt.

Sozialismus heißt für uns aber, daß die politische Macht und die Verfügung über die wesentlichen Produktionsmittel tatsächlich bei den arbeitenden Massen selbst liegt, was auch Voraussetzungen sind für eine funktionierende sozialistische Planwirtschaft, die eine krisenfreie Entwicklung der Wirtschaft ermöglicht. Sozialismus und Herrschaft der Arbeiterklasse sind für uns untrennbar verbunden mit direkter Massendemokratie einschließlich garantierter demokratischer Grundrechte (wie Meinungs-, Versammlungs-, und Organisations- und Streikrecht) für die arbeitenden Massen.

Der Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus ist international. Wir sind solidarisch mit dem weltweiten Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung und mit den Befreiungsbewegungen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gegen den Imperialismus und vom Imperialismus abhängige Regimes.

7.)

Es ist und klar, daß in der gegenwärtigen Situation viele Menschen, mit denen wir durchaus gemeinsame Auffassungen haben, unseren gemeinsamen Schritt, als revolutionäre Sozialisten zu den Wahlen zu kandidieren, nicht für richtig halten.

Viele Kolleginnen und Kollegen, die eigentlich erkannt haben, daß die sozialdemokratische Reformpolitik gescheitert ist und ein erfolgreicher Kampf gegen Kapital und Reaktion auf sozialdemokratischer Grundlage nicht möglich ist, werden wieder SPD wählen, weil sie in einer SPD-Regierung das kleinere Übel gegenüber einer Regierung der schwarzen Reaktion sehen. Wir verstehen das, sagen aber: notwendig ist jetzt der Zusammenschluß der klassenkämpferischen und revolutionären Kräfte; denn der Vormarsch der Reaktion kann nicht gestoppt werden durch die Wahl des kleineren Übels, sondern nur durch die Entfaltung des Klassenkampfes und des außerparlamentarischen Massenkampfes.

Viele Menschen sehen ihre Kritik an bestimmten Erscheinungen des Kapitalismus, ihre Interessen und Forderungen durch die Partei der GRÜNEN aufgegriffen und vertreten. Wir freuen uns, daß die GRÜNEN sich in vielen Fragen gegen die Reaktion stellen und fortschrittliche Positionen einnehmen.

Die GRÜNEN wollen aber keine Partei zur Vertretung von Arbeiterinteressen sein. Die SPD will keinen Zweifel aufkommen lassen, daß der Kompromiß von Lohnarbeit und Kapital ihr höchstes Ziel ist und nicht die Vertretung der Lohnarbeit gegen das Kapital.

Wir aber wollen den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse fördern und wissen, daß der Kompromiß von Lohnarbeit und Kapital die Unterwerfung der Lohnarbeit unter das Kapital bedeutet.

Deswegen kandidieren wir.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str), Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.:** (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Bericht vom Sonderparteitag der KPD

Am 4. und 5. Dezember fand ein Sonderparteitag der KPD statt, der sich vor allem mit der Einschätzung des Regierungswechsels in Bonn, mit den sich daraus für die Politik und Taktik ergebenden Konsequenzen und mit der Haltung unserer Partei bei eventuellen Neuwahlen zum Bundestag im März nächsten Jahres beschäftigte.

Dem Sonderparteitag vorangegangen war eine Serie von örtlichen und regionalen Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen, die fast ausnahmslos durch eine sehr engagierte Diskussion dieser Fragen geprägt war. Das schlug sich auch nieder in den über 90 Anträgen, die dem Sonderparteitag vor allem zu der Frage der Haltung der KPD bei eventuellen Neuwahlen zum Bundestag vorlagen.

Neben den Anträgen war ein einleitendes Referat des Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Ernst Aust, Grundlage der Diskussion. Auszüge aus diesem Referat werden wir in der nächsten Nummer des „Roten Morgen" veröffentlichen.

Die Wende

An dieser Stelle können wir nur thesenartig die wichtigsten Aspekte in der Einschätzung des Regierungswechsels wiedergeben:

- Der Regierungswechsel muß gesehen werden vor dem Hintergrund der weltweiten Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Gab es vor einiger Zeit noch zahlreiche Wirtschaftsexperten der Bourgeoisie, die Anzeichen für eine baldige Wiederbelebung der Konjunktur auszumachen glaubten, so ist inzwischen die vorherrschende Einschätzung der bürgerlichen Experten ganz eindeutig so, daß die Krise sich in Westdeutschland und weltweit im Laufe der 80er Jahre weiter verschärfen und in der Bundesrepublik und Westberlin zu einer prozentualen Arbeitslosigkeit führen wird, wie wir sie in Deutschland 1932 hatten.
- Für die Herren der Konzerne und Banken heißt der Ausweg aus der Krise: Soziale Demontage, Lohnabbau und Arbeitsplatzvernichtung, verstärkte Faschisierung, verstärkte Aufrüstung und Kriegspolitik.
- Die Regierung Schmidt hat versucht, den Forderungen der ausschlaggebenden Kapitalskreise, rücksichtslos die Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse und die ärmeren Bevölkerungsschichten abzuwälzen, Rechnung zu tragen. Dabei hat sich bei verschiedenen Wahlen vor dem Bruch der sozialliberalen Koalition gezeigt, daß die SPD bereits infolge der Sozialabbau-Operation '82 ihre Anziehungskraft auf Teile der Arbeiterklasse zu verlieren begann. Die Tatsache, daß im Unterschied zum letzten Jahr die DGB-Führung in diesem Jahr bereits lange vor dem Regierungswechsel bundesweit Großdemonstrationen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung anberaumen mußte, signalisierte, daß die SPD als Regierungspartei auch nicht in der Lage sein würde, den Drang nach gewerkschaftlichem Widerstand gegen eine Politik der Abwälzung aller Krisenlasten auf die Arbeiterklasse abzublocken.
- Daraus zogen die finanzkapitalistischen Kreise offensichtlich den Schluß, daß der Versuch, eine Politik der sozialen Demontage zu verfolgen und gleichzeitig mit der SPD als Regierungspartei die Gewerkschaften unter Kontrolle zu halten und Massenwiderstand der Arbeiterklasse zu verhindern, keine Aussicht auf Erfolg hat. Deshalb war es in den Augen dieser Kreise unumgänglich geworden, die politischen Voraussetzungen für einen Kurs verschärfter Konfrontation mit der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften und für die Brechung zu erwartenden gewerkschaftlichen Massenwiderstandes zu schaffen.
- Als Partei aber ist die SPD, obwohl eine Partei der Bourgeoisie, nicht in der Lage, eine Politik der hauptsächlichen Konfrontation mit den Gewerkschaften durchzuführen; denn als Partei, deren Masseneinfluß hauptsächlich in der Arbeiterklasse liegt und deren politische Bedeutung sich ganz wesentlich aus ihrer dominierenden Stellung in den DGB-Gewerkschaften ergibt, ist die Sozialdemokratie gezwungen, zumindest in bestimmtem Umfang Rücksicht zu nehmen auf die Stimmung unter den Arbeitern und Angestellten und auf die Gewerkschaften.
- Hier liegt der eigentliche Grund, warum die SPD angesichts der wahrscheinlichen Verschärfung der Krise und der Klassenkämpfe in den nächsten Jahren für die ausschlaggebenden Kapitalkreise ihre Tauglichkeit als Regierungspartei verloren hat.

Einheitsfront gegen die schwarze Reaktion!

Ausführlich ging Genosse Ernst Aust darauf ein, daß dieser Weg der „Krisenbewältigung", den das Finanzkapital unter der Losung „grundlegende Wende" nun eingeschlagen hat, in Deutschland schon einmal zur faschistischen Terrordiktatur geführt hat. Er warnte vor hysterischen Übertreibungen, als stünde der Faschismus wegen des Regierungsantritts der CDU/CSU unmittelbar vor der Tür, trat aber eindringlich dafür ein, daß die Partei diese mit dem Wechsel in Bonn allerdings wahrscheinlicher gewordene, und für die Arbeiterklasse gefährlichste mögliche Entwicklung noch stärker als bisher in ihrer Politik und Taktik in Rechnung stellen müsse.

Eine zentrale Stellung nahm in der Diskussion des Parteitages die Frage ein, wie die Einheitsfront gegen die Reaktion hergestellt werden könne. Genosse Ernst Aust war in seinem Referat dafür eingetreten, die Dinge klar beim Namen zu nennen. Parteimäßig ist die politische Reaktion vor allem durch die CDU/CSU repräsentiert. Kampf gegen die politische Reaktion heißt darum, vor allem Kampf gegen den Einfluß der CDU/CSU und der hinter ihr stehenden Kreise des Finanzkapitals. Die Einheitsfrontpolitik gegen die Reaktion erfordert deshalb eine differenzierte Haltung zur SPD.

So richtig die Einschätzung der SPD als imperialistische Partei ist, ist sie doch unzureichend. Gerade unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die Reaktion und die Gefahr des Faschismus muß berücksichtigt werden, daß die SPD sich vor allem aufgrund ihrer Verbindung mit den reformistischen



Gewerkschaften objektiv in einer gewissen Opposition zu reaktionärsten Kreisen des Finanzkapitals befindet, deren Bestrebungen auf die Ausschaltung auch der reformistischen Gewerkschaften abzielen. Ohne eine solche differenzierte Einschätzung der SPD ist es unmöglich, die Mehrheit der heute sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiterschaft in die Einheitsfront gegen die Reaktion einzubeziehen. Nach langer und teilweise kontroverser Diskussion billigte der Sonderparteitag einmütig diese Einschätzung.

Der Sonderparteitag betonte, daß der Wahlkampf hauptsächlich gegen die schwarze Reaktion geführt werden müsse, und daß in Bezug auf die SPD vor allem die Frage aufgeworfen werden müsse, wie der Vormarsch der Reaktion gestoppt werden kann. In diesem Zusammenhang beschloß der Sonderparteitag, daß in den Bundesländern, in denen die Kräfte der Partei für eine Kandidatur nicht ausreichen und eine andere klassenkämpferische Alternative nicht zur Wahl steht, die Partei eine eindeutige Aussage für eine Stimmabgabe gegen die CDU/CSU/FDP machen muß und im Wahlkampf keine Argumentation entwickeln soll, daß die SPD auf keinen Fall wählbar sei.

Für die gemeinsame Kandidatur von BWK und KPD!

Einmütig hielt der Parteitag eine klare klassenkämpferische Alternative bei den Wahlen für notwendig. Er bedauerte, daß die Bemühungen um ein breites Bündnis klassenkämpferischer Kräfte erfolglos geblieben sind und betonte, daß unabhängig von den Wahlen die Zusammenarbeit dieser Kräfte im gemeinsamen Kampf gegen Kapital und Reaktion gestärkt werden müsse. Er bedauerte, daß es nicht zumindest zu einem Bündnis verschiedener revolutionärer Organisationen gekommen ist.

Angesichts des Scheiterns aller Bemühungen um eine breitere Einheit beschloß der Parteitag, daß unsere Partei sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in Absprache mit dem BWK über die gegenseitige Unterstützung von offenen Listen an den Wahlen beteiligen solle.

Zur Haltung der KPD bei eventuellen Neuwahlen zum Bundestag

(Resolution des Sonderparteitags der KPD)

Die KPD bedauert, daß es nicht gelungen ist, der Notwendigkeit, eine starke Einheitsfront der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte gegen die schwarze Reaktion und der hinter ihr stehenden finanzkapitalistischen Kreise zu schaffen, durch die Bildung eines breiten klassenkämpferischen Wahlbündnisses, Rechnung zu tragen.

Nach Auffassung unserer Partei wäre die Formierung einer gegen Kapital und Reaktion gerichteten klassenkämpferischen Alternative zur SPD nicht nur bei den Wahlen die richtige Antwort auf die Offensive der Reaktion gewesen, sondern hätte darüber hinaus eine äußerst positive Wirkung hinsichtlich der notwendigen Entfaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse haben und einen Fortschritt im Zusammenschluß der klassenbewußten Arbeiter herbeiführen können.

Dieses breite klassenkämpferische Wahlbündnis ist nicht zustandegekommen, weil die infragekommenden politischen Kräfte entweder diese Notwendigkeit nicht klar genug erkannt haben oder die politische Entschlossenheit nicht aufbrachten, es gegen zahlreiche Widerstände zu verwirklichen. Die politischen Bedingungen dafür, in der äußerst knappen Zeit an wesentlichen organisierten politischen Kräften vorbei ein breites klassenkämpferisch orientiertes Wahlbündnis zu verwirklichen, liegen nicht vor.

Das Scheitern der Bemühungen um das Zustandekommen eines solchen breiten linken Wahlbündnisses ist sicher eine Niederlage. Aber sie wäre zu verschmerzen, wenn daraus die richtigen Lehren gezogen würden, um eine notwendige Zusammenarbeit aller um die Stärkung und Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung und der Schaffung der Einheitsfront gegen die politische Reaktion bemühten Kräfte anzubahnen. Das hoffen wir. Dafür werden wir uns einsetzen.

II

Nach Auffassung unserer Partei wäre in Anbetracht des Scheiterns der Bemühungen um ein breites klassenkämpferisches Wahlbündnis die Bildung eines Wahlbündnisses revolutionärer Organisationen ein richtiger und wünschenswerter Schritt gewesen. Nicht zuletzt deshalb, weil damit ernsthaft der Wille zur Überwindung der Zersplitterung der Linken zum Ausdruck gebracht worden wäre. Wir begrüßen es, daß vier Organisationen (BWK, GIM, MLPD und KPD) gemeinsam die Möglichekit eines solchen Wahlbündnisses diskutiert haben. Ein vernünftiges weltanschauliches oder politisches, strategisches oder taktisches Argument konnte es unter den gegebenen politischen Umständen gegen ein solches Wahlbündnis nicht geben. Daß es dennoch nicht zustandegekommen ist, ist mehr als bedauerlich.

III

Bei dieser Lage der Dinge hält der Parteitag es für absolut notwendig, daß die KPD bei den Neuwahlen zum Bundestag im Rahmen ihrer Möglichkeiten kandidiert, um klassenbewußten Arbeitern und allen, die sich von den bürgerlichen Parteien abgewandt haben, gegen Kapital und Reaktion kämpfen und für den Sozialismus eintreten wollen, bei diesen Wahlen eine revolutionäre Alternative zu bieten.

Der Parteitag begrüßt, daß der Bund Westdeutscher Kommunisten ebenfalls von dieser Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative bei den Wahlen ausgeht, und daß es zwischen dem BWK und der KPD zu einer Vereinbarung über die gegenseitige Unterstützung von und die Beteiligung an offenen Listen beider Organisationen gekommen ist.

Der Parteitag ruft alle Freunde und Mitglieder der KPD auf: Setzt euch im Wahlkampf tatkräftig dafür ein, den Widerstand der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte gegen die schwarze Reaktion und die hinter ihr stehenden finanzkapitalistischen Kreise zu entfalten! Tretet wir entschlossen der in Bonn betriebenen grundlegenden Wende zu sozialpolitischem Kahlschlag, verstärkter Faschisierung, aggressiver Aufrüstungs- und Kriegspolitik entgegen! Verbreitet wir unter den Kolleginnen und Kollegen die Auffassungen unserer Partei über die Notwendigkeit der Beseitigung des Kapitalismus durch die proletarische Revolution, der Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse und der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft!

Interview mit Knut Bortfeld. Die Angehörigen protestieren

„Extrem hohe Strafen — unmenschliche Haftbedingungen"

Am 18. November hatte Knut Bortfeld, Bruder des in der DDR zu acht Jahren Haft verurteilten Andreas Bortfeld und Initiator eines Appells der Angehörigen der in der DDR verhafteten Oppositionellen an den Ministerrat, die Möglichkeit, im Radio Rede und Antwort zu stehen.

Das Interview aus dem „Journal 3" des Senders Freies Berlin geben wir im vollen Wortlaut wieder, weil hier zum einen noch mal die Geschichte der kommunistischen Opposition kurz dargestellt wird, aber auch ein guter Einblick in die vorbildliche Solidaritätsarbeit der Angehörigen gegeben wird.

SFB: Es ist ja leider nichts besonderes, daß politisch Andersdenkende in der DDR Haftstrafen oder Ausweisung drohen, oder sie sich zumindest einigen Repressalien ausgesetzt sehen.

Das Besondere an diesem Fall ist die politische Zugehörigkeit der Verhafteten und inzwischen Verurteilten. Sie sind Mitglieder einer Ostberliner Gruppe der KPD/ML, die sich jetzt KPD nennt.

Was sich daraus für besondere Schwierigkeiten ergeben, darauf werden wir gleich in unserem Studiogespräch eingehen. Zunächst einmal begrüße ich aber jetzt Dr. Knut Bortfeldt, er ist der Bruder von Andreas Bortfeldt, und Andreas Bortfeldt ist eben einer der Acht, die mittlerweile zu hohen Haftstrafen verurteilt worden sind.

Herr Doktor Bortfeldt, meine erste Frage, sie können sicherlich einiges über die politischen Aktivitäten der Acht erzählen —, was ist da in Ostberlin vorgefallen?

K.B.: Ja, zunächst möchte ich also betonen, daß ich über diese politischen Aktivitäten erst informiert worden bin, als sie schon in Haft waren, also vorher davon nichts wußte.

Die politischen Aktivitäten kann man kurz so umreißen, daß im Jahre 1976 sich eine Sektion der in Westdeutschland befindlichen KPD in der DDR etablierte, wobei offensichtlich auch meine Halbbrüder und andere Personen beteiligt waren.

Sie haben sich in kleiner Zirkelarbeit in Betrieben mit den dortigen Verhältnissen auseinandergesetzt, in erster Linie die Parteihirarchie (der SED, RM) kritisiert, in zweiter Linie die Außenpolitik im Rahmen des Warschauer Paktes, und setzten sich also ein für die Abschaffung von NATO und Warschauer Pakt. Setzten sich ein, für eine Demokratisierung von unten nach oben, statt von oben nach unten. Und setzten sich in Sonderheit innerhalb der DDR gegen die Militarisierung, bis in die Schulen hinein, ein.

Sie wurden wahrscheinlich von den dortigen Staatssicherheitsorganen bereits Ende der 70er Jahre zur Kenntnis genommen, wurden aber nicht behelligt. Als dann in Polen die Solidarność immer mehr Zulauf gewann und letztlich auch politisch an das Tageslicht trat, trat die Situation ein, daß diese kleinere Gruppierung in der DDR auch Kontakt zu Solidarność aufnahm, zumindest in der Form, daß Spenden übermittelt, daß Boten hingeschickt worden sind.



Andreas Bortfeldt



Manfred Wilhelm

In diesem Moment, es wahr also der Herbst 1980 und das Frühjahr 1981, wurden also acht Personen, insgesamt neun Personen verhaftet.

Unter diesen Verhafteten befinden sich zwei, Manfred Wilhelm und mein Halbbruder Andreas Bortfeldt, die offensichtlich von Anfang an diese politischen Aktivitäten durchgeführt haben.

SFB: Es sind jetzt vor allem die hohen Haftstrafen, aber auch die Haftbedingungen, die sie hier, zusammen mit anderen Angehörigen, zusammen auch mit amnesty international, auf den Plan gerufen haben. Wie hoch sind denn die Haftstrafen ausgefallen?

K.B.: Ja, es ist so, daß Andreas Bortfeldt und Manfred Wilhelm zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden sind, die anderen zu sechs Jahren und zu sechs Jahren und zehn Monaten, soweit ich informiert bin, und zu drei Jahren und 10 Monaten usw. Es sind mir nicht alle Strafen im genauen Strafmaß bekannt, es dreht sich also im Wesentlichen darum, daß zwei Leute, eben diese sehr hohen, und für einen von außen kommenden zunächst sehr unangemessenen Strafen verurteilt worden sind.

Auf den Plan sind wir gerufen worden, nicht in der Zeit der Verhaftung selber, sondern wir warteten natürlich als Familienangehörige, die wir im Westen wohnen ab, was wird denn vorgeworfen und wie hoch dann die Strafe ist.

Als wir dieses Strafmaß erfahren haben, da, muß ich sagen, war es einfach die Unangemessenheit, die quasi Unmenschlichkeit, die in diesem Urteil steckt, junge Leute von 31 und 29 Jahren für acht Jahre hinter Gefängnismauern zu stecken.

SFB: In erster Linie haben ja auch ihr Bruder und seine Freunde Flugblätter und Zeitungen verteilt, den „Roten Morgen" zum Beispiel, das war doch im Grunde alles, was man ihnen vorwerfen konnte.

K.B.: Ja, ich vermag das alles natürlich im Einzelnen nicht genau zu sagen.

Aber eines ist sicher, sie sind ja nach Paragraph 106 des Strafgesetzbuches der DDR verurteilt, und er besagt „Staatsfeindliche Hetze", und umfaßt unter anderem die Verbreitung von Flugblättern. Es ist auch sicher anzunehmen, mir sind diese Flugblätter im Nachhinein auch bekanntgeworden, daß also Flugblätter nicht nur verfaßt, sondern auch verbreitet worden sind.

SFB: Sie haben sich auch sehr kritisch über die Haftbedingungen geäußert, haben gesagt, daß die doch sehr unmenschlich sind, einer Isolationshaft gleichkommen.

K.B.: Ich möchte sagen, daß wir als Angehörige, die wir im Westen leben, zunächst gar keine Informationen hatten aus der U-Haft-Zeit, sie erst nach einem halben Jahr allmählich bei uns angelangten. Wir erfuhren, daß die U-Haft-Zeit so aussah, daß die Gefangenen allein oder mit einem anderen Gefangenen in einer Zelle waren, ohne persönliche Habseligkeiten, also keine Fotos, keine Bücher, keine Schreibmöglichkeit, keine Schreibutensilien, kein Papier. Und daß keine Arbeit vollführt wurde während des Tages, daß ständig Neonlicht brannte und daß man auch keinerlei Kontakt zu irgendwelchen anderen Gefangenen hatte. Und das immerhin über 15 Monate, das ist also gleichzusetzen einer Isolierung, einer Totalisolierung eines Menschen, wo keine Kommunikation mehr gegeben ist.

SFB: Was für Informationen sind überhaupt zwischen der DDR und Westberlin rübergekommen? Wie sah der Informationsfluß aus, sie haben ja eben schon gesagt, daß er nicht sehr stetig war, daß sie sehr spärlich nur Informationen gekriegt haben.

K.B.: Ja, die Informationen waren anfänglich natürlich sehr problematisch, weil zunächst auch keine Möglichkeit bestand, daß engere Angehörige meinen Bruder besuchten. Andreas Bortfeldt ist verheiratet, hat zwei kleine Kinder, konnte also erst nach einer geraumen Zeit besucht werden, von seiner Frau und seiner Mutter. Ebenso Manfred Wilhelm. Er konnte von seiner Mutter auch erst nach einer geraumen Zeit besucht werden.

Und umgekehrt auch, wir hatten ja auch nach Ostberlin nicht so gute Kontakte. Und das hat sich dann im Laufe der Zeit gebessert, weil man ja gottseidank zwischen beiden Staaten noch telefonieren und auch Briefe schreiben kann, und sich auch besuchen kann. Das ist also die eine legale, ganz normale und familiäre Informationsebene. Darüberhinaus gibt es selbstverständlich Informationsebenen, über die wir hier nicht so unbedingt zu sprechen brauchen, die getragen werden von Personen, die sich eben auch politisch engagieren, und nicht nur in Richtung Ost, sondern auch in Richtung West Informationen weitergeben.

SFB: Nun ist die Situation, ich habe das vorhin schon angedeutet, ja eine ganz besonders Schwierige. Das sind ja keine Oppositionellen in der DDR, also welche, die hier in der Bundesrepublik mit offenen Armen empfangen werden, sondern das sind welche, die man — grob gesagt — hier in der Bundesrepublik nicht haben will. Und daraus ergeben sich sicherlich für sie, die Angehörigen, eine ganze Menge Schwierigkeiten.

Haben Sie sich zum Beispiel mit der Bundesregierung in Verbindung gesetzt?

K.B.: Ja, das fand statt, es fanden mehrere Gespräche mit dem zuständigen Ministerium statt, also mit der zuständigen Abteilung des Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen. Wobei dann im August 1982, also dieses Jahres, klar erklärt worden ist, daß es keine Möglichkeit gibt von seiten der Bundesregierung uns weiterzuhelfen, um unsere, doch engsten Angehörigen, zu unterstützen, oder eine Revision des Urteils zu erreichen, oder ganz andere Maßnahmen einleiten zu können.

Erst zu diesem Zeitpunkt entschlossen sich die Angehörigen, unter Federführung von mir, dann dazu, zu einer etwas ungewöhnlichen Aktion zu greifen, nämlich eine Petition aufzusetzen, die sie vervielfältigten und Freunden und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, aus dem Kulturleben, aus der Forschung, aus dem universitären Bereich zusandten.

Diese Aktion hat im September dieses Jahres begonnen, ist also jetzt zwei Monate alt. Es haben sich ungefär 250 Personen bereit erklärt, diese Petition solidarisch zu unterstützen, durch ihre Unterschriften. Und ich bin eigentlich sehr erfreut darüber, wie spontan einige Personen, die ich angeschrieben habe, mir noch persönliche Begleitschreiben zugesandt haben, oder Bemerkungen gemacht haben zu meinem Aufruf.

Ich kann sagen, daß ich unter anderem hier aus Berlin dem ehemaligen Bürgermeister Heinrich Albertz danken möchte, daß er unterschrieben hat. Hier aus Berlin haben auch verschiedene Universitätsprofessoren, ich will nur zwei nennen, Herr Professor Harry Pross und Herr Professor Urs Jäggi, unterschrieben. Es haben aus Westdeutschland Ilse Aichinger unterschrieben, mir fällt noch aus Berlin Ingeborg Drewitz ein. Es haben mehrere andere bekannte Persönlichkeiten, Martin Walser, Herr Zint aus Hamburg unterschrieben.

SFB: Inzwischen sind ja auch, zumindest zwei der acht glaube ich, von amnesty international als politische Gefangene anerkannt worden, ist das richtig?

K.B.: Ja, das ist richtig. Wir haben uns von Anfang an darum bemüht, und breits im Herbst 1981 hat amnesty international Herrn Manfred Wilhelm und Herrn Andreas Bortfeldt anerkannt als consiense prisoners, das sind Gewissensgefangene. Die beiden werden betreut, einmal von einer Gruppe aus den USA und einmal von einer Gruppe aus Belgien.

SFB: Besteht denn eine Möglichkeit, es ist ja oft so — also besteht denn eine Möglichkeit der Ausweisung von ihren Familien?

K.B.: Das vermag ich nicht zu sagen. Ich kann nur sagen, daß dieser etwas ungewöhnliche Weg einer Petition an den Ministerrat der DDR zu schicken, und sie unterschreiben zu lassen von vielen sich solidarisch stellenden Personen, die Möglichkeit zumindest eröffnet, daß einerseits hier bei uns die Regierung der Bundesrepublik Deutschland noch einmal dieses Verfahren wohlwollend aufnimmt und prüft, umgekehrt aber auch die Führung der DDR eventuell diese Dinge noch einmal in unserem Sinne überprüfen wird.

Wir hoffen doch eben sehr, daß eine Revision dieser extrem hohen Urteile durchführbar ist, und sie wird eben von uns angestrebt.

APPELL AN DEN MINISTERRAT DER DDR

An den
Ministerrat der DDR

Dr. med. Knut Bortfeldt
Westerweder Str. 31
2804 Lilienthal

Sehr geehrte Damen und Herren,

im April, Juni und Juli dieses Jahres wurden engste Angehörige von uns in Berlin zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Unter ihnen sind die vom Internationalen Sekretariat von amnesty international als Gewissensgefangene anerkannten Bürger der DDR Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt.

Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt wurden zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt. Die Urteile wurde damit begründet, daß Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt sich der staatsfeindlichen Hetze schuldig gemacht hätten. Konkret ging es um die Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer oppositionellen politischen Partei — der KPD — in der DDR, um die Herstellung und Verbreitung des Parteiorgans und um Flugblattaktionen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen.

Wir — die Familienangehörigen der Verurteilten — sind durchaus unterschiedlicher Auffassung bezüglich der politischen Vorstellungen unserer Angehörigen. Wir halten es aber im Interesse der Wahrung der Menschenrechte für unsere Pflicht, gegen diese Gefängnisurteile zu protestieren und uns bei Ihnen für die Freilassung unserer Angehörigen einzusetzen.

Deshalb appellieren wir an Sie: Überprüfen Sie die ergangenen Urteile! Wir fordern die Freilassung unserer Angehörigen, da sie lediglich das in der Verfassung der DDR garantierte Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen haben.

Für die Angehörigen
gez. Dr. med. Knut Bortfeldt

Ich/Wir unterstütze(n) den Appell der Angehörigen von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt an den Ministerrat der DDR

....

Name **Anschrift**

....

Unterschrift

Bitte unterzeichnen und einsenden an:
Dr. med. Knut Bortfeldt, Westerweder Str. 31, 2804 Lilienthal



Hinter „Demokratisierungs"- Deckmantel in der Türkei

Zensur, Prozesse und Spione

Die Bundesregierung bemüht sich darum, dem Militärregime des Kenan Evren und seiner Clique verstärkte Finanzhilfe zukommen zu lassen. Dafür wurde eigens der „Edeldemokrat" Genscher nach Ankara geschickt, der feststellte, was er auch am eigenen Bonner Schreibtisch — billiger — hätte feststellen können: Daß die Türkei auf dem Wege der Demokratisierung sei.

Drei, in der westdeutschen Presse nur klein wiedergegebene Meldungen aus den erste Dezembertagen zeigen, wie es damit bestellt ist, was für eine Demokratie Evren meint und Genscher gut findet.

Erneut soll ein Prozeß gegen türkische Schriftsteller stattfinden. Gegen 18 Mitglieder des Schriftstellerverbandes der Türkei soll jetzt Anklage erhoben werden, wegen „kommunistischer Propaganda". Was in den Augen von Evrens Militärs alles kommunistische Propaganda ist, kann man sich relativ leicht vorstellen: Überhaupt jede Kritik am „segensreichen" Wirken der Junta und des Präsidenten, den sie sich geleistet hat.

Erneut und damit zum vierten Mal seit dem Militärputsch vor mehr als zwei Jahren, wurde auch eine große Zeitung verboten, diesmal das Blatt „Günaydin", weil es über Differenzen im Handel zwischen Frankreich und der Türkei berichtet hatte. Da es aber laut Evrens Zensoren keine Schwierigkeiten mit den Partnern gibt, darf man darüber auch nicht berichten, auch nicht, wenn man noch zu den auflagenstärksten Zeitungen, die übrig geblieben sind, gehört.

Schriftsteller vor den Richtern, Zeitungen zensiert und verboten: Bei soviel weniger, soviel Abgeschafftem, da muß man auch etwas mehr, etwas Neues bieten. Und Evrens Leute lassen sich da nicht lumpen. Der türkische Stabschef Öztarun reiste eigens nach Brüssel, zum NATO-Hauptquartier, um einen neuen Vertrag zu unterzeichnen. Zwölf neue Bauvorhaben umfaßt dieser Vertrag. Neue Flugplätze und Horchposten für die US-amerikanische Armee in der Türkei sind beschlossen.

Bekannt wurde, daß die Stützpunkte Batman und Van ausgebaut werden sollen, wie auch der Horchposten Sinop, und mindestens ein neuer Posten bei Mus soll geschaffen werden.

Man sieht: Prozesse und Bauvorhaben kosten eben Geld. Und da ist es doch verständlich, wenn Kohls Regierung möglichst rasch neue Gelder nach Ankara schicken muß, im Sinne der türkischen und auch der amerikanischen Freunde unserer Regierung. Und keiner soll sagen, damit würden etwa undemokratische oder gar faschistische Machenschaften unterstützt. Schließlich gibt es für jeden etwas: Für die einen Prozesse und weniger Information, für die anderen Bauaufträge und mehr „Information".

Nach dem gescheiterten Wahlbetrug

London rüstet irische Kolonialtruppe auf

Nachdem die Wahlen zum Stormont in den sechs nördlichen Provinzen Irlands offensichtlich nicht das gewünschte Ergebnis erreichten, zieht die konservative Regierung es jetzt wieder vor, Kolonialmacht zu demonstrieren.

500 neue Polizisten, Verstärkung der Polizei-Reserve um 300 Mann und über 350 neue Zivilspitzel für die Kolonialpolizei, darin besteht die Sofortmaßnahme des britischen „Nordirlandministers" Prior.

Diese Ankündigung war das „Gastgeschenk" Priors bei seinem Auftritt vor der sogenannten Landesversammlung, die von den nationalistischen und republikanisch-nationalistischen Kräften boykottiert wird.

So wird das britische Kolonialheer im Norden Irlands immer größer, das jetzt schon mehr als 10000 Soldaten und eine ungefähr ebenso große Polizeitruppe umfaßt, die durch diesen Ausbau um rund 10 Prozent verstärkt werden soll.

Rund 2700 Todesopfer hat die britische Kolonialpolitik in Irland seit 1969 gefordert — die jetzt verstärkte Polizeitruppe hat viele davon auf dem Gewissen. Diese britische Politik wird in letzter Zeit immer wieder in Zusammenhang mit dem reaktionären Falkland-Abenteuer der britischen Imperialisten genannt: Britannien werde sich aus keinen Positionen zurückziehen, wo es „rechtmäßig" stehe.

Und wo es rechtmäßig steht, das entscheidet London für sich selbst. Wenn es da nicht die Iren gäbe. Ihr Kampf gegen das auf die Siedler-Nachfahren gestützte Kolonialregime hat in den letzten Jahren erneut einen Aufschwung genommen, nach schweren Rückschlägen Mitte der siebziger Jahre. Die Wahlen waren ein deutlicher Ausdruck davon.

Mehr Polizei — das ist die Antwort der Kolonialmacht auf die Bestrebungen des irischen Volkes.

Pinochet ließ auf Demonstranten schießen

Chile: Jeder dritte arbeitslos

Die faschistischen Generäle Chiles, einst angetreten, um ein angebliches wirtschaftliches Chaos zu beenden, haben es endgültig vollbracht: Sie haben mit ihrer Wirtschaftspolitik im Dienste der Multis erreicht, daß jeder dritte Chilene ohne Arbeit ist.

Die elende wirtschaftliche Lage der Bevölkerung hat im Laufe dieses Jahres trotz aller Gewaltmaßnahmen der Regierung zu einem Aufschwung des Widerstandskampfes geführt. Zum ersten Mal seit dem von den USA organisierten Putsch Pinochets vor rund neun Jahren,kam es in größerem Umfang zu Streiks und Straßendemonstrationen.

In der vergangenen Woche hatte die CNS (Nationale Koordinationskomitees der Gewerkschaften) in Santiago de Chile zu einer Protestdemonstration gegen die Arbeitslosigkeit aufgerufen. Die faschistische Polizei ging gegen diese Aktion mit aller Brutalität vor, knüppelte auf die Teilnehmer ein und eröffnete das Feuer.

Rund 30 Verletzte, darunter eine ganze Reihe Schwerverletzter und auch fünf Journalisten, wurden Opfer dieses Überfalls, ebensoviele sollen festgenommen worden sein.

Auch schon bei den letzten Aktionen gegen Pinochets Regime war Blut geflossen — offensichtlich ist blanke Gewalt das einzige Mittel, das Pinochet und seine Garde für geeignet halten, um die wachsende Widerstandsbewegung einzuschüchtern.

Wenige Tage vor dieser Demonstration hatte die chilenische Polizei ein führendes Mitglied der MIR ermordet, auf der Straße erschossen — Teil einer seit mehreren Wochen laufenden „Sonderaktion", mit der vor allem illegal im Lande lebende Oppositionelle möglichst ausgerottet werden sollen, um dem Widerstand, falls er sich weiter ausdehnen sollte, möglichst viele politische Köpfe zu nehmen.

Auf amerikanische und westdeutsche Unterstützung bei solchen Bemühungen darf Pinochet jedenfalls sicher rechnen. Reagan hat es schon gesagt, die neue Bundesregierung marschiert in diese Richtung.

Reagan in Lateinamerika

Eine Demonstrations-Reise

„Alles im grünen Bereich, Mr. President"

Ronald Reagan reiste durch vier lateinamerikanische Staaten, deren Honoratioren und Diktatoren ihrem Chef die Aufwarung machten. Und er war anschließend mächtig zufrieden. Das war alles okay, meinte er in seiner bekannt volksdümmlichen Art. Brasilien werde man helfen auf seinem demokratischen Weg, Guatemala auch, das einzige, was ihn stört — außer Cuba und Nicaragua — sind die Befreiungsbewegungen und die jeweilige Opposition.

Guatemala sei auf einem richtigen Weg, meinte Reagan. 112 Massenerschießungen im letzten halben Jahr, wie von amnesty international dokumentiert — ob er das mit dem richtigen Weg meint? Jedenfalls will er sich dafür einsetzen, daß Rios Montt, der blutige Diktator, endlich mehr Waffenhilfe erhält.

Mehr Hilfe erhalten soll auch der frühere Geheimdienstchef Figueredo in Brasilien. Der hat zwar die Mehrheit im brasilianischen Parlament verloren, aber das war ja erwartet worden. Das letzte Parlament war ja auch mit Gewehrkugeln gewählt worden und die ergeben in der Regel eine andere Mehrheit als Stimmzettel. Aber er war klug genug, und das freute seine Ami-Gäste, sich vorher noch alle Wahlgesetze so ändern zu lassen, daß der nächste Präsident von ihm ausgesucht werden kann.

Also eine stabile „Entwicklung" wie Reagan Außenminister Shultz meinte. Vielleicht nicht ganz so stabil, wie beim Freund Evren in der Türkei, aber immerhin.

Die Reise Reagans war eine Art Abbitte für das Verhalten seines Vorgängers Carter, denn der war ja den Freunden in Südamerika mit so lästigen Themen wie „Menschenrechte" gekommen. Auch wenn er es nicht ernst gemeint hatte, alleine das Thema war unbequem. Das hat Reagan jetzt offiziell erledigt. Gestrichen. Ersatzlos. Stattdessen: Gemeinsamer Kampf gegen „Subversion" und für Stabilität. Und wenn da im brasilianischen Wahlkampf zum Beispiel ein paar Oppositionskandidaten erschossen werden, dann trägt das ja auch zur Stabilität bei. Oder?

Reagans Reise war eine einzige Kampfansage an alle Bestrebungen nach Unabhängigkeit, Demokratie und sozialem Fortschritt auf diesem Erdteil. Nicht nur an Staaten wie Nicaragua und Cuba, nicht nur an Befreiungsbewegungen wie jene in El Salvador, sondern an überhaupt alles, was irgendwie oppositionell ist und dessen Kampf sich gegen den US-Imperialismus richtet.

Reagans Reise war eine Rückkehr. Nicht nur, daß der häßliche Amerikaner sein Gesicht wieder offen zeigt, sondern auch eine Rückkehr zu direkten, offenen Unterstützung jedes noch so blutigen Reaktionärs, Generals oder was da sonst noch im Dienste der USA und der wenigen einheimischen Reichen herumkreucht und fleucht.

Warum nicht Bolivien?

„Heinrich" Reagan unterwegs

Er genehmigte sich einen, der Mann aus dem Weißen Haus. Auf das Wohl des Volkes von Bolivien. Na und? Darf er doch, oder? Zumal er ja einiges mit dessen Wohl und (eher) Wehe zu tun hat.

Und auf den Präsidenten nahm er auch noch einen Schluck. Auch dies sei ihm geglaubt. Schließlich gibt es in Lateinamerika nur ganz selten mal einen Präsidenten, der im Weißen Haus unbeliebt ist. Castro natürlich. Oder einst Allende. Aber eigentlich dürfte Boliviens Siles Zuazo eher zu diesen gehören, als zur Garde der in den USA besonders beliebten Männern in Uniform.

Aber Reagan meinte ja auch gar nicht Präsident Zuazo. Er meinte Präsident Figueredo. Der ist ja auch Präsident. Allerdings nicht in Bolivien sondern in Brasilien. Und hat gerade eine Wahl verloren. Aber Reagans Drink wurde ja auch gar nicht in Bolivien kredenzt, sondern in Brasilien. Genauer gesagt: In der Hauptstadt Brasilia. Die Reagan, kühn wie er nun einmal ist, auch gleich umtaufte. In Bogota. Das nun wieder die Hauptstadt von Bolivien ist. „Butch Cassidy und Sundance Kid" wollten doch auch immer schon nach Bolivien, das liegt den Cowboys wohl im Blut. Und außerdem: man wird sich doch auch mal — oder zweimal — irren dürfen, oder?

Gerade in der Bundesrepublik sollten wir da ganz ruhig bleiben. „Unser" Bundespräsident hat schließlich auch schon die Namen von Hauptstädten mit denen der jeweiligen Präsidenten vertauscht. Nicht der heutige, sondern Heinrich Lübke selig. Und Heinrich Reagan hat es so weit noch nicht gebracht. Zumindest wurde nichts darüber berichtet, daß er Figueredo Mr. Brasilia nannte...

Wie die Reichen immer reicher werden

Betrüger im weißen Kittel

BOCHUM. — Daß Reichtum nicht davon abhält, sich weiter zu bereichern, zeigen uns zur Zeit nicht nur die Bonner Politiker und die Herren aus den Etagen der Konzerne, die sich die Millionen gegenseitig zuschieben. Ärzte und Apotheker, sicher zu den Spitzenverdienern der Republik gehörend, sind jetzt in Bochum aufgefallen. Sie haben die Krankenkassen, die von den Geldern aller Versicherten, d.h. vor allem von Arbeitern und Angestellten finanziert werden, um Hunderttausende geprellt.

Das Rezept(!) ist denkbar einfach. Ein Arzt verschreibt teure Medikamente, der Apotheker gibt dem Überbringer eine Flasche Parfüm oder Schnaps und rechnet bei der Krankenkasse die teure Medizin ab. Diese Methode hat in Bochum eine ganze Gruppe von Ärzten und Apothekern praktiziert. Nachdem Fahnder der Kassen und die Staatsanwaltschaft ermittelten, mußten fünf Ärzte und Apotheker sowie ein Polizei-Hauptwachtmeister des Sanitätsdienstes in den Bau. Die Ermittlungen insgesamt richten sich allein in Bochum gegen neun niedergelassene Ärzte, fünf Apotheker, einen Obermedizinalrat der Polizei, gegen acht Arzt- und zwanzig Apothekergehilfinnen.

So war beim Bochumer Apotheker Affeld der Frührentner Manfred W. Dauerkunde. Dreizehnmal kam er mit einem Rezept seines Hausarztes für das Krebsmittel Methtrexat. Das Zeug brauchte er aber gar nicht, und im Einvernehmen mit den Beteiligten bekam er pro Besuch in der Apotheke jeweils Weinbrand, Parfüm oder andere billige Medikamente. Den Reibach machte der Apotheker und der Arzt. Pro Rezept rechnete man bei der Krankenkasse 2445,99 Mark ab. Dreizehnmal.

Manfred W. machte das schlechteste Geschäft, für seine Dienste bekam er neben den Präsenten jetzt auch noch ein Jahr Gefängnis auf Bewährung. Wie in diesem Fall waren in fast allen anderen bisher aufgedeckten Betrügereien die Boten, Überbringer, Mittelsmänner zwischen betrügerischen Ärzten und Apothekern kleine Leute, Hausfrauen, Rentner, die ein „Trinkgeld“ bekamen, im Vergleich zu dem, was die anderen gewannen.

Denn die Summen sind enorm. Bisher aufgeklärte Einzelfälle drehen sich um Schädigungen der Krankenkassen in Höhe von 200000 Mark, von 70000 Mark von 30000 Mark oder 50000 Mark. Und der ganze Sumpf ist lange noch nicht trockengelegt. Zum einen ist das System so konstruiert, daß nur schwer Beweise zu führen sind, zum anderen sind die Krankenkassen bei der Abrechnung von einer Million Rezepten allein in Bochum mit drei Kontrolleuren hoffnungslos unterlegen.

Wie sicher sich die Betrüger im weißen Kittel fühlen, macht auch das Ergebnis einer Durchsuchung bei Bochumer Arztpraxen und Privatwohnungen deutlich. Ein ganzer Stoß sogenannter Phantomrezepte war von einem Arzt mit dem handschriftlichen Vermerk an den befreundeten Apotheker versehen: „Vergiß die Gutschrift nicht.“



Das Krebsmittel Methotrexat. Dreizehnmal verschrieben, dreizehnmal 2445,99 DM abgerechnet — aber nie gebraucht!

Wo es kriminell zugeht, ist die deutsche Polizei nicht weit. Diese alte Wahrheit bestätigte sich auch hier in Bochum. Ein Polizeiarzt hatte laufend Rezepte für Polizisten geschrieben, die denen entweder gar nicht bekannt waren, oder die das Verschriebene nicht benötigten. In diesen Fällen konnten die Apotheker sogar direkt mit der entsprechenden Stelle der Landesregierung unter Umgehung der Kassen abrechnen, weil das so üblich ist bei der medizinischen Versorgung von Beamten. Mindestens 20000 Mark — so die bisherigen Ermittlungen — erschwindelten sich auf diesem Weg der Polizeiarzt, der mitwirkende Hauptwachtmeister und ein beteiligter Apotheker.

Jetzt drängen sich dem erstaunten Beobachter natürlich zwei Fragen auf: zum einen, ob diese Idee eigentlich nur Bochumer Ärzte und Apotheker gehabt und verwirklicht haben, und zum zweiten, wer eigentlich diejenigen sind, die in letzter Zeit so oft öffentlich angegriffen werden, die bösen Leute, die das soziale Netz ausbeuten und sich an der Solidargemeinschaft aller Versicherten schadlos halten?

Noch was zum Thema Apotheker

Hallo Dealer, wie geht's Geschäft?

APOTHEKE

Das mag er nicht

Schwarze Kulturpolitik

Auftrittsverbot für mißliebige Schriftsteller?

FULDA. — Seit Jahren veranstaltet die Stadt Fulda zusammen mit der dortigen Landesbibliothek Autorenlesungen. Jetzt versuchte die Stadt zum ersten Mal einen eingeladenen Autor wieder auszuladen. Es war ein Linker — Peter O. Chotjewitz.

Eine Woche vor der im Lesesaal der Fuldaer Landesbibliothek geplanten Lesung schickte der Kulturdezernent der Stadt, Lutz von Pufendorf (CDU, was sonst) eine Ausladung an Chotjewitz. Grund war die Tatsache, daß Chotjewitz im Jahre 1977 eine Anklage der Staatsanwaltschaft Fulda am Hals hatte, die herausbekommen hatte, daß Briefen des Schriftstellers an Kollegen ein fotokopiertes Exemplar eines RAF-Flugblattes beigelegen hatte. Um einen riesigen Rechtsstreit zu vermeiden, hatte Chotjewitz damals zugestimmt, dieses Verfahren gegen Zahlung eines Bußgeldes von 200 Mark einzustellen. Diese Briefe, die der Information von Schriftstellerkollegen über Verfolgung und Haftbedingungen der RAF-Leute dienten, waren sicherlich keine strafbare Handlung. Die CDU-Kulturfürsten drehen aller dings einen starken Strick daraus.

„Einem Menschen, den man 1977 zum Sympathisantenkreis von Baader/Meinhof zählen konnte bieten wir kein Forum“, erklärte Pufendorf. Der Absagebrief bezeichnete Chotjewitz weiter als „eine Person, die sich nachweislich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gestellt hat“.



Der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz

Unverschämt war auch eine weitere Forderung des CDU-Kulturdezernenten. Die „Fairneß hatte es geboten“, daß Chotjewitz vor dem Vertragsabschluß selbst auf seine „Vergangenheit“ hätte hinweisen müssen, dann wäre es nämlich gar nicht erst zum Vertragsabschluß gekommen.

Die Frau des Schriftstellers, die auch zur Lesung eingeladene Renate Chotjewitz-Häfner, wies die Beschuldigungen zurück. Sie schrieb an die Stadt Fulda, „daß die Vorwürfe nicht zutreffen, auf eine Rufmord-Kampagne schließen lassen und die Lesung trotzdem stattfinden wird.“

So geschah es dann auch. Und nicht nur, daß der Lesesaal der Fuldaer Bibliothek mit 160 mutigen Bürgern überfüllt war, der Direktor der Bibliothek, Dr. Artur Brall, zeigte auch Zivilcourage: „Ich fühle mich als Leiter dieser Bibliothek auch nicht als Zensor, es ist meine Aufgabe, Kultur zu fördern und nicht zu behindern.“ Er bekam Beifall von den Zuhörern, wie auch Renate und Peter Chotjewitz, die sich gegen die Versuche wandten, mit „justizförmlichen Mitteln“ gegen linke Literaten vorzugehen.

Ein weiterer Erfolg der Veranstaltung. Gegen die Versuche, der Stadt, die sich „Schriftsteller genau ansehen will“, hat sich spontan eine Interessengemeinschaft gebildet, die sich vor allem mit „der Unterdrückung von Kultur und Meinungsfreiheit in Fulda“ befassen will.

Deutscher Sportbund:

Hochleistungssport für Kinder und Wehrertüchtigung

FRANKFURT. — Am vergangenen Wochenende tagte in Frankfurt der Hauptausschuß des deutschen Sportbundes. Die Nichtannahme einer Grundsatzerklärung zum Thema Kinder im Leistungssport und die Rede des Verteidigungsministers ließen aufhorchen.

Auf der Tagesordnung stand die Diskussion und Verabschiedung einer Grundsatzerklärung „Kinder und Leistungssport“, deren Autoren gegen die schlimmen Auswüchse des Hochleistungssports von Kindern angehen wollten.

Das ging aber einigen Verbandsbonzen zu weit. Die Trophäen und Medaillensammler — vor allem aus dem Schwimmsport- und Turnerverband stellten sich quer. Denn ein Teil ihrer „Sportpolitik“ würde unmöglich gemacht, käme diese Resolution durch, in der es unter anderem hieß: *„Als Grundsatz für den Leistungssport mit Kindern hat daher uneingeschränkt zu gelten, daß deren gegenwärtige und zukünftige Entwicklung nicht zugunsten kurzfristiger Erfolge im Sport leiden darf... Daraus folgt: Die gesamten motorischen Anlagen, die personalen Fähigkeiten und sozialen Bedürfnisse sind im Sport zu fördern. Das bedeutet, daß eine zu frühe Spezialisierung auf einzelne Sportarten oder -disziplinen und auf eng umschriebene motorische Fähigkeiten vermieden werden muß...“*

Diese eigentlich völlig normalen Schutzbestimmungen werden heute dauernd verletzt. Die Heranzüchtung von Wunderkindern — extrem ausgeprägt bei Schwimmern und Turnerinnen, soll nach dem Willen der Funktionäre nicht unmöglich gemacht werden. Nachdem die genannten Verbände sich offen gegen diese Resolution gestellt haben, machten auch die anderen Sportfachverbände mit, und die Grundsatzerklärung wurde mit dem Vermerk „unerledigt“ abgelegt.

Ehrengast dieser Sportkonferenz war Bundesverteidigungsminister Wörner. Wem nicht klar war, was er da suchte, dem half die Rede des Majors der Reserve.

Wörner pries den Sport als unverzichtbaren Bestandteil des Wehrdienstes und stellte ihn als Mittel dar, die „soldatischen Qualitäten der jungen Generation zu verbessern“, die, so Wörner, nach zuverlässiger Erfahrung nicht besonders belastbar sei. An den Sportbund gerichtet, sagte er, ihm sei an der Verbesserung dieser Qualitäten gelegen, und die körperliche Verfassung der Truppe sei ausschlaggebend für die Kampfkraft.

Dieses eindeutige Bekenntnis zur Wehrertüchtigung als Aufgabe der Sportverbände blieb auf der Versammlung der Sportfunktionäre unwidersprochen.

Grenzenlose Ausbeutung von Kindern für Hochleistungswahn und Medaillensucht auf der einen Seite — Erziehung der „schlappen“ Jugend zu ordentlichen Soldaten auf der anderen Seite — ein erschreckendes Ergebnis der DSB-Konferenz.

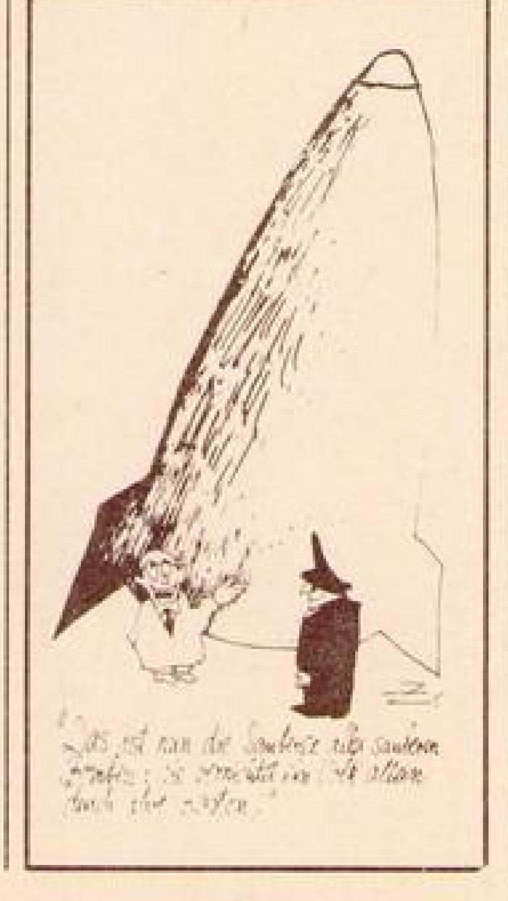
Grundstück frei — für Pershing II

Winfried Bornemann aus Georgsmarienhütte bei Osnabrück hat mit seinen fingierten Briefen schon so manche Behörde reingelegt. Egal, ob er beim DDR-Verlag anfragte, wieviel Zinsen Karl Marx's „Kapital“ bislang abgeworfen habe, oder in vielen anderen, auf den ersten Blick sehr ernsthaften Anfragen, die Behörden aufs Kreuz legte.

Neuester Streich des Hauptschullehrers — ein Angebot an das Verteidigungsministerium, sein privates Grundstück für die Aufstellung von Pershing II zur Verfügung zu stellen. Ironische Anmerkung in diesem Brief: „Ich will nicht verhehlen, daß mein eigenes Sicherheitsbedürfnis mir diesen ungewöhnlichen Schritt leichter macht.“

Was man erst nicht glauben will, Bornemann hat's schriftlich, die Antwort von der Harthöhe, unterschrieben von einem Beamten der Abteilung FÜS III.

Darin heißt es: „Ihr Angebot, Ihr ca. 40ha großes Gelände für verteidigungswichtige Projekte zur Verfügung zu stellen, ist interessant. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie für eine ernsthafte Prüfung gegebenenfalls einen Grundbuchauszug und eine Katasterkarte 1:5000 zur Verfügung stellen könnten.“



Michael Blumhagen ist frei

Vor 14 Tagen berichtete der „Rote Morgen“ über die oppositionellen Aktionen in Jena/DDR. Der Bildhauer Michael Blumhagen, der ein Denkmal auf das Grab eines in der Haft umgekommenen oppositionellen DDR-Bürgers aufgestellt hatte und später ins Gefängnis gekommen war, wurde dieser Tage in den Westen abgeschoben.

Wie sich die Behörden hier in der Bundesrepublik über solchen Zugang freuen, zeigt die Begrüßung, die für Michael Blumhagen darin bestand, daß er sofort erkennungsdienstlich behandelt worden ist.

Blumhagen, der die nebenstehende Plastik für den toten Matthias Domaschk schuf und wegen Wehrdienstverweigerung



zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, wird den rechten Eindruck vom „freien Westen“ haben...

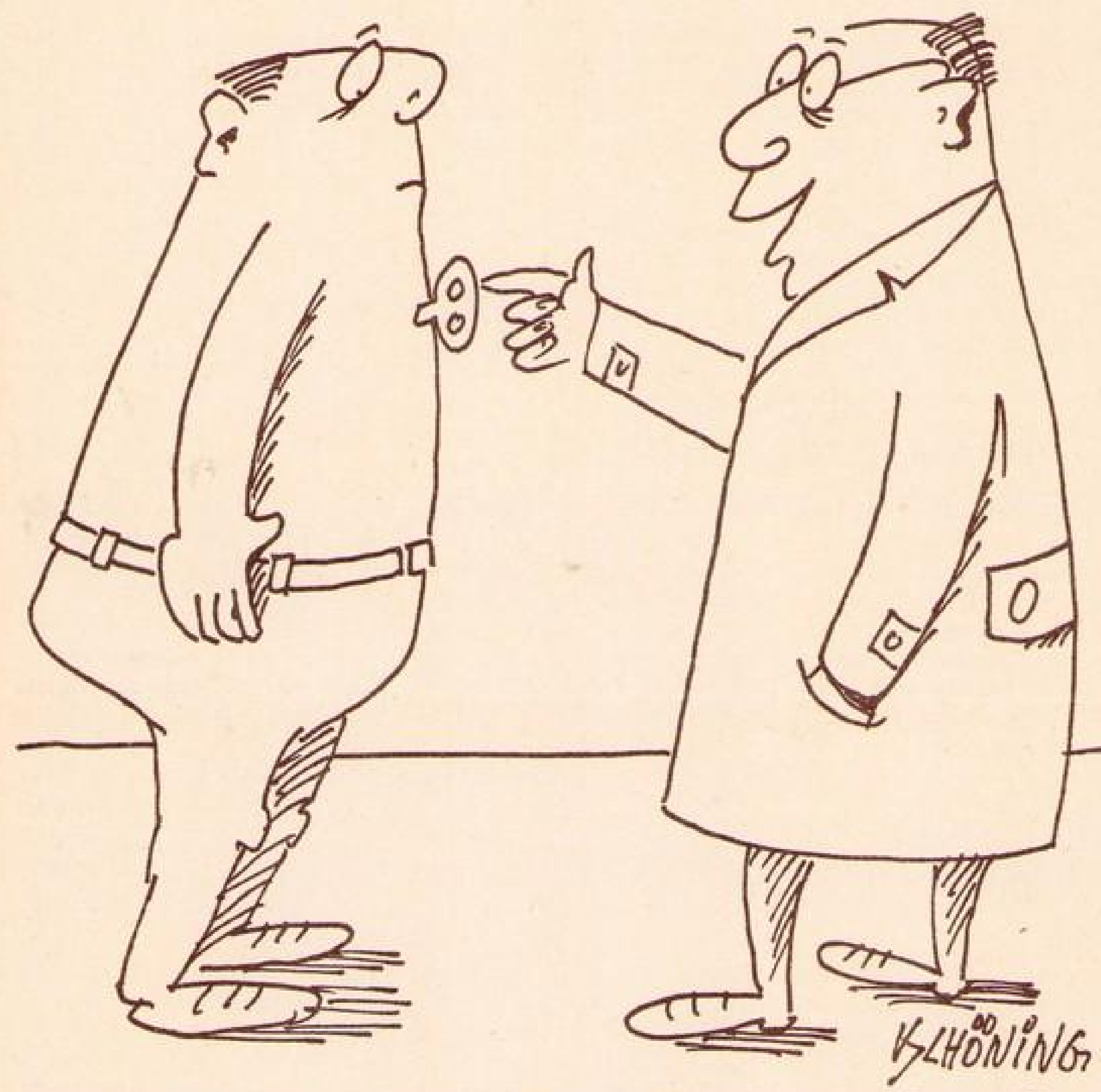
Das gesundheitspolitische Programm der neuen Regierung

Radikaler Abbau der Volksgesundheit

Leserbeitrag aus Kiel

Gegen die Anrechnung von Schülerarbeit auf die Stellenpläne der Krankenhäuser gab es immer wieder Protest

Schon unter der SPD/FDP-Regierung waren einschneidende Maßnahmen zum Abbau des Gesundheitswesens vorbereitet worden. Die Kohl-Regierung hat bisher hauptsächlich diese SPD-Entwürfe übernommen, sie etwas verschärft. Im folgenden sollen zunächst diese Pläne dargelegt werden. Sie werden schon in Kürze — ab 1.1.83 — wirksam werden. Die neue Koalition ist allerdings nur bisher so zurückhaltend bei den Streichungen im Gesundheitswesen, weil Wahlen vor der Tür stehen. Im zweiten Teil unseres Artikels wollen wir uns deshalb mit den sehr radikalen Plänen der CDU/CSU/FDP zum Abbau der Volksgesundheit befassen.



Sparsamkeit verordnet: „Nehmen Sie den Volksherzschrittmacher. Regelmäßig aufziehen nicht vergessen!“

Wenn wir uns im weiteren nur auf den direkten Abbau im Gesundheitswesen beschränken, so muß man sich doch über eines im Klaren sein: der gesamte von der neuen Regierung geplante Sozialabbau wirkt sich tiefgreifend auf die Gesundheit der Kollegen aus. Die Arbeitslosigkeit, die zunehmende Verelendung ganzer Schichten unseres Volkes sind sicherlich schwerwiegende Ursachen für viele, viele Krankheiten. Deshalb können Verbesserungen im Gesundheitswesen nur erreicht werden, wenn der Kampf im Gesundheitswesen mit dem Kampf gegen den gesamten Sozialabbau und letztlich mit dem Kampf gegen das ganze menschenfeindliche System verbunden wird.

Ab 1.1.83 treten folgende Abbaumaßnahmen inkraft:

1. Es wird eine „Negativliste“ eingeführt. Darin stehen Medikamentengruppen, die der Arzt nicht mehr über die Kasse verordnen darf. Sie muß der Patient selbst bezahlen. Folgende Mittel werden von der Versorgung ausgeschlossen: „Arzneimittel zur Anwendung bei Erkältungskrankheiten und grippalen Infekten, Schnupfenmittel, hustendämpfende und hustenlösende Mittel, Schmerzmittel bei diesen Krankheiten. Außerdem: Mund- und Rachenmittel, Abführmittel, Arzneien gegen Reisekrankheit.“ Außerdem wird bestimmt, daß die Regierung jederzeit ohne neue Gesetze weitere Medikamente aus der Versorgung herausnehmen kann. Im Gespräch sind schon: Schmerzmittel, Beruhigungsmittel, Schlafmittel, Venenmittel, Salben.

Kennt man die Wahnsinnspreise dieser Medikamente, dann wird klar, daß in Zukunft z.B. eine Familie mit zwei Kindern oft weit über 100 DM pro Jahr aus der Tasche gezogen wird. Und was noch schlimmer ist: Viele leichte Krankheiten werden verschleppt werden, zu spät behandelt. Viele schwere Krankheiten werden zu spät erkannt, weil sie sich hinter scheinbar leichten Symptomen verbergen.

2. Das bisher schon verhaßte System der Vertrauensärzte soll ausgeweitet werden. Dieser Apparat soll vergrößert werden, damit möglichst jede Arbeitsunfähigkeitsverordnung eines Arztes schnell oberflächlich überprüft und mit oft fadenscheinigen Gründen zurückgewiesen werden kann. Außerdem wird erstmals dem Arbeitgeber das ausdrückliche Recht zuerkannt, eine Krankmeldung sofort durch den Vertrauensarzt überprüfen zu lassen.

3. Ärzte, die „unrichtige Bescheinigungen oder Berichte über das Vorliegen der Arbeitsunfähigkeit erteilen“ werden mit einer Geldbuße bis zu 20000 Mark bestraft.

4. Für jede Verordnung auf dem Rezept müssen 2 Mark bezahlt werden. Für die ersten 14 Tage Krankenhaus müssen 70 DM zubezahlt werden, bei Kuren müssen etwa 300 DM bezahlt werden. Die Rentner müssen mindestens 1 Prozent ihrer Rente — und in Zukunft bis zu 6 P1ozent — an die Krankenkasse abführen.

Klar ist: allein diese Maßnahmen werden zu einem weiteren Rückgang der Lebenserwartung, besonders der Arbeiter, führen. Sie benutzen unsere Krankheiten noch schamloser als bisher, um uns Geld aus der Tasche zu ziehen. Sie schaffen in den Betrieben ein Klima der Angst und kalkulieren so den Tod vieler Kollegen bewußt ein. Denn wer kann gleich sagen, ob seine Krankheit eine Bagatelle oder das erste Zeichen einer schwerwiegenden Erkrankung ist. Dazu ein Beispiel von sicher hunderten, die sich schon heute täglich abspielen:

Ein Kieler Howaldt-Arbeiter bekommt starke Schmerzen in der linken Brust. Er denkt: das wird hoffentlich nur meine Wirbelsäule sein. Er ahnt: das ist wohl ein Herzinfarkt. Aber er geht nicht zum Arzt, weil gerade eine neue Kündigungswelle läuft. Und er ist 50 und war doch gerade wegen seiner Wirbelsäule so lange krank... Am dritten Tag schleppt er sich zum Arzt. Eine Stunde später liegt er auf der Intensivstation. Zufällig hat er überlebt.

Wie gesagt: in diesem Umfang hatte auch die alte Regierung streichen wollen. Ein Grund für die „Zurückhaltung“ der Kohl-Regierung ist sicherlich — neben Streitigkeiten in der neuen Koalition — die Angst vorm Wähler. Würde die schwarze Koalition ihre wirklichen Pläne zum Sozialabbau und zum Abbau im Gesundheitswesen heute veröffentlichen und in die Tat umsetzen, dann würde sie bei den nächsten Land- und Bundestagswahlen alt aussehen. Sie machen das anders: Vor der Wahl wird wenig mehr als von der SPD auch schon geplant abgebaut. Und nach der Wahl werden sie nach und nach Farbe bekennen. Je schneller die vorausgeplante wirtschaftliche Talfahrt, desto schneller der Abbau.

Es sollen deshalb die Pläne dargelegt werden, die sie für die krisengeschüttelten nächsten Jahre in der Schublade haben. Was haben sie vor, wenn in den nächsten Jahren drei- oder vier- oder fünf Millionen Arbeitslose, drei, fünf, oder zehn Millionen Sozialhilfeempfänger ins wachsende Elend gestoßen werden? Wenn sie ihre Linie: „Die Armen sollen die Krise bezahlen“ weitaus rücksichtsloser in die Tat umsetzen, als wir das bis heute kennen. Wenn also das jetzige Gesundheitswesen, die Renten- und Arbeitslosenversicherung, das jetzige Niveau der Sozialhilfe zusammengebrochen sind. Für diese Situation hat die Kohl-Strauß-Blüm-Lambsdorff-Regierung längst radikale Vorstellungen entwickelt. Im folgenden werden die wichtigsten aufgeführt.

• Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Erwogen werden die Wiedereinführung der Karenztage, die Reduzierung der Lohnfortzahlung auf 80%, Einführung einer Teilarbeitsfähigkeit.

• Es soll eine neue Art Krankenversicherung eingeführt werden. Die gesetzliche Pflichtversicherung soll dann nur noch eine „Grundversicherung“ sein. Um dann eine ziemlich umfassenden Versicherungsschutz, wie wir ihn zumindest heute haben, zu erhalten, muß man freiwillige Zusatzversicherungen abschließen und zusätzlich bezahlen, wie wir das von heutigen Privatversicherungen kennen. In der zynischen Sprache dieser Herren klingt das so: „Zum Selbstbestimmungsrecht des einzelnen gehört es, jenseits einer gesetzlich vorgeschriebenen Basisversicherung für den Krankheitsfall selbst Vorsorge zu treffen.“



Die ÖTV organisierte immer wieder Aktionen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Krankenhaus

• Nach diesem Versicherungssystem wird sich ein Großteil der Werktätigen dann nur die Grundversicherung leisten können. Zu den besonderen Krankheitsrisiken, die dann über eine Zusatzversicherung extra bezahlt werden müssen, gehören etwa: Übergewicht, Nikotingebrauch, psychische Krankheiten usw. Diese Liste ist noch nicht abgeschlossen.

• Es soll für jeden Arztbesuch ein bestimmter Beitrag bar bezahlt werden (Lambsdorff). Die Beteiligung an den Krankenhauskosten soll ständig erhöht werden. Immer mehr Medikamentengruppen sollen selbst bezahlt werden. Kuren sollen auf drei Wochen beschränkt werden und zum Teil auf den Urlaub angerechnet werden.

• Schwangerschaftsabbrüche und Mutterschaftsgelder sollen keine Kassenleistungen mehr sein.

• Das Schließen von Krankenhäusern soll vorangetrieben werden. Der in Wirklichkeit nicht vorhandene „Bettenberg“ soll weiter abgebaut werden. Der sogenannte Gesundheitsminister Geißler will für den Bettenabbau Prämien bezahlen. Ergebnis: Die Krankenhausbehandlung wird noch oberflächlicher, fließbandähnlicher werden. Besonders die alten Kranken wird man nicht mehr aufnehmen, „weil man ja doch nicht mehr heilen kann“ — wie heute schon oft gesagt wird. So wird man auch bald wieder den „Gnadentod“ diskutieren. Die Arbeitsbedingungen für Schwestern und Ärzte werden weitaus schlimmer werden. Schon heute wird wieder die Arbeit in drei Schichten verlangt.

• Es wird in der neuen Koalition überlegt, wie man eine neue „Pflegeversicherung“ einführen kann, damit Pflege im Heim, Pflege zu Hause und im Krankenhaus nicht mehr von der Krankenkasse bezahlt werden braucht. Also: wir werden zusätzlich zur Krankenversicherung eine Pflegeversicherung bezahlen müssen. Um welche zusätzlichen Summer es da geht, macht folgendes Beispiel deutlich: die CDU hat allein für Schleswig-Holstein eine Ersparnis bei den Sozialämtern von 6 Milliarden DM pro Jahr errechnet.

• In diesem Gruselkatalog wurden bewußt nicht die vielen ernsten Sparmaßnahmen aufgenommen, wie zum Beispiel der geplante schwerwiegende Abbau der Sozialhilfe, der Abbau des Jugendarbeitsschutzes, die Verschlimmerung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben, die zunehmende Umweltverschmutzung.

All das wird unter scheinheiligen Phrasen versteckt wie: „Mehr Freiheit für den einzelnen“, „Ausbau der Selbsthilfe“, „Sozial Ausgewogen“, „Langsamere Wohlstandssteigerung“. Es ist zum Kotzen. Denn die andere Seite der Medaille sieht doch so aus: Die Gutverdienenden werden ihr schon heute vergleichsweise herrliches System der Gesundheitsversorgung weiter ausbauen. Sie werden sich eben ihre Krankenschwester kaufen, wenn Oma ihre Zipperlein pflegt, während bei der sterbenden Oma des Arbeiters wenn's hochkommt zweimal am Tag die Gemeindeschwester für zehn Minuten reinschaut. Sie kaufen sich heute schon die besten Kuren, wenn sie sich überarbeitet oder zu vollgefressen vorkommen oder wenn sie nur mal einen Seitensprung genießen wollen. Sie leisten sich alles an Vernünftigem und Unvernünftigem, was der Gesundheitsmarkt zu bieten hat.

Was tun? Hier sollen nur einige Grundsätze aufgeführt werden, die für den Kampf gegen den Sozialabbau und für ein menschliches Gesundheitswesen Geltung haben müssen. Der kranke Mensch und seine Heilung entsprechend den modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen und nicht wirtschaftliche Interessen, müssen Mittelpunkt einer menschlichen Gesundheitspolitik sein. Vorrangig muß die Verhinderung der Entstehung von Krankheiten, eine wirkungsvolle Vorsorge- und Früherkennungsmedizin sein. Wo uns die Unvereinbarkeit unserer Forderungen mit der wirtschaftlichen Lage vorgehalten wird, dort muß die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse verlangt und erkämpft werden. Das alles ist nur möglich auf der Grundlage einer breiten Mobilisierung der Betroffenen, insbesondere der Gewerkschaften.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 49, 10 Aralık 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

Flick tekelinden rüşvet alan

Lambsdorff istifa etmelidir!

Flick tekelinin Bonn'daki bakanlara ve devlet memurlarına rüşvet yedirme olayı üzerine her geçen gün yeni veriler elde ediliyor. Şimdiye değin Federal Ekonomi Bakanı FDP'li Otto Graf Lambsdorff hiç bir şekilde bağış almadığını iddia etmeye kalkıştıysada, bunda başarılı olamadı, çünkü ispat delilleri ağır basıyordu. Bunun üzerine yeni bir taktiğe başvuran Lambsdorff, daha Ekon omi Bakanı olmadan önce rüşvet aldığını açıkladı.

Federal Ekonomi Bakanı yaptığı bu açıklamasıyla bir yandan kendisini aklamaya çalışırken, diğer yandan ise yolsuzluk olayının sorumluluğunu kendisinden önce Ekonomi Bakanı olan "partili meslektaşı" Friedrichs'in üzerine yıkmaktadır. Aynı şekilde Federal Parlamento Başkanı Stücklen'in de rüşvet aldığı ileri sürüldü.



Lambsdorff bakanlık bürosundan daha öncede geçici bir süre için taşınmıştı—demekki o buna alışkın!

Flick'in satın aldığı kararın mimarı olduğu her geçen gün daha da aydınlığa kavuşan bir Ekonomi Bakanı, şahsi çıkarlarından ötürü kablo televizyonu programının propagandasını yapan bir Posta Bakanı, kendi yolsuzluklarının açığa çıkmasını önlemek için onu savunan Federal Parlamento Başkanı ve Flick'e milyarları garantileyen tüm partiler koalisyonu—işte Federal Parlamento'nun iç yüzü budur!

Şimdi yolsuzlukta yer alan kişilere karşı bir adım atılması yerine, bu yolsuzluğu açığa çıkaranların yargıç önünde baskı altına alınması sağlanmaya çalışılmaktadır. İsimleri rüşvet olayına karışanlar için milletvekili dokunulmazlığı statüsünü (şayet henüz buna sahiplerse) kaldırmak ve bunlara karşı dava açmak yerine, hala bu baylar görevlerinin başında bulunmaktalar.

Aynı Lambsdorff tarafından şantajcı bir temelde "özel kurbanlar olmaya" zorlanan Arbed çelik tekeli personeli, hükümetten talep ettiği paranın tekelin kasası yerine daha ziyade bakanın kasasına ödenmesini düşünmeli, belki ancak o zaman Ekonomi Bakanı Arbed'deki işyerlerinin korunması için yardım verir, yoksa öyle değil mi?

Birinci olarak, bu yolsuzluk üzerine hemen hemen her taraftan yazılar yazılmakta, gazetelerin ve televizyonun hemen hemen tüm yorumcuları buna olan tepkilerini açıklamaktalar, bunun "gençliğin" devletten ve onun organlarından daha fazla ulaşmasına—umarız ki o bunu yapar—katkıda bulunduğu vs. yönünde endişelerini dile getirmekteler.

Ancak bu yolsuzluğa karışanların görevden alınması talebine gelince hepsinin dili tutuluyor. Örneğin hiç biri yolsuzluğa karışan bakanların görevden alınmasını ve bunlara karşı dava açılmasını, diğer bir deyişle, "demokrasinin saflığının korunması" talebinin yerine getirilmesini istemiyor. Her halde bu çevrelerde, şu ya da bu çevrenin nasıl davranacağı tam olarak biliniyor...

İkinci olarak ise, Flick beyin ve onun tanınmış takımının gerçekten kanunları çiğneyenlerden, büyük bir rüşvet yedirme olayını örgütleyenlerden ve devlet bütçesini kötüye kullandıklarından dolayı cezalandırılması gerekenlerden başka kişiler olmadıkları doğal tespitini kimse yapmıyor.

Bir hırsız çetesinde olduğu gibi, kaçacak bir delik aramak yerine; başta Flick ve Lambsdorff olmak üzere, bu yolsuzluk olayında yer alanlara karşı gerekli önlemler alınmalıdır!

KPD olağanüstü kongresini yaptı

4 ve 5 Aralık'ta Almanya Komünist Partisi, KPD olağanüstü parti kongresini yaptı. Bu kongrede, hükümet değişikliğinin değerlendirilmesi, bundan partinin politikası ve taktikleri için çıkarılması gereken sonuçlar ve partinin gelecek yılın mart ayında yapılması öngörülen Federal Parlamento seçimlerine yönelik tavrı üzerinde duruldu.

Olanüstü parti kongresinden önce, hemen hemen yalnızca bu sorunlar üzerine tartışmaların damgasının vurduğu yerel ve bölgesel üye toplantıları ve delege konferansları yapıldı. Bu sorunlar, özellikle de yapılması öngörülen erken seçimlerde KPD'nin tavrının ne olması gerektiği üzerine tartışmalar, olağanüstü parti kongresine sunulan 90 önergede de yankısını buldu.

Önergelerin yanı sıra, partimiz KPD Başkanı Ernst Aust yoldaşın kongrede okuduğu bir rapor tartışmaların temelini oluşturdu. Kongre'de tartışılan konular üzerine gelecek sayıda ayrıntılı olarak duracağız.



Bursların kısıtlanması görkemli bir yürüyüşle protesto edildi

BONN.—Yeni Federal Hükümet, orta ve yüksek okul öğrenci burslarını çok tesirli bir biçimde kısıtlamaya kalkışınca, bunun üzerine Alman Birleşik Yüksek Okul Öğrenciler Birliği (VDS) geçen hafta sonunda bir protesto yürüyüşüne çağrı yaptı. 100 bine yakın orta ve yüksek okul öğrencisinin katıldığı, çok sayıda sendikacı ve işçiler tarafından desteklenen bu yürüyüş, Kohl Hükümeti'nin bursları kısıtlama rotasına karşı direnişin bir başlangıcıydı.

Federal Hükümet'in, işçi ve emekçilerin çetin mücadele sonucunda kazandıkları sosyal hakları kısıtlama politikasına karşı direniş giderek yeni boyutlar kazanıyor. Sosyal hakların kısıtlanmasına, işyerlerinin yok edilmesine, çılgınca silahlanmaya ve yabancı düşmanlığına karşı görkemli işçi yürüyüşlerinden sonra şimdi de orta ve yüksek öğrenim gençliği sesini yükseltti ve bursların tamamen kesilmesini kabul etmeyeceğini dile getirdi.



VDS Yönetim Kurulu'ndan konuşmacı, miting alanında yaptığı konuşmada, bilinçli bir şekilde son aylar içinde sosyal hakların kısıtlanmasına karşı yapılan DGB yürüyüşleri ile bu yürüyüşün bağını kurdu. O, "biz, eğitim hakkının sınırlandırılmasına, sosyal hakların yok edilmesine ve roketlerin yerleştirilmesine karşı birlikte mücadele etmek istiyoruz" dedi.

Bunun yanı sıra yürüyüşün ardından yapılan mitingde şunlara yer verildi: " 'Burslardan elinizi çekin' yürüyüş ve mitingine katılan bizler şunu diyoruz: Gelecekte de bursların kesilmesine karşı durmaktan vaz geçmeyeceğiz, çünkü biz şunu savunuyoruz: Eğitim temel bir haktır. Biz şunu biliyoruz ki, tüm temel haklar gibi, eğitim hakkı da bizler tarafından, yüksek ve orta okul öğrencileri tarafından, işçiler ve onları sendikaları tarafından, 'tabanda' olan herkes tarafından sürekli yeniden kazanılması ve savunulması gereken bir haktır. (...) Biz gelecek aylarda 'burslardan elinizi çekin' şiarını yaygınlaştırmaya devam edeceğiz.

Biz, yüksek ve orta okul öğrencileri ne (Federal Hükümetin kararlarından, KŞ) etkilenme açısından ne de bunları bozguna uğratmada yalnızız. Bursların tamamen yok edilmesi olarak toplam 3 milyon insanı etkiliyor. Bu ise aşağıdan yukarıya yüklerin geniş çaplı dağılımı planlarının bir parçasıdır. Bunun için sosyal hakların kısıtlanmasının geri püskürtülmesine yönelik tüm eylemler, her şeyden önce de sendikaların tüm eylemleri bizim tam desteğimize sahiptirler. O halde yapılacak seçimleri GEW'nin (Eğitim ve Bilim Sendikası, KŞ) 'bursları kısıtlayanlara hiç bir oy verilmemeli' eylemini destekleme için kullanalım. (...) Eğer biz bu şekilde davranırsak, bugünkü talebimizi gerçekleştirebiliriz: Burslardan elinizi çekin!"

Dortmund'da

Hırsızlık yapan bir polis birliği açığa çıkarıldı

DORTMUND.—1975 yılından beri Dortmund Polisi'nin özel bir birliğinin aydınlığa kavuşturması gereken hırsızlık olaylarına, kendisinin de karıştığı açığa çıktı. Geçen hafta ilk önce üç, sonra ise 6 polis daha tutuklandı. Tutuklanan polislerin tümü "Kanunlara aykırı hareketlerde bulunanlara karşı mücadele birliği"nde yer almaktalar.

Dortmund Polis Birliği'nin işi kolaydı. Bu Birlik sivil olarak yalnızca gece görev yapan ve muazzam bir şekilde silahlandırılmış "tecrübeli" polislerden oluşuyordu. Bunların görevi, hırsızları eylemlerini yaparken yakalamaktı. Dortmund Savcılığı'nın yaptığı bir açıklamaya göre hırsızları olay yerinde yakalayamayan polisler bu kezde kendileri çalmaya devam ediyorlar.

Devlet memuru olan bu hırsızlar çetesinin "faaliyetlerinin" tüm kapsamı henüz kesin olarak bilinmiyor, çünkü tahkikat daha başlanıç aşamasında bulunmaktadır. Ancak ilk itiraflar yapıldı ve bunlar hırsızlık yapan polis çetesinin nasıl çalıştığını ve nasıl başarı elde ettiğini ortaya koyuyor.

Emniyet Müdürü "devlet memurlarının ilk etapta sert içki, sigara ve yiyecek maddesi aldıklarını" açıkladı. Evlerinde yapılan bir aramada ise, daha büyük çapta çalınmış mal ele geçirildi. Örneğin renkli televizyon, video cihazı, buna ait kasetler, spor elbiseleri vb.

Ayrıca tutuklanan 9 soyguncunun "ağır hırsızlık suçu" ile yargılanacaklarını hesaba katmaları gerekiyor; çünkü onlar tüm soygunlarını, başkaları tarafından yapılan soygunları devam ettirmeyi görevli silahları ile gerçekleştirdiler.

Yürüyüşçülere ve siyasi olarak istenilmeyen insanlara karşı sık sık yaşanan yoğun ve saldırgan polis seferberliğinin yanı sıra, polisler arasında da "normal" suç işleme olayları korkunç boyutlara ulaşmaktadır.

Dortmund'da yaşanan bu olayın aynısını hemen hemen her gün diğer şehirlerde de duymaktayız. Bulundukları mevkilerini, yetkilerini, eğitimlerini ve silahlandırılmalarını suç işlemek için kullanan polisler artık Federal Almanya'da bir istisna değil.

Polis cihazında ortaya çıkan bu belirtiler, sorunlara eleştirici gözle yaklaşan kamuoyu tarafından ciddiyetle ele alınmalıdır. Bu yeni suç olayının ortaya çıkmasından sonra Dortmund'da kurulan komite bunun için bir örnektir. "Yurttaşlar polisi izliyor" adını taşıyan bu komite, polisin saldırılarını belgelemek, onlar tarafından kanunların çiğnenmesini kamuoyu nezdinde tanıtmak istiyor. Polis günlüğü üzerine açığa çıkan son olayında gösterdiği gibi, "Devletin baskı gücü karşısında zayıf insanların korunmasının" güçlendirilmesi olan komitenin bu hedefi gerekli bir adımdır ve bu tüm anti-faşistlerin ve demokratların da bir faaliyet sürdürmesi gereken önemli bir alandır.

Tam ücret ve tam personel sayısı temelinde 35 saatlik iş haftası!

Kendimizi niçin sermaye için yıpratalım?

2. Bölüm

Bugün tam ücret ve tam personel sayısı karşılığında 35 saatlik iş haftası, işçi ve sendika hareketinin güncel ve yakıcı önemi olan bir talebidir. Kapitalistler bir yandan dizginsiz bir biçimde iş temposunu hızlandırırken, diğer yandan ise randımanı artırmak amacıyla "daha hızlı çalışan" personel kadrosu oluşturmaya çalışmaktalar. Onlar kârlarını artırma reçetelerini hayata geçirmek istiyorlar: Az işgücü ile aynı ya da daha fazla üretim yapmak. Buna bağlı olarak ise sayıları milyonları bulan işsizler ordusuna en temel bir hak olan işyeri hakkını tanımıyorlar. Gerçek durumun bu aşamaya vardığı şartlarda, işçiler ve sıradan memurlar için çalışma saatinin kısaltılmasının yakıcı ve kaçınılmaz önemi daha da artıyor.

Sürekli bir skandal

İşverenlerin en sert sözcülerinin bile "sistemi değiştiren" birisi olarak damgalayamayacağı IG Metall Başkanı Loderer, bir kaç yıl önce "sosyal piyasa sistemi"nin gerçek olgusu üzerine şöyle diyordu: *"İşçilerin bir kısmı kendisini yıpratacak bir şekilde çalışırken, diğer bir kısmı ise işsiz güçsüzdür."*

Bu gerçek bir olgudur! Nitekim, özellikle de 1974 yılından bu yana bir yandan yerli ve yabancı işsizlerin sayısı her geçen gün yeni boyutlara ulaşırken, diğer yandan ise aynı dönem içerisinde çalışanlar üzerindeki baskılar kat kat artmaktadır.

Bu yılın kasım ayında resmi olarak 2 milyon yerli ve yabancı işsizliğe kayıtlı bulunuyordu! Burjuva istatistikçileri tarafından göz ardı edilen kara listedeki işsizlerin sayısını da buna ekleyecek olursak, böylece ortaya en az üç milyonu bulan işsiz sayısı çıkmaktadır! Buna rağmen işverenler işyerlerini rasyonalleştirerek acımasızca binlerce yerli ve yabancı işçinin daha çıkışını vermeye devam ediyorlar.

İşverenler bir yandan işyerlerini yok eder, binlercemizi sokağa atar ve biricik geçim kaynağımız olan işyerlerimizi elimizden almaya devam ederlerken, diğer yandan ise aynı zamanda henüz bir işyeri olan işçiler üzerindeki baskıları daha da katmerleştirerek onları hızlı çalışmaya zorlamaktalar.

Asla hasta olmayınız, yoksa ...!

Bu öyle bir aşamaya kadar ilerletiliyor ki işverenler tarafından, artık onlar bize şunu söyleyecek duruma bile geliyorlar: Sık sık hasta olan, çıkışının verileceğini hesaba katmalı! Buna bağlı olarak tüm araç ve gereçlere başvurularak işyerlerinde çalışma temposu hızlandırılmaktadır. Örneğin, işverenler akort saatini kısıtlamaya çalışarak aynı zaman zarfında akort sayısını artırmakta; işyerlerini rasyonalleştirerek, çalışan arkadaşları çıkışı verilenlerin de işini yapmaya zorlamaktalar. Ayrıca verim ve ikramiye sistemini gerçekleştirmeye çalışarak, arkadaşların daha fazla çalışmasını sağlamayı amaçlamaktalar.

Çalışma temposu ve işyerlerindeki baskılar özellikle de yeni, modern üretim metodlarını ve teknikleri uygulamakla daha da artırılmaktadır. Bu şekilde işin akışı standartlaştırılmaktadır. Tek düzen, sıkıcı ve yorucu işler daha çoğalmaktadır. Verim ve ikramiye sistemine ilişkin olarak, kısa adı "Paisy" olan Personel Enfermasyon Sistemi aracılığıyla işverenler hem işin daha da verimleştirilmesini sağlayabilmekte hem de bireylerin yaptığı işi tamamen kontrol edebilmekteler. Bu sonuncu olgu henüz gelişme aşamasında bulunmaktadır.

İşverenler üretimde yeni teknikleri uygulamakla aynı şekilde gece ve vardiya işini de yoğunlaştırmaktalar. Aksi takdirde daha fazla kâr amacına yönelik bakış açılarından dolayı yeni üretim alanları ve makinaları onlar için kazançlı sayılmaz.

Daha 1960 ile 1972 yılları arasında gece ve vardiya çalışan işçilerin sayısı yüzde 27 dolayında idi. Ve eğilim giderek gelişmektedir. Bunun sonucunda çok yönlü sosyal, ailevi ve kültürel zararların ve baskıların ek olarak ortaya çıktığı tartışma götürmez bir gerçektir.

Erken emeklilik ya da ölüm

Yukarıda saydığımız tüm baskıların sonuçları, işgücünün tamamen yıpratılması, işçi ve sıradan memurlar için ise sıhhati zararların ortaya çıkması anlamına gelmektedir. Hakim sömürü düzeninin tedirgin edici bazı yanlarını örtbas eden ya da tamamen anlaşılmaz bir hale getiren burjuva istatistikçileri bile işyerlerindeki dizginsiz sömürünün açtığı sonuçların belgesini ortaya koymaktalar.

Örneğin istatistikçiler yıllardan beri işçi ve memurlarda kronik hastalıkların sayısının arttığını doğrulamaktalar. Ayrıca bir çok hastalık gurubunda, bu hastalıklardan etkilenen gençlerin sayıları da kabarık. İstatistikçiler, işe bağlı olarak ortaya çıkan sihhati zararların ve hastalıkların "düşük ücret gruplarına dahil olanlarda" daha da aşırı bir şekilde sık sık görüldüğünü belirtmekteler.

Emekliye ayrılanlar üzerine istatistik rakamlar, işverenlerin rasyonalleştirme terörünü yargılamaktadır. Örneğin emekliye ayrılanlar arasında, mesleğini sürdüremeyecek ve çalışamayacak duruma gelen ve bunun sonucunda erken emekliye ayrılanların sayısı 1973 yılında yüzde 36,7 olurken, 1977 yılında 44,7'ye yükseldi. Demek ki, dört yıl içinde beşte birden fazla artış kaydedildi! Bugün çalışan işçilerin henüz sadece yarısından daha az bir kesimi 63 yaşına ulaşabilmektedir. Büyük çoğunluğu sermayenin yıkıcı fabrikalarında kendisini yıprattı: Ya erken emekliye ayrıldı ya da öldü!

Federal Çalışma Dairesi'ne ait olan İş Piyasası ve Mesleki Araştırma Enstitüsü (IAS) yaptığı bir incelemede, bugünkü gelişmenin 1985 yılına kadar sürmesi durumunda, çalışan işçi ve sıradan memurların sadece yüzde 27'sinin 63 yaşına ulaşabileceğini belirtmektedir. Şüphesiz ki bu rakamda, erken malul olanların yanı sıra, erken emekliye ayrılmayı sağlamanın bir aracı olan toptan çıkış metodu da bir rol oynamaktadır. Ne varki bu da rasyonalleştirme terörü ile ilintilidir: Patronlar, sırtlarından azami kârlar elde edebilecekleri "hızlı çalışan" personel kadrosunu oluşturmak istiyorlar.





Bir tekerleğin alınıp arabaya götürülmesi ve ayarlanması toplam olarak 1 dakika sürmektedir.

Şeytan çemberi

En fazla verimi sağlayamayan işçilerin "dıştalanması" ve bunların yerine "daha dinamik işgücünün" alınması açısından sayıları her geçen gün kabaran işsizler ordusunun varlığı her yönüyle patronların tam da bu emellerine hizmet etmektedir. Daha önce kural olarak yaşlı ya da sakat işçi arkadaşlara bırakılan işyerlerine bile şimdi sıhhatli, genç, dinamik ve üretim tecrübesi olan işçiler yerleştirilmek isteniyor.

Diğer yandan işyerlerinde randımanın daha da artırılması için baskıların ne denli dizginsiz bir şekilde katmerleştiğini İş ve Sosyal Araştırma Enstitüsü'nün yaptığı bir anket ortaya koyuyor: İşçi ve sıradan memurların yüzde 50'si kendi değerlendirmelerinde, işlerinde "yapabileceklerini son sınırına kadar" yapmaya çalıştıklarını belirtmekteler. Yapılan ankette, 40 yaşındakilerin yüzde 60'dan fazlası ise kendi deyişleri ile "artık son sınıra kadar" yaptıkları vurgulanmaktadır!

Bunun nedeni açık: işyerlerini kaybetme korkusu! Ancak ne varki işçi arkadaşlar böyle davranmakla yalnızca kendilerine ve ailelerine değil (örneğin çocukların çalışan anneyi ya da babayı her gün yıpranmış ve kızgın bir şekilde görmeleri vs.), aynı zamanda bununla objektif olarak kapitalistlere "korku kamçısını" daha da etkili bir biçimde sallamaları için yardımcı olmaktadır. İş temposunun hızlandırılması son tahlilde daha fazla insanın işsiz olmasını beraberinde getirir; işsizler ordusunun sayısının daha da kabarması ise kapitalistlerin çalışanlar üzerindeki baskılarını daha da artırmalarını kolaylaştırır.

Bu durumda işçi sınıfı bu şeytan çemberini kırmaya çalışmalıdır. Bunun içindir ki, bugün tam ücret karşılığında çalışma saatinin etkili bir biçimde kısıtlanması temel bir gerekliliktir.

Üretim masraflarını azaltma

Kapitalistler bunu tamamen başka bir temelde ele almaktalar. Alman İşverenler Birlikleri (BDA) Başkanı Otto Esser, sendikaların çalışma saatinin kısıtlanması doğrultusundaki girişimlerinin, ekonomik açıdan sorumsuz bir davranış ve "hepimiz için" yıkıcı olduğunu; bunun işverenlerin masraflarını artıracağını ve "Alman ekonomisinin" uluslararası rekabet gücünü tamamen yok edeceğini belirtti.

Patronlar, biz işçi ve emekçileri mümkün olduğunca sürekli düşük tutulması gereken bir masraf faktöründen başka bir şey olarak ele almıyorlar. Onların şiarı şu: "Masrafları düşürmek", yani daha az işçi ile aynı ya da diğer bir deyişle daha fazla iş yapmak! Bu hedef için hiç bir kimsenin kendilerini yollarından şaşırtmalarına izin vermemekteler.

Onlar, işçi sınıfına saldırılarını şimdi bir adım daha da ilerlettiler. Bu yılın kasım ayı başında SPD'nin yaptığı "Çalışma saatinin kısaltılması formu"nda DGB Başkanı Ernst Breit şöyle dedi:

"1000 DM ciro yapabilmek için 1972 yılında 29 iş saati gerekliydi. Ancak buna karşılık 1978 yılında ise yalnızca 14 saate ihtiyac vardı. Bunun için gerekli olan zaman yarıya düştü." (Welt der Arbeit, sayı 46, 18 Kasım 1982)

1960 yılların akışında toplu sözleşmeler üzerinden 40 saatlik iş haftası uygulamasına geçilmesi ile birlikte işin verimliliği, ve yapılan işin şiddeti daha da arttı. Bugün bir çok durumda aynı dönem zarfında elde edilen üretim sonucu 1960 yılına göre bir kaç kat arttı. Buna bir örnek: 1957 yılında BMW'de bir silindir başlığının yapımı için 445 dakikaya gerek duyuluyordu. BMW Yönetim Kurulu Başkanı von Kuenheim'in yaptığı bir açıklamaya göre aynı parçanın yapımı için 1978 yılında 9 dakikaya ihtiyaç duyuluyordu. 1957 yılında BMW'de bir araba kapısının monte edilmesi için tam iki saate gerek duyulurken, bugün aynı iş için yalnızca 7 dakikaya ihtiyac vardır! ("druck u. papier", 25/26, 1980, "Neden ve kimin için rasyonelleştirme?")

Yukarıda verdiğimiz örnekler bile işverenlerin kârlarının ne denli artmış olabileceği üzerine bir görüş edinebilmek için yeter de artar bile. Çünkü randımanın ve iş temposunun muazzam bir şekilde artırılması ne fiyatların düşürülmesine ne çalışma saatinin kısaltılmasına ya da benzeri bir adıma paralel olarak ele alınmıştı. Aynı şekilde tabi ki randımanın artmasına paralel olarak gerçek ücretlerde de bir artış yapılmadı.

Niçin sermayenin çıkarları için ölelim?

Kapitalistlerin azami kârlarının artması ile onlar bununla tatmin oldular mı? Asla! Sömürünün daha da artması kaçınılmaz olarak fazla üretim krizlerine yol açtı. Bu kriz ise kapitalistler arasındaki rekabet mücadelesinin kızışmasını hızlandırdı. Kriz döneminde işverenlerin üretim masraflarını (örneğin özellikle ücretleri) daha fazla düşük tutma emelleri pekişmektedir. Buna ise işyerlerini yok ederek ve çalışma temposunu hızlandırarak ulaşmaktalar!

Nitekim bu gerçek olguyu bugün her işçi ve memur kendi deneyimi ile yaşamaktadır. İşçiler ve memurlar sermayenin çıkarları doğrultusunda işgücünü tamamen harcamaya, yedek gücünü tamamen kullanmaya, dolayısıyla da sihhatini bozmaya zorlanmaktadır. Bu durum yabancı işçilerde ise daha da korkunç sonuçlara yol açmaktadır.

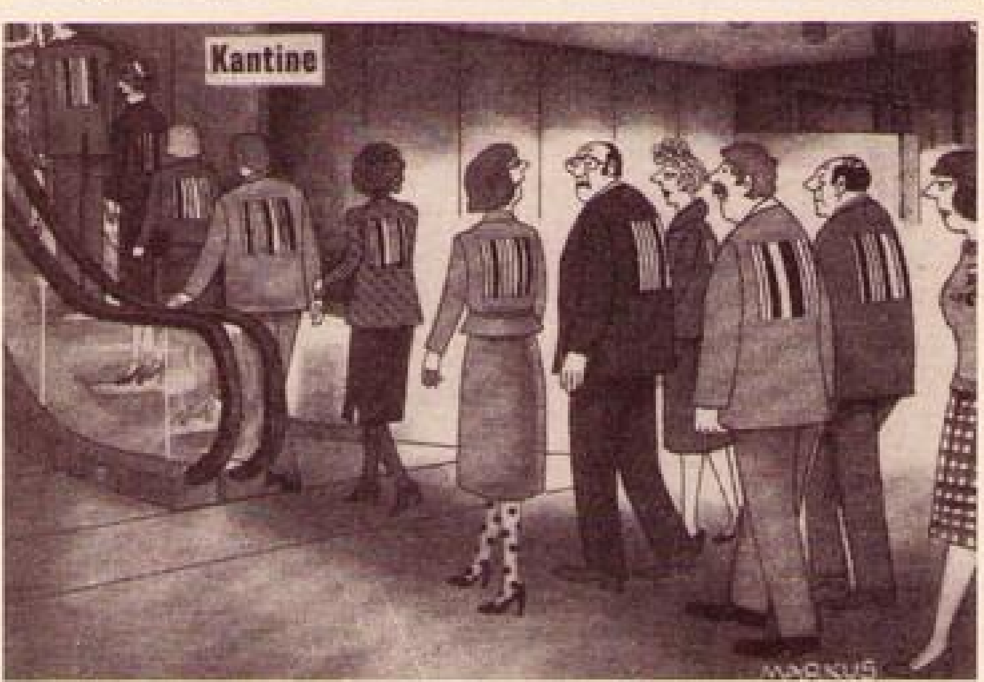
Sermaye kârlarına kâr katabilmek için yaşam gücümüzü acımasızca yıpratmaktadır. Yoksa Federal Alman "sosyal devletinde" çalışan insanların yaşama yaşının giderek düşmesi gerçeği nasıl açıklanabilir?

1950 yılının ortalarından bu yana ortalama yaşama süresi bir yıl daha düştü. Ancak ışçiler ve emekçiler için ise bu gelişme ortalamanın oldukça üzerindedir. Örneğin, yukarıda da vurguladığımız gibi gece ve vardiya işi son yirmi yıl içinde kapitalistler tarafından muazzam bir şekilde genişletildi. Vardiya çalışan işçiler ise bu ülkede bugün ortalama olarak ancak 63 yaşına kadar hayatta kalmaktalar!

Yıllarca prim ödedikleri emeklilik haklarını alamadan ve yıllarca çalışmanın ardından oturup dinlenemeden ölen işçilerin ve sıradan memurların sayıları her geçen gün daha da artıyor. Bu ise sermayenin bir talebidir. Ayrıca istatistiklere göre işverenler ve yüksek kademeli memurlar ortalama olarak 77 yaşına kadar yaşayabilmekteler.

Ve bugün tam da işverenler ve onların devlet cihazında yer alan dostları çalışma saatinin kısaltılmasına karşı alabildiğince ateş püskürmekteler. İşveren Birlikleri çalışma saatinin kısaltılmasını yasak katalogu listesine aldılar. Çıkarları uğruna bir kısmımızın kendimizi yıpratmamızdan, diğer bir kısmımızın ise aynı süre zarfında ard arda sokağa atılmamızdan, işsizlik ve sefalet ile başbaşa bırakılmamızdan oluşan sosyal skandaldan başka onların kârları için ne faydalı olabilirdi ki?

(Devamı gelecek sayıda!)



"Gerçi ben de tam olarak bilmiyorum ama, personel kısmında elektronik beyinlerin herhangi bir şekilde işi kolaylaştırması gerekiyormuş!"

Toplantı:

"Hamburg'da toptan çıkışlar durdurulmalı!"

15 Aralık 1982, Çarşamba günü saat 19'da Gaststätte "Zorba", Jarrestr. 27 2000 Hamburg 60

Konuşmacı: Christian Matthiessen, HDW İşyeri İşçi Temsilcisi

DIHT yabancılar politikası üzerine görüşünü açıkladı

Kapitalistler, "ihtiyaç dışı" yabancı işçilerin sınır dışı edilmesini talep ediyorlar

BONN. — 3 Aralık'ta Alman Sanayi ve Ticaret Odaları (DIHT) yabancılar Politikası üzerine görüşünü açıkladı. Kapitalistler bu açıklamalarında, Federal Hükümet'e, yabancıları zoraki metodlara da baş vurarak sınır dışı etme çağrısında bulunmaktalar.

Kapitalistler, açıklamalarında bir yandan Federal Hükümet'-ten, "ülkelerine—ki, 2., özellikle de 3. nesil için genellikle bu anavatan değildir, çünkü onlar burada doğup büyüdüler—geri dönmelerini sağlamak için maddi teşvikleri" hazır bulundurmasını talep ederken, diğer yandan ise bu "teşvik" önlemlerinin arzu edilen etkiyi göstermemesi durumunda gerekirse yabancıların zoraki önlemlerle ülkeyi terk etmelerini sağlamak için hiç bir şekilde siyasi nedenlerden dolayı bundan vaz geçilmeyeceğini vurgulamaktalar.

Her ne pahasına olursa olsun "kaynaşmayı sağlama" söz konusu olmamalı ve "entegre olmak isteyenler ve bu özelliğe sahip olanlar" ayrıştırılmalıdır, demekteler kapitalistler. Sermaye için "entegre olma özelliğine" sahip olma kelimesi önemlidir; çünkü bu özellikle Batı Alman ekonomisinin ihtiyaçlarına göre ölçülmektedir, yani bu, göçmen işçilerin ucuz iş gücü olarak burada gerekli olup olmadıkları ve bunun ötesinde her türlü ulusal benliklerini yitirip yitirmedikleri ve siyasi olarak sessiz kalmaya hazır olup olmadıkları demektir.

DIHT, Federal Almanya ve Batı Berlin'de yaşayan biz 4,6 milyon yabancı arasında 2,4 milyonumuzun çalışmadığını yargılıyor. Hiç kuşkusuz ki, kapitalistleri bizim neden işsiz olduğumuz ilgilendirmiyor. Onları ilgilendiren bizim işsiz olmamız ve bundan ötürü de onlar için masrafa yol açan bir faktörü oluşturmamızdır. Ve onlar için bunun çözümü ise bizim sınır dışı edilmemizdir.

Açıklamada ayrıyeten, DIHT'nin gelecekte de Alman ekonomisinin belirli çapta yabancı iş gücüne ihtiyacı duyacağı temel düşünceden hareket ettiği, ama bu iş gücünün sayısının azaltılması gerektiği vurgulanmaktadır.

Kapitalistlerin şimdi yabancı iş gücünün azaltılmasını istemelerinin ve aynı zamanda bu işgücünün bir kısmına gerek duyulacağını belirtmelerinin anlamı gün gibi açık: Alman işçilerinin yanı sıra bir çok yabancı işsiz de var. İşsizliğin olması, çalışanlarla işsizler ve işsizlerin kendi aralarındaki rekabeti güçlendirmektedir. Bu ise kapitalistlerin eline, işsizler ve çalışanlar üzerindeki baskılarını daha da artırma, sömürüyü daha da katmerleştirme olanağı vermektedir. Artan kitlesel işsizlik, şimdiye değin ağır şartlar altında yabancı işçilerin yaptığı pis ve ağır işleri kısmen Alman işsizlerinin de kabul etmesini beraberinde getirmektedir. Kabul etmeseler bile onlar çeşitli önlemlerle buna zorlanacaklardır. Örneğin işsizleri her türlü işi kabul etmeye zorlanması amaçlıya işsizlik yasasının sertleştirilmesi bu yönde atılan bir adımdır.

Helmut Kohl Başbakanlık koltuğuna oturur oturmaz, "Köprüyü geçinceye kadar ayıya dayı derler", diğer bir deyişle yabancı işçiler gerekli olanı yaptılar, şimdi onlara artık ihtiyacımız yoktur, öyleyse defolsun gitsinler cümlesinin politikanın temeli olmaması gerektiğini iki yüzlüce açıkladı. Ancak bir yandan bunları söyleyen aynı alçak, diğer yandan ise sözlerine "Batı Almanya'da Türklerin sayısının" fazla olduğunu eklemeyi de ihmal etmedi.

İşte bugün kapitalistlerin istedikleri de tamda hükümetin yaptığıdır, yani ihtiyaç duyulmayan işgücü sınırdışı edilmelidir. Nitekim DIHT'nin yukarıdaki sözleri bunu doğrulamaktadır. Bugün Kohl Hükümeti de temsilcisi olduğu sermayenin isteklerini hayata geçirmeye çalışıyor ve her hallukârda da bunu tamamen gerçekleştirmek istiyor.

Ancak onun bu politikayı gerçekleştirip gerçekleştiremeyeceği sadece onlara bağlı değildir. Bunu belirleyecek olan, buna karşı direnişin olup olmayacağı ve bunun gücüdür. Ve bu direniş ise, yerli ve yabancılardan oluşan işçi sınıfı ve onun sendikaları tarafından birlikte sürdürüldüğü takdirde başarılı olabilir. Bunun için; son tahlilde bu işçi sınıfını bölmeyi ve mücadele gücünü zayıflatmayı amaçlayan yeni yabancılar politikasına, bir bütün olarak tüm yabancılar kanununa karşı sendikaların mücadeleyi daha da yoğunlaştırmaları gerekmektedir. Metal işçilerinin sendikası olan İG Metall'da ve basım ve kağıt işçilerinin sendikası olan İG Druck u. Papier'de bu yönde bir başlangıç yapıldı. Şimdi bu adım daha da ileriye götürülmelidir. Bunun için yabancı, özellikle de biz Türkiyeli sınıf bilinçli işçiler sendikalar içinde kendi payımıza düşen görevi yerine getirmeye, sendikaların yabancı düşmanlığına karşı kararlı bir şekilde tavır almalarını sağlamaya çalışmalıyız.

(Kapitalisten fordern: "Unbrauchbare" Ausländer rausschmeissen!)

Patronların yeni planı:

Krupp'ta 9 bin işyeri tehlikede

Bir kaç gün önce Ekonomi Kurulu'nun bir söylentisi olarak ele alınan şey şimdi yönetim kurulu tarafından kararlaştırıldı: Gödde ve şürekası, Krupp Rheinhausen, Bochum ve Siegen işletmelerinde toplam 9 bin işyerini yok etmek istiyorlar. İşyerlerinin yok edilmesinden ilk planda yabancı, özellikle de Türkiyeli işçiler etkilenmektedir.

3500 işyerinin yok edilmesini öngören eski planının kararlaştırılmasından bu yana 8 hafta bile geçmeden, bir yenisi bunu izliyor. Bu yeni plan ise şimdiye değin alınan önlemlerin tümünü gölgede bırakıyor.

Bochum'da 2500, Rheinhausen'de 6000 ve Siegen/KVS'de ise 800 ile 1000 arasında işyerinin yok edilmesini öngörüyor yönetim kurulunun kararı. Şimdiye değin hazırlanan ve bunların geride kalan işyerlerinin garantilenmesine hizmet edeceği ileri sürülen planların işyerlerini garantilemesi şöyle dursun, bunlar daha büyük felaketlerin bir habercisiydiler.

İşyerlerini kaybeden işçiler için bunun sonuçları alabildiğince büyük. Çünkü çıkışlar ister tazminatlı isterse de tazminatsız olsun, bugün işyerini kaybeden bir çelik işçisinin ne Duisburg'ta ne Bochum'da ne de Siegen'de bir işyeri bulması söz konusudur. Henüz Krupp'ta çıraklık eğitimi gören gençlerin eğitimden sonraki durumları ise daha dehşet yaratıcıdır. Bunların hiç biri bugün işe alınmak istenmiyor. Bugün çelik sanayinin dışında işçiler başka nerede çalışabilirler ki? Maden sanayinde mi? Bu kendisi toptan çıkış veriyor!

Diğer yandan işyerini kaybeden yabancı, özellikle AET dışı işçilerin durumu daha da ağırdır. Bunların bir işyeri bulma imkânları tamamen ortadan kalkmaktadır. Çünkü bir işyeri bulacak olsalar bile, ilkin Alman işçileri, sonra AET işçileri, en son olarak ise AET dışı ülkelerden gelen işçiler bu iş yerine alınmaktalar. Son tahlilde bu, işyerini kaybeden AET dışı işçiler ve aileleri için belirli bir süreçten sonra sınır dışı edilme tehlikesini beraberinde getirir.

Bu gerçekler nedeniyle işyerlerinin tavizsizce korunmasının önemi çok daha artıyor. Yerli ve yabancı işçiler hiç bir şekilde yönetim kurulunun her hangi bir vaadine bel bağlamamalıdırlar. Örneğin, bir kaç gün önce Krupp Rheihausen işçileri greve gittiklerinde Krupp Çalışma Müdürü Otmar Günther, "çıkışların pek büyük bir etkisinin olmayacağı ve arkadaşların büyük çoğunluğunun Bochum işletmesine alınacağı" vaadinde bulundu. Ve daha sonra Bochum Krupp işletmesi işçileri greve gittiklerinde de tersini söyleyerek, onların Rheinhausen işletmelerine alınacakları teminatını verdi. Tekel yönetimi işçileri mücadeleden alıkoymak için iki yüzlüce vaadlerde bulunmaktadır. Nitekim bu vaadlerin nasıl bir tuzak olduğunu kararlaştırılan yeni plan ortaya koydu.

Krupp tekeli her ne pahasına olursa olsun, planlarını gerçekleştirmek istiyor. Unutmamalıyız ki, tekelin bu planı Thyssen çelik tekeli ile birleşme planının yalnızca bir başlangıcıdır!

KISA... KISA... KISA... KISA...

Yeni "ırkçı kanunlar" mı çıkarılacak?

BATI BERLİN. — *Yabancı, özellikle biz Türkiyeli işçilere ve ailelerimize bazı sosyal hakları tanımayan bir yasa kararlaştırılmak üzere CDU azınlık hükümeti tarafından parlamentoya sunuldu. Bu yasa tasarısı, Alman vatandaşı ve AET'ye üye olmayan ülkelerden gelen işçi ailelerine 1983 yılından itibaren dünyaya gelecek çocukları için başlatılacak çocuk yardımının verilmemesini öngörüyor.*

1 Ocak 1983'ten itibaren dünyaya gelecek çocuklar için ailelerine yılda 4800 DM'ye kadar yardım yapmayı öngören bu yasa tasarısında, Batı Berlin'de yaşayan göçmen işçilerinin ezici çoğunluğunu oluşturan ve AET dışı ülkelerden gelenlerin, özellikle de biz Türkiyeli işçi ailelerinin bu haktan yararlanması önlenmek isteniyor. Çünkü CDU'nun işine bizim çocuk yapmamız ve bunun için yardım almamız gelmiyor.

Biz yabancılar bu haktan yararlanmasını önleyen bu yasa tasarısına karşı başta kiliseler olmak üzere çeşitli yerli ve yabancı kuruluşlar tarafından protestolar yükseltildi. Çünkü devlet bütçesinden verilecek diğer bir deyişle bizim de vergi payımızın bulunduğu bu parayla yabancı düşmanlığı körüklenmekte, biz AET dışı göçmen işçiler haksızlığa uğramaktayız.

CDU'nun büroları işgal edildi

Dünyada tüm gerici ve faşist rejimlerin desteklenmesi Batı Alman emperyalizmin politikasının bir parçasıdır ve buna karşı mücadele sürdürülmelidir.

Federal Hükümet'in El Salvador faşist rejimine yardımı yeniden başlatmasına ve onun Orta Amerika politikasına karşı çeşitli dayanışma komiteleri üç kasım'da Hristiyan Demokratlar Birliği, CDU'nun Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Münster, Aachen ve Frankfurt bürolarını bir kaç saatliğine işgal ettiler.

İşgalciler, El Salvador'a, Guatemala'ya, Honduras'a yapılan ekonomik yardımların durdurulmasını, Federal Almanya'da eğitim gören Honduraslı subayların sınır dışı edilmesini ve bu ülkelerle olan diplomatik ilişkilerin kesilmesini talep etmekteler.

Sendikacılar, Bonn'da bir merkezi yürüyüşün yapılmasını talep ediyorlar

FRANKFURT. — *CDU/CSU-FDP koalisyonunun sosyal hakları kısıtlama rotasına karşı Bonn'da bir merkezi yürüyüşün yapılmasını talep eden sendika örgütlerinin sayısı giderek artıyor.*

İnşaat işçileri sendikası, İG Bausteine Erden'in kongresinde merkezi yürüyüşün yapılması yönünde bir karar alınmasının yanı sıra, şimdi ise basım ve kağıt işçileri sendikası, İG Druck und Papier'in özellikle delegeler kongreleri bu yönde talepler ileri sürmektedir. İG Druck und Papier sendikasının Frankfurt Yerel Örgütü, Yönetim Kurulu'ndan diğer DGB sendikalarını "görkemli bir protesto eylemi" nin düzenlenmesine teşvik etmesini talep etmektedir.

Aynı şekilde İG Druck und Papier'in Hamburg Yerel Örgütü'nün delegeler toplantısı da Merkezi Yönetimi, çılgınca silahlanmaya ve sosyal hakların kısıtlanmasına karşı ortak bir yürüyüş yapma hedefiyle DGB'-ye bağlı tüm sendikalarla görüşmeye çağırmaktadır. Bonn'da merkezi bir yürüyüşün yapılmasını sağlamak için sendikalar içerisinde gerekli adımı atmaya, sendika yönetimleri bu yönde karar almalarını sağlamaya çalışalım!

İşsizler kongresi yapıldı

FRANKFURT. — *2 ile 5 Aralık tarihleri arasında toplam olarak 260 işsizler insiyatifinden temsilcilerin katıldığı ilk merkezi işsizler kongresi yapıldı. Kongreye katılan 1500 işsiz, kurulan çalışma grubunda, insiyatiflerinin çalışmalarının çeşitli sorunlarını ve bir bütün olarak işsizlerin durumunu tartıştılar.*

Yapılan tartışmaların önemli bir noktasını sendikalarla olan ilişki sorunu oluşturuyordu. Buna ilişkin olarak doğru bir şekilde, işsizlerin DGB ile rekabet içinde olan bir sendika kurmasının yanlış olacağı belirtildi. Ama buna rağmen DGB'-nin ve ona üye sendikaların işsizlere karşı sorumsuzca tutumları eleştirildi. Eğitim ve Bilim Sendikası hariç, bugün hiç bir sendika işsizleri üye etmiyor ve işsizler insiyatifleri bugün yalnızca bazı durumlarda sendikal örgütlerin desteğini almaktalar.

Örneğin sendika yönetimi kongreye karşı olumsuz bir tavır içine girdi. Kongreye bir mesaj gönderen DGB Başkanı Breit, "şayet tek tek sendikalar isterse" DGB eyalet ve kaza örgütlerinin işsizler insiyatiflerini destekleyebilecekleri teminatını verdiyse de, bu kongrenin masraflarını paylaşmayı reddetti.

Bir çok sendikacının da katıldığı kongrede, işsizlerin örgütlenme ve temsil edilme sorunları üzerine başlatılan tartışmalar gelecekte de sürmelidir.

Kongrenin çalışmalarının somut bir ürünü, seçimlerden önce Bonn'da bir işsizler yürüyüşünün yapılmasına yönelik çağrıdır.

İGBE sendika ağalarının tüm engelleme çabalarına rağmen

Erin maden işçileri, ocağın kapatılması planını protesto ettiler

CASTROP-RAUXEL. — 3 Aralık Cumartesi günü Castrop-Rauxel'de 300'e yakın Erin maden işçisi, diğer işletmelerden sendikacılar ve Castrop-Rauxel halkı, Erin Kömür Ocağı'nın kapatılması planını protesto etti.

Maden ve Enerji İşçileri Sendikası, İG Bergbau und Energie (İGBE) yönetici organları ve işyeri işçi temsilciliğinin başındaki ağalar kömür ocağının kapatılmasına karşı her türlü eylemin örgütlenmesine karşı çıkın patronları kömür çıkarma masraflarının yüksek olduğunu gerekçe göstererek ocağı kapatmak istiyorlar.

Gerçekte ise bu kapatma planı, enerji tekellerinin Alman taş kömürü sanayisindeki iktisa-



ca, maden işçileri kendileri mücadeleye atıldılar. Geçen hafta kendi insiyatiflerine dayanarak düzenledikleri eylem bu yönde atılan ilk adımdı.

Daha önce KŞ'ta da belirttiğimiz gibi, Erin maden ocağında 3800 yerli ve yabancı işçi çalışmaktadır. Lüksemburg çelik tekeli Arbed'in bir yan kuruluşu olan Eschweiler Maden Birliği (EBV)'nun sahibi olduğu Erin Kömür Ocağı'nda yüksek kaliteli kömür çıkarılmaktadır. Ancak maden sanayi di durgunluktan faydalanarak atom enerjisini genişletme planları ile yakından ilintilidir.

Atom enerji tekellerinin planlarını bir eksiksiz olarak gerçekleştirmek isteyen Bonn Hükümeti'nin girişimini İGBE sendika ağaları da desteklemekteler. Bu gerçek olgudan ötürü de yerel sendika ağaları ve işyeri işçi temsilciliğinin başındakiler, işçileri kömür ocağının kapatılmasına karşı mücadeleden alıkoymaya çalışmaktalar.

İGBE Yerel Örgütü sendika ağalarının ve işyeri işçi temsilciliğinin başındakilerin bu tutumuna karşı kurulan "Erin kapatılmalı mı?" çalışma grubu insiyatifi ele alarak 4 Aralık'ta bir mitinge çağrı yaptı. Bilim ve Eğitim Sendikası GEW dışında bu çağrı tüm yerel DGB ve tek tek sendikaların yönetimleri tarafından boykot edildi.

Mitingin başlangıçta yapılması öngörülen yer havadan sudan gerekçelerle polis tarafından değiştirilmesine rağmen, eylem başarılı bir şekilde gerçekleştirildi. Mitinge katılanların büyük çoğunluğu yasağa rağmen, başlangıçta mitingin yapılması öngörülen alanda toplandı ve Castrop-Rauxel'in alış veriş merkezinde izinsiz bir yürüyüş yaparak miting alanına doğru ilerlediler. Tüm engelleme çabalarına, basının kışkırtmalarına rağmen mitinge katılım olumluydu. Ve katılanların büyük çoğunluğunu Erin maden işçileri oluşturuyordu.

Mücadeleci havanın hakim olduğu bir ortamda yapılan mitingte çeşitli konuşmacılar İGBE, DGB ve diğer sendikaların tutumlarını sert bir şekilde mahkum etti, Erin'in kapatılmasının asla kabul edilmemesi ve bu eylemin daha geniş çaplı direnişler için bir başlangıç olması gerektiğini vurguladılar.

Erin maden işçilerinin mücadelesi ile dayanışmaya girmek isteyen arkadaşlar şu adrese başvursunlar: **Peter Frisse, Wittener Str. 44, 4620 Castrop-Rauxel, Tlf. 02305/23491.**